

1 000 000 RM zur Vinderung der schlimmsten Notlage der Steinarbeiterschaft bereitzustellen.

Endlich ein Entschließungsantrag der Zentrumsfraktion und der Arbeitsgemeinschaft auf Neuverteilung der Kraftfahrzeugsteuer.

Diese Anträge werden den Sachausschüssen überwiesen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagung. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Es liegt noch ein Antrag der SPD-Fraktion vor!) Ja, es liegt noch ein anderer Antrag vor; Sie ersparen es mir, ihn zu verlesen, damit Sie keine zu komische Rolle hier spielen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Dann werden wir ihn selbst verlesen!)

Ich bitte, dann den Beginn der morgigen Sitzung auf 9½ Uhr festzusetzen, mit folgender Tagesordnung:

1. Eingänge,
2. Beratung des Haushaltsplanes und der damit in Verbindung stehenden Landtagsvorlagen,
3. Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Vorlagen.

Die Redezeit ist auch für morgen beschränkt, auf 1½ Stunden für jede Fraktion. Es wird durchgetagt werden, nachdem das stenographische Büro hat verstärkt werden können.

Wird in der heutigen Sitzung noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Sitzung.

(Schluß: 19 Uhr 25 Minuten.)

Dritte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Dienstag, den 8. April 1930.

(Beginn: 9 Uhr 45 Minuten.)

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Beratung des Haushaltsplans und der damit in Verbindung stehenden Landtagsvorlagen.
3. Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Vorlagen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Die Niederschrift über die gestrige Plenarsitzung liegt auf dem Tische des Hauses zur Einsicht offen. Schriftführer für die heutige Sitzung sind zunächst die Herren Abgeordneten Koenzgen und Andres.

Ich habe zunächst von folgendem Mitteilung zu machen:

Es sind weiter eingegangen 14 Anträge, die Ihnen unter Drucksache 96 bis 108 mitgeteilt worden sind. Die Anträge liegen auf Ihren Tischen.

Antrag der SPD-Fraktion, betr. Förderung des Lichtbildwesens,

Antrag der Arbeitsgemeinschaft, die Reichs- und Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß in dem durchzuführenden Agrarprogramm auch der rheinische Wein-, Obst- und Gemüsebau entsprechend berücksichtigt wird,

Antrag der SPD-Fraktion, die Revision der Rheinischen Provinzial-Arbeitsanstalt durch die Provinzialkommission alle Vierteljahre vorzunehmen,

Antrag der SPD, betr. Behandlung der Korrigenden,

Abänderungsantrag der SPD-Fraktion zur Drucksache 28, betr. Durchführung der landwirtschaftlichen Umschuldungsaktion in der Rheinprovinz,

Antrag der SPD, zu Drucksache 32, betr. Förderung der ländlichen Ansiedlung,

Antrag der SPD, auf Streichung der Ausgabenposition IV 1—2, V 1—6, VI 1—4 und VII 1—2 (a—k) zum landwirtschaftlichen Haushaltsplan und Verwendung dieser Beträge zu Gunsten der Zinsverbilligungs- und Entschuldungsaktion der Kleinbäuerlichen Betriebe,

Antrag der SPD, auf Erhöhung des Betrages zur Bekleidung und Unterbringung der Waisenknaben auf 3000 RM sowie auf Einsetzung von 5000 RM für tarifliche Entlohnung der Waisenknaben in den Etat des Rittergutes Desdorf,

Antrag der SPD, auf Erhöhung der unter Ausgabe IIc des landwirtschaftlichen Haushaltsplans vorgesehenen Summe von 20 000 RM auf 120 000 RM zu Zinsererleichterungen zu Meliorationsdarlehn,

Antrag der SPD, auf Erhöhung des Fonds für genossenschaftliche und kommunale Flußregulierungen mit 500 RM,

Antrag der SPD, auf Erhöhung des im landwirtschaftlichen Etat vorgesehenen Betrages für

Meliorationen, Wasserleitungen und Umlagungen um 500 000 RM,

Antrag der SPD. auf Verwendung der im landwirtschaftlichen Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben für Schulwesen und Versuchsstationen für die Finanzierung der Meliorationen und der Flußregulierung zu Gunsten der notleidenden Kleinbauern in den Notstandsgebieten: Eifel, Hunsrück, Westerwald usw.,

Antrag der SPD. a) auf Erhöhung des Betrages für Viehseuchenentschädigung um 500 000 RM und Zahlung der Entschädigungen nur an Kleinbauern in voller Höhe des Schadens,

b) auf Streichung der für die Provinzial-Weinbaulehranstalten und Landfrauen Schulen Oewig und Sobernheim vorgesehenen Beträge und deren Verwendung zu Gunsten notleidender Kleinwinzer.

Diese Anträge sind, wie gesagt, verteilt. Ich beantrage, sie den zuständigen Sachausschüssen zu überweisen. Gleichzeitig hat der Provinzialausschuß Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschloffen.

Wir treten dann in die Tagesordnung ein:

H a u s h a l t s b e r a t u n g.

Ich erteile das Wort, wenn keine anderen Wünsche laut werden, nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Es ist beschloffen, für jede Fraktion eine Redezeit von im ganzen 1½ Stunden.

Das Wort hat zunächst Herr Abgeordneter Tenhaeff.

Abgeordneter Tenhaeff: Meine Damen und Herren! In der Sitzung des 75. Rheinischen Provinziallandtages vom 6. März v. J. hat der Statsredner der Zentrumsfraktion, der leider nicht mehr zu den Mitgliedern dieses hohen Hauses gehörige Abgeordnete Raederscheid, im Hinblick auf die damals schwebenden Pariser Sachverständigenverhandlungen die Hoffnung ausgesprochen, daß es den deutschen Unterhändlern gelingen möge, eine erträgliche Basis für unsere Lastenverteilung aus dem Versailler Vertrag herbeizuführen und Klarheit darüber zu erzielen, was wir in Zukunft zu tragen haben. Er hat weiterhin der Erwartung Ausdruck gegeben, daß eine schnellere Befreiung des Rheinlandes von der Besatzung eintreten möge.

Der Herr Oberpräsident hat bereits die für uns hoch erfreuliche Tatsache festgestellt, daß der Termin nahegerückt ist, wo die Rheinprovinz von der Besatzung restlos geräumt sein wird. Wir beglückwünschen die Bevölkerung des zur Zeit noch besetzten Gebietes dazu, daß bald der Tag ihrer Befreiung von schwersten seelischen und materiellen Lasten gekommen sein wird, die sie mehr als ein Jahrzehnt lang für unser gesamtes Volk würdevoll getragen hat. Ihrer vorbildlichen Treue werden wir uns allezeit dankbar erinnern!

Noch ungeklärt ist die Frage, wann auch das Saargebiet in voller Freiheit der Reichshoheit wieder zu-

rückgegeben sein wird. Wir haben nicht zuletzt im Interesse der benachbarten Gebiete der Provinz den dringenden Wunsch, daß die Verhandlungen hierüber uns zu einem nahen Zeitpunkt die Erfüllung aller berechtigten Erwartungen bringen werden. (Beifall.)

Die Gesamtheit unserer danach verbleibenden Kriegslasten ist festgestellt worden in dem sogenannten neuen Plan. Wer diesen Plan auch nur in seinen Hauptbestimmungen kennt, dürfte mit mir die Ueberzeugung teilen, daß uns seine Erfüllung, wenn überhaupt, so jedenfalls nur auf der Grundlage einer gesunden, zu höchster Leistung befähigten nationalen Volkswirtschaft möglich sein wird. In der Zukunft wird sich zeigen, ob das zunächst mit den Waffen erreichte Ziel der Niedergewingung der deutschen Volks- und Wirtschaftskraft nunmehr im neuen Plan seine Sicherung hat finden sollen.

Die vorjährigen Verhandlungen des Provinziallandtages waren von der Erkenntnis aller Parteien beherrscht, daß wir damals schon eine außerordentlich ernste Wirtschaftslage zu verzeichnen hatten. Wie sehr diese Lage sich seitdem noch verschlimmert hat, kommt am sichtbarsten zum Ausdruck durch die vom Herrn Landeshauptmann bereits des näheren gekennzeichnete ungeheure Erwerbslosigkeit.

Daß in der Zahl der Erwerbslosen mit ihrer besonders schmerzlichen Auswirkung für den ärmsten Teil unseres Volkes sich eine Wirtschaftskrise nur teilweise widerspiegelt, die in ihrem katastrophalen Ausmaße unserer Volksgesamtheit zum Verhängnis zu werden droht, ist die beklagenswerteste Feststellung, welche wir während der diesjährigen Tagung des Rheinischen Provinziallandtages zu machen haben. Nach Verflüchtigung einer Scheinblüte unserer Wirtschaft, durch die wir nicht nur uns selbst, sondern, zum größten Schaden für uns, vielleicht mehr noch das Ausland über unsere wirkliche Lage getäuscht haben, stehen wir heute vor der bitteren Erkenntnis, daß wir ein armes, ein sehr armes Volk geworden sind, welches nur in harter Arbeit seinen Weg in die Zukunft gehen kann.

Seit Jahren haben wir auf die kritische Lage der deutschen Landwirtschaft hingewiesen und gefordert, daß an den zuständigen Stellen des Reiches und der Länder im Interesse eines unserer lebenswichtigsten Berufszeige alle Maßnahmen ergriffen würden, die geeignet sind, die fehlende Rentabilität der Landwirtschaft wieder herzustellen. Wir sind uns nie darüber im Zweifel gewesen, daß Notmaßnahmen in Form von Krediten und Zuschüssen wohl Erleichterungen in Einzelfällen, nicht aber eine gesunde Rentabilitätsgrundlage der Landwirtschaft herbeiführen können. Wir haben daher auch die Entwicklung der Dinge bis zu der heutigen Notlage des Berufszeiges vorausgesehen, die nachgerade das Gesamtgebäude unserer Volkswirtschaft zur erschüttern droht. Diese Notlage

hat im Deutschen Reichstag endlich den Weg zu ebnen vermocht für die grundsätzliche Bereitschaft, im Wege der Gesetzgebung wirtschaftspolitische Rettungsmaßnahmen durchzuführen. Allgemein betrachtet ist das, was der Reichstag in letzter Zeit an Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse beschlossen hat, als Einleitung einer Gesundungsaktion zu bewerten, die in ihrem Gelingen davon abhängig ist, ob die dabei offengebliebenen Lücken, z. B. bezüglich des Roggenzollses, schnellstens noch geschlossen werden. Für die besonderen Verhältnisse der rheinischen Landwirtschaft mit ihrem ausgedehnten bäuerlichen Mittel- und Kleinbesitz und einer hochintensivierten Betriebswirtschaft ist die Frage von überragender Bedeutung, daß auch die Erzeugnisse der Veredelungswirtschaft, besonders der Viehwirtschaft angemessen geschützt werden (Abgeordneter Schroer: Sehr richtig!), ferner, daß die Edelerzeugung des Gemüse-, Obst- und Weinbaues einen wirksamen Zollschutz erhält. Deutschland hat im Jahre 1929 für über 600 Millionen RM Erzeugnisse des Gartenbaues, in der Hauptsache Gemüse, Obst und Südfrüchte, eingeführt. Nach sachkundiger Schätzung beläuft sich der Wert unserer eigenen Obst- und Gemüseerzeugung, woran die Rheinprovinz in hervorragendem Maße beteiligt ist, auf mindestens 2 Milliarden RM. Der größte Teil der Einfuhr könnte ebenfalls im Inlande gewonnen werden, wenn nicht durch einen völlig unzulänglichen Zollschutz der deutsche Markt mit Auslandsware ständig überflutet wäre, daß die Rentabilität schon der vorhandenen heimischen Erzeugung von Jahr zu Jahr mehr in Frage gestellt worden ist.

Ich muß sodann auch heute wieder die vielen kleinen Existenzen besonders erwähnen, welche unter außerordentlich ungünstigen natürlichen und sonstigen Bedingungen in den Höhengebieten, namentlich der Eifel und des Hunsrücks, ihre Scholle bewirtschaften. Wer diese Gebiete kennt, weiß, daß deren Bevölkerung von jeher gegen einen sehr bescheidenen Lohn harte Arbeit hat leisten müssen. Es ist daher ohne weiteres klar, daß in diesem ärmsten Teil der Provinz sich die gegenwärtige allgemeine Notlage der Landwirtschaft in einem Maße auswirkt, welches der sozialen Verelendung seiner Bewohner gleichkommt. Ueber die geradezu trostlose Lage des Weinbaues brauche ich kaum noch ein Wort zu verlieren.

Die wirtschaftlich und sozial nicht minder bedeutungsvollen Fragen der Organisation des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Umschulung, der Erbteilung und der bäuerlichen Siedlung will ich nur erwähnen, um damit zu zeigen, wie groß die Aufgaben sind, die in der deutschen Landwirtschaft nach einer Lösung drängen.

Wir sehen in einer Anpassung aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen an die Lebensbedürfnisse der einzelnen Zweige der Landwirtschaft eine der wichtigsten Voraussetzungen für die unbedingt notwendige

Stabilität des Produktionsprozesses gemäß den jeweiligen Betriebsverhältnissen. (Sehr richtig im Zentrum.) Kaum ein anderer Teil der deutschen Gesamtwirtschaft ist seiner Natur nach so sehr auf eine langfristige Einstellung der Betriebswirtschaft angewiesen wie die Landwirtschaft, und nichts ist für sie verhängnisvoller als der Versuch, Konjunkturercheinungen des Augenblicks durch Betriebsumstellungen Rechnung zu tragen. (Abgeordneter Bollig: Sehr richtig!)

Daß wir in der Hebung der Kaufkraft unseres Volkes eines der wesentlichsten Mittel zur Förderung landwirtschaftlicher Interessen erblicken, soll in diesem Zusammenhange besonders hervorgehoben werden.

Dankbar erkennen wir an, daß die Rheinische Provinzialverwaltung nicht nur in der grundsätzlichen Beurteilung der Lebensbedingungen der Landwirtschaft stets weitgehendes Verständnis bewiesen, sondern nach Maßgabe der bestehenden Möglichkeiten auch alles getan hat, was der Förderung dieses Berufszweiges zu dienen geeignet gewesen ist. Wir vertrauen darauf, daß die Provinzialverwaltung diesen ihren bewährten Grundsätzen auch in Zukunft treu bleiben wird.

Was für unser Volks- und Staatsleben die Erhaltung jener breiten Schicht des Volkes bedeutet, die im gewerblichen Mittelstand ihre berufliche Tätigkeit ausübt, sollte kaum der besonderen Betonung bedürfen. Im Handwerk, Handel und Gewerbe sehen wir den Teil unseres Bürgertums vereint, der mit seiner gesunden Einstellung zu allen Fragen des Lebens neben der Landwirtschaft eine der wertvollsten Stützen unserer heutigen Gesellschaftsordnung ist. In Würdigung dieser seiner Bedeutung erfüllt es uns mit größter Sorge, daß die allgemeine Wirtschaftskrise bisher schon unzählige Existenzen des Mittelstandes vernichtet hat und daß weiterhin Zusammenbrüche in noch stärkerem Maße unvermeidlich sind, wenn nicht alles geschieht, was diese Entwicklung aufzuhalten vermag. Wir begrüßen daher alle Pläne und Maßnahmen der Provinzialverwaltung, von deren Durchführung die Förderung mittelständischer Interessen zu erwarten ist. Für den ländlichen Mittelstand wirkt sich die fehlende Kaufkraft der Landwirtschaft ganz besonders verhängnisvoll aus. Er sieht daher in der Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktionsstätigkeit zugleich auch eine Sicherung seiner Existenz. Für die kommunale Selbstverwaltung bedeutet die Leistungsunfähigkeit der in einer solchen wirtschaftlichen Interessengemeinschaft stehenden beiden Träger der Realsteuerlasten eine um so größere Gefahr, als die in den Gemeinden ohnehin vorhandenen Etatschwierigkeiten, insbesondere durch das ständige Anwachsen der gemeindlichen Soziallasten, bis zur Unerträglichkeit gestiegen sind.

Meine Damen und Herren! Kein anderer Teil unseres Volkes wird von den Wellenbewegungen steigender und fallender Wirtschaftskonjunktur so unmittelbar betroffen wie die in der Industrie wirksamen

Kräfte. An der bereits mehrfach hervorgehobenen gewaltigen Zahl unserer Erwerbslosen, davon allein eine Viertelmillion in der Rheinprovinz, ist die Industrie, entsprechend dem derzeitigen ungünstigen Stand ihrer Beschäftigung, in starkem Maße beteiligt.

Das überragende Problem unserer Zeit ist und bleibt die Verminderung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die Lösung dieses Problems ist aber nicht zu finden in der Gewährung von Unterstützungen, so notwendig dieselben auch für die vorhandenen Arbeitslosen sind. Das Problem kann ebenso wenig gelöst werden durch Notstandsarbeiten, wenn auch durchaus zu wünschen ist, daß auf diesem Wege wenigstens einem kleinen Teil der Arbeitslosen Hilfe gewährt wird. Eine Lösung des Problems kann nur dadurch herbeigeführt werden, daß die Wirtschaft in den Stand gesetzt wird, Arbeiter zu beschäftigen. Infolgedessen muß jede wirtschaftliche und soziale Maßnahme daraufhin geprüft werden, ob sie geeignet ist, den Kräften unserer Wirtschaft erhöhten Antrieb zu geben und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Mit der Theorie macht man es nicht allein!) Dabei wirft sich die Frage auf, ob es der deutschen Industrie mit ihren technisch hochentwickelten Betrieben jemals, d. h. selbst in Zeiten der Hochkonjunktur, möglich sein wird, das bei uns vorhandene Gesamtangebot an industriellen Arbeitskräften aufzunehmen. Die Frage ist zum mindesten zweifelhaft und ihre Bejahung von Voraussetzungen abhängig, die mir, wenigstens zur Zeit, als nicht gegeben erscheinen. Es wird zunächst ernsthaft zu untersuchen sein, ob nicht, vor allem auch im Interesse der Verminderung der Arbeitslosigkeit, die Industrie von einem Teil der ihr auferlegten allgemeinen Lasten befreit werden muß. Ich bin persönlich aber auch weiterhin der Auffassung, daß wir vom Standpunkte der Wirtschaft aus früher oder später vor einer Beantwortung der Frage stehen werden, ob manche der uns in Technik, Wirtschaft und Organisation selbstgegebenen Formen auf die Dauer geeignet sind, die große Aufgabe einer schnellen und zutreffenden Anpassung unserer Wirtschaftskräfte an die jeweilige Weltmarktlage zu erfüllen und damit das Problem der Arbeitslosigkeit zu meistern. (Zuruf links: Sie sind unfähig dazu!) Ich kann mich hierbei auf Gedankengänge berufen, die auch der jetzige Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald in letzter Zeit mehrfach geäußert hat. (Zuruf des Abgeordneten Miegel: Das ist ja Euer Mann!) Gott sei Dank!

Ohne eine dienstfremdige, verantwortungsbewußte und von starkem Idealismus befeelte Beamtenschaft können Reich, Staat und Kommune die ihnen gestellten schweren Aufgaben unserer Zeit nicht erfolgreich durchführen. (Zuruf: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?) Sie können ja bei mir in die Schule kommen. Trotz mancher bedauerlichen Einzelercheinungen in der Vergangenheit, die niemand mehr verurteilen dürfte als

die Beamtenschaft selbst, zweifeln wir nicht daran, daß das deutsche Volk sich auf seine Beamten verlassen kann. Das stets pflichttreue Wirken aller im Dienste der Provinzialverwaltung stehenden Damen und Herren erkennen wir dankbar an.

Nach Abzug der Erstattungen innerhalb der Verwaltung sieht der Haushaltsplan eine Gesamtausgabe von 135 Millionen und eine Mehrausgabe von 2,1 Millionen gegenüber 1929 vor. Daß dabei eine mit Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftslage wünschenswert gewesene Ermäßigung der Umlage nicht in Betracht kommen kann, ist zuzugeben, und wir begrüßen es, daß wenigstens keine Erhöhung der Umlage eintreten soll, wenn auch die hohe Schuldenlast der Provinz, wie schon vom Herrn Landeshauptmann hervorgehoben worden ist, sehr zu denken gibt.

Für den Provinzialstraßenbau, auf dessen starke Beeinflussung der Wirtschaft ich nicht besonders hinzuweisen brauche, weist der Etat zwar eine Erhöhung der Ausgaben 1930 gegenüber denjenigen des Vorjahres um rund 1 Million RM auf; wir bedauern aber, daß damit selbst den dringendsten Bedürfnissen der Provinz nicht Genüge geleistet werden kann. Unsere wiederholte Forderung, die wir in einer besonderen Entschließung auch heute wieder erheben, geht dahin, daß bei einer Neuverteilung der Kraftfahrzeugsteuer ein Verteilungsschlüssel gefunden werden muß, welcher dem Charakter der Kraftfahrzeugsteuer als Zwecksteuer, für die das provinzielle Steueraufkommen der gerechteste Verteilungsmaßstab ist, entspricht. Wir können uns in diesem Punkte den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns nur voll und ganz anschließen, richten aber zugleich den dringenden Appell an die rheinischen Abgeordneten, vor allem auch der Zentrumspartei, die Bestrebungen der Provinzialverwaltung nach einer gerechten Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer in jeder Weise zu unterstützen.

Vom Standpunkte des Landes aus ist es auf das Lebhafteste zu bedauern, daß der Beihilfefonds für Kreis- und Gemeindegewerke von 1,7 auf 1 Million ermäßigt worden ist, ferner, daß für die Uebernahme von Kreis- und Gemeindegewerken auf die Provinz statt 1 Million im Vorjahre nur eine halbe Million zur Verfügung steht, wenn auch eine Verstärkung dieser Mittel um 1,5 Millionen aus den insgesamt 4 Millionen Anleihemitteln für Straßenbauzwecke beabsichtigt ist. Der letztere Betrag verliert auch noch wesentlich an Bedeutung durch die ihm beigefügte Klausel, daß er nur aufgewendet werden darf, wenn es gelingt, ihn im Wege einer langfristigen Anleihe zu beschaffen. Nach dem Beschluß des Provinziallandtages von 1926 sollen insgesamt 2000 Kilometer Kreis- und Gemeindegewerke innerhalb 10 Jahren auf die Provinz übernommen werden. Einschließlich der vor der Uebernahme stehenden 115 Kilometer ergibt sich eine bisher übernommene Gesamtstrecke von 590 Kilometern gegen-

über einem Soll von 800 Kilometern. Es ist also jetzt bereits ein Rückstand von ein Viertel der fälligen Gesamtstrecke vorhanden. Bei der ständig steigenden Inanspruchnahme der in ihrer Haltbarkeit hinter den Provinzialstraßen weit zurückbleibenden Kreis- und Gemeindewege durch den Kraftwagenverkehr kann ich darin, daß den Kreisen und Gemeinden durch die neuen Bestimmungen über die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer aus dieser Steuer Beträge unmittelbar zufließen sollen, keine durchschlagende Begründung der erfolgten Kürzung der Provinzialmittel erblicken.

Die erhebliche Verringerung der Gesamtmittel für Straßenbau, verglichen mit denjenigen der letzten Jahre, ist auch deswegen außerordentlich zu bedauern, weil sie ihre Rückwirkung findet auf jene Gebiete der Provinz, die im Interesse ihrer Wirtschaft auf die Lieferung von Straßenbaumaterialien angewiesen sind. Ich weise hierbei besonders auf den Kreis Mayen hin, der unter seinen 85 000 Einwohnern allein 35 000 Arbeiter zählt, die in großer Zahl in der Gewinnung von Straßenbaumaterial ihren Unterhalt finden. Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Kreise Mayen lassen mich die besondere Bitte aussprechen, bei der Vergabe von Aufträgen der Straßenbauverwaltung auf Mayen soweit wie möglich Rücksicht zu nehmen. Auch im Interesse anderer Gebiete der Provinz wäre es sehr zu begrüßen, wenn in Zukunft allgemein mehr als bisher das einheimische Straßenbaumaterial unter Ausschaltung ausländischer Bezüge Verwendung fände. Bei der Vergabe von Straßenbauarbeiten, insbesondere der Pflaster- und Walzarbeiten, bitten wir, auch die mittleren und kleineren Unternehmer soweit wie möglich mit zu berücksichtigen.

Im übrigen wird zu prüfen sein, ob nicht die Möglichkeit besteht, irgendwie weitere Mittel für den Straßenbau zu beschaffen.

Besonders dankbar sind wir dem Herrn Landeshauptmann für die Vorlage der Denkschrift über den Ausbau der rechts- und linksrheinischen Durchgangsstraßen zwischen Köln und Koblenz. Wir sehen daraus, daß die Provinzialstraßenbauverwaltung in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Landesplanung in systematischer und weitausschauender Weise den Ausbau unseres Straßennetzes in die Hand genommen hat. Mag auch die Ausführung des Gesamtplanes noch Jahre in Anspruch nehmen, so ist es doch notwendig, sich, wie hier geschehen, über die endgültige Gestaltung rechtzeitig klar zu werden, um alle Einzelausführungen in einen großen Gesamtplan einzufügen. Ich möchte den dringenden Wunsch aussprechen, daß in derselben Weise auch andere Gebiete der Provinz durchgearbeitet und ähnliche Pläne beispielsweise für den Verkehr der Industriegebiete Gladbach-Machen und Köln-Machen aufgestellt werden.

Für den Bau von Wasserleitungen sollen die aus dem Westfonds zur Verfügung stehenden 350 000 RM

um je 100 000 RM des Staates und der Provinz erhöht werden. Nach der Vorlage zu Punkt 3 der Tagesordnung entbehren noch rund 900 000 Einwohner der Rheinprovinz eine zentrale Wasserversorgung. Die restlose Versorgung der Provinz würde einen Kostenaufwand von rund 100 Millionen RM erfordern. Unter Zugrundelegung des bisherigen Satzes von 25 Prozent Zuschuß der Provinz ergäbe sich ein provinzieller Anteil an dem Gesamtbetrag in Höhe von 25 Millionen RM. Aus diesen Zahlen ist zu erkennen, wie außerordentlich lange es noch dauern müßte, wenn lediglich mit Hilfe der Provinzmittel die ländliche Wasserversorgung durchgeführt werden sollte. Da es sich aber vor allem um die Gebiete an der Grenze und um die ärmsten Teile der Provinz handelt, dürfen wir um so dringender erwarten, daß hier mit den Mitteln des in Aussicht gestellten Westprogramms tatkräftig geholfen wird.

Ganz besondere Anerkennung verdient die Tätigkeit der Provinzialverwaltung und des Landesjugendamtes auf dem Gebiete der Fürsorge für kinderreiche Familien. Wenn nach der Vorlage laut Drucksache Nr. 17 das Landesjugendamt ersucht werden soll, zu prüfen, ob bei der Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel Abweichungen von den bisherigen Bestimmungen eintreten sollen, so möchten wir nicht etwa die Meinung aufkommen lassen, als ob wir mit den vorgesehenen Abweichungen einverstanden wären. Mit der bisherigen Durchführung, wie sie in dem Bericht des Provinzialausschusses zum Ausdruck kommt, ist das Landesjugendamt durchaus auf dem richtigen Wege. Wir bedauern nur, daß nicht mehr als 200 000 RM in den Ausgaben des Landesjugendamtes und 50 000 RM außerordentliche Beihilfe in den Haushaltsplan „Verschiedenes“ für diesen Zweck eingestuft werden konnten.

Entsprechend der großen wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung dieser Frage erwarten und begrüßen wir jede Maßnahme, welche die Provinzialverwaltung der Förderung des Wohnungsbaues widmet, und zwar nicht zuletzt wegen der damit verbundenen Arbeits- und Absatzmöglichkeiten der Bauhandwerker und der Baustoffindustrie. Leider sind die Zinsen für Baukapitalien, welche die Landesbank für den Wohnungsbau zur Verfügung stellt, sehr hoch. Auch für die Landwirtschaft sind die Zinssätze der Landesbank zur Zeit noch untragbar. (Zustimmung im Zentrum.) Wir erkennen gern und dankbar an, daß die Landesbank bemüht gewesen ist, den von mir berührten Interessen auch in ihrer Zinspolitik soweit wie möglich gerecht zu werden, hoffen aber und bitten, daß die Provinzialverwaltung in Erwägungen darüber eintreten möge, ob und inwieweit eine weitere Ermäßigung des Zinssatzes herbeigeführt werden kann.

Auch die Förderung der ländlichen Ansiedlung findet unsere volle Unterstützung. Aus Drucksache

Nr. 32 ersehen wir, daß die diesbezüglichen Beschlüsse des Provinziallandtages eine erfreuliche Auswirkung gefunden haben. In der Fortsetzung der Siedlung, insbesondere auch innerhalb der Rheinprovinz, erblicken wir eines der wertvollsten Mittel zur Selbstständigmachung nachgeborener Bauernsöhne und zur Verhinderung der Abwanderung ländlicher Arbeitskräfte. Dabei ist wohl zu bedenken, daß jeder Neuanfiedelnde einen Arbeitslosen weniger bedeutet.

Bedauerlich ist, daß in dem Haushaltsplan für Kunst und Wissenschaft für die Erhaltung unserer alten Kunstdenkmäler nicht mehr eingestellt werden kann. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Die Subventionierung der Kirchen lehnen wir ab!) Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um das Aachener Münster der besonderen Fürsorge der Provinzialverwaltung zu empfehlen, das nach unserem Urteil in seiner geschichtlichen Bedeutung sich sogar neben dem Kölner Dom sehen lassen kann. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Sie schwarzer Gefelle!)

Meine Damen und Herren! Ehe ich meine Ausführungen schließe, muß ich noch in aller Kürze die wirtschaftliche Lage unserer Grenzgebiete, die besonders schwierige Wirtschaftslage des linksrheinischen Teiles der Provinz und den Gesetzentwurf über die kommunale Selbstverwaltung besprechen.

Lassen Sie mich aber auch noch kurz eingehen auf die Fürsorgeerziehung, in der wir nach wie vor den Standpunkt vertreten, daß deren Durchführung in der Rheinprovinz im wesentlichen durch private Anstalten, daneben für schulentlassene männliche Zöglinge zum Teil durch Provinzialanstalten durchaus richtig ist. Insbesondere wünschen wir auch für die Zukunft weitestgehende Heranziehung der Privatanstalten und keine weitere Schaffung von Provinzialanstalten. Wir begrüßen es, daß die Provinzialanstalt Fichtenhain für die Zwecke der Fürsorgeerziehung überflüssig geworden ist und deren Verwendung für Trinker und Leichtgeistesranke erfolgen kann.

Für eine möglichste Senkung der Kosten der Irrenpflege würden wir ganz besonders dankbar sein.

Ich darf aber in diesem Zusammenhange auf die gänzliche Unzulänglichkeit der Provinzial-Taubstummenanstalt in Aachen hinweisen.

Die Angriffe, wie sie immer wieder auf die Fürsorgepolitik der Provinz erfolgen, weisen wir als unbegründet entschieden zurück. (Hört, hört! links.) Sie geben uns um so mehr Veranlassung, allen im Fürsorgedienst stehenden Personen, vom ersten Beamten bis zum letzten Pfleger, ganz besonders aber auch dem geistlichen Pflegepersonal, unseren wärmsten Dank für ihre schwere und aufopfernde Tätigkeit auszusprechen. (Lebhafte Zurufe der Kommunisten.)

Von den Grenzgebieten verdient der Aachener Bezirk unsere ganz besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge. Am 31. Dezember vorigen Jahres zählten die

Arbeitsämter dieses Bezirkes rund 24 300 Arbeitssuchende. Davon waren rund 14 500 Hauptunterstützungsempfänger und 3500 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. (Zuruf: 1000 Selbstmörder!) Die Bedeutung dieser Zahlen tritt um so stärker hervor, wenn man berücksichtigt, daß im Aachener Bergbau, der das Rückgrat der dortigen Wirtschaft ist, insgesamt 27 000 Arbeiter beschäftigt werden. Die Arbeitslosigkeit hat nicht saisonmäßigen Charakter, sondern ist eine Folge des Niederganges der Aachener Industrie. In den Jahren von 1923 bis 1927 sind allein 69 Betriebe mit rund 16 000 Arbeitern stillgelegt worden. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das ist die allgemeine Linie!) Im Bergbau, der bisher noch aufnahmefähig war, fehlen gegenwärtig etwa 1500 bis 2000 Arbeiterwohnungen. Die Familien sind teilweise geradezu unwürdig untergebracht. Im Gegensatz zum Aachener befindet sich das benachbarte holländische Industriegebiet in aufblühender Entwicklung. 1913 förderte der Aachener Steinkohlenbergbau rund 3,2 und der holländische 1,8 Millionen Tonnen Kohle. Heute werden in Aachen 6 und in Holland 12 Millionen Tonnen Kohle gefördert. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Die Rationalisierung!) Die entscheidende Ursache des wirtschaftlichen Niederganges im Aachener Bezirk ist dessen schlechte Verkehrslage, die in ihrer Wirkung durch die Tarifpolitik der Reichsbahn noch erheblich verschärft wird. Die Vorfracht der Aachener Steinkohle — Frachtbasis Alsdorf bis zum Hafen Neuf — ist rund 1,60 RM je Tonne höher als die Vorfracht für Ruhrkohle — Frachtbasis Gelsenkirchen bis zum Hafen Duisburg-Ruhrort —. Es ist eine der dringendsten Aufgaben deutscher Wirtschaftspolitik, hier Wandel zu schaffen und dem Aachener Gebiet eine gesunde wirtschaftliche Grundlage wiederzugeben. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: 15 Prozent Dividende!) Eine erste Möglichkeit dazu sehen wir in einer Frachtvergünstigung, die als Notstandsmaßnahme zu tragen wäre. Das Endziel einer solchen Politik muß in der möglichst baldigen Schaffung einer Wasserstraße von Aachen zum Rhein erblickt werden. Ich beziehe mich hierbei auf eine Entschließung des Provinzialausschusses vom 15. Oktober 1926. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Lang, lang ist's her!)

Die Ungunst der Wirtschaftslage, unter der das linksrheinische Gebiet der Provinz erheblich stärker leidet als das übrige Deutschland, findet ihre Hauptursache in den aus den Bestimmungen des Versailler Vertrages sich ergebenden Folgen. Ich kann nur stichwortweise auf einen Teil der vielen Lasten und Schäden hinweisen, welche durch die Besetzung der linken Rheinseite entstanden sind. Entmilitarisierung des Gebietes, Beschlagnahme von Wohnungen, Hotels und gewerblichen Anlagen für die Besatzung, stärkste und zu einem großen Teil nichtentschädigte Inanspruchnahme kommunaler Anlagen und Einrichtungen, Rückgang des Fremdenverkehrs, zeitweilig bis auf 10 Pro-

zent des Friedensstandes, Absperrung der Wirtschaft vom übrigen Deutschland mittels Zollschranken, die beim Hin- und Herverkehr sehr oft eine mehrfache Belastung der gleichen Ware verursachten, Abwanderung industrieller und gewerblicher Anlagen in das unbesetzte Deutschland, Verlangsamung, Verteuerung und Ausshöhlung der verbliebenen Wirtschaftsbetriebe zugunsten der in- und ausländischen Konkurrenz, Industriespionage und -überfremdung, außerordentlich hohe Aufwendungen für Notstandsarbeiten bei gleichzeitiger starker Verminderung der Steuerkraft und viele andere Dinge kennzeichnen die ungemein schwerwiegenden vorübergehenden und dauernden Folgen, welche das linke Rheingebiet durch den verlorenen Krieg zu tragen hat. Auch nur eine teilweise Beseitigung dieser Folgen wird der Allgemeinheit des Gebietes große finanzielle und sonstige Opfer kosten. Um so verwunderlicher erscheint es, daß man uns, statt uns was zu geben, bei der Kraftfahrzeugsteuer und der Staatsdotations sogar noch etwas nehmen will. Demgegenüber müssen wir um so nachdrücklicher fordern, daß mindestens die uns im Westprogramm in Aussicht gestellten 22 Millionen baldigst zur Auszahlung kommen. Mit Denkschriften, Ministerreden und Programmen ist uns nicht mehr gedient. Gibt Berlin uns die erforderlichen Mittel, so werden wir für deren Verwendung schon von uns aus ein Programm zu finden wissen. Wir setzen voraus, daß bei der Aufstellung und Durchführung des Programms die Provinzialverwaltung zugezogen wird, zumal deren Tätigkeitsgebiete im Straßenbau, landwirtschaftlichen Meliorationswegen und landwirtschaftlichen Schulwesen auf das engste berührt wird.

Meine Damen und Herren! Wir betrachten mit lebhafter Teilnahme die außerordentliche Notlage des Ostens und haben volles Verständnis für alle Maßnahmen des Reiches, die geeignet sind, der Not zu steuern. Eine positive, vom Vertrauen auf die Lebenskraft unseres Volkes getragene und vom gesamten deutschen Volk gebilligte Ostpolitik ist eine der vordringlichsten Aufgaben der deutschen Gesamtpolitik. Eine solche Politik entspricht auch der großen politischen und historischen Tradition des deutschen Westens, der in den vergangenen Jahrhunderten überschüssige Volkskraft zur Kolonisierung des Ostens gern zur Verfügung gestellt hat. Die Notwendigkeit einer solchen aktiven Ostpolitik haben wir hier im Westen erkannt auf Grund der bitteren Erfahrungen, die wir in den vergangenen 10 Jahren fremder Besatzung gemacht haben. Diese unjüdische Einstellung berechtigt uns aber auch um so mehr, zu verlangen, daß mit derselben Energie, mit der das Deutschtum und die Wirtschaft im Osten gefördert werden, auch den westlichen Gebieten, bei denen beide Interessen in gleichem Maße gefährdet sind, seitens des Reiches und des Staates schnellstens geholfen wird. Die außerordentlich intensive

Grenzlandfürsorge unserer westlichen Nachbarn sollte uns hier ein nachahmenswertes Vorbild sein.

Den preußischen parlamentarischen Körperschaften liegt, worauf der Herr Landeshauptmann bereits hingewiesen hat, der Entwurf eines großen Gesetzgebungswerkes vor, das für unsere Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz und, was ich gleich hinzufügen möchte, für unser Verhältnis zur Regierung und zu den preußischen Zentralstellen von folgenschwerer Bedeutung ist: der Entwurf eines Gesetzes über die kommunale Selbstverwaltung. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das ist ein Entwurf zur Kastrierung der Selbstverwaltung!) Dieses Gesetz soll die Einlösung eines Versprechens sein, welches den preußischen Provinzen im Artikel 72 der preußischen Verfassung vor nunmehr 10 Jahren gegeben worden ist, und in dem es heißt: Das Gesetz wird den Kreis der den Provinzen überwiesenen Selbstverwaltungsangelegenheiten erweitern und ihnen Auftragsangelegenheiten übertragen. Was bis jetzt über diesen Entwurf in die Öffentlichkeit gedrungen ist, vermag unsere auf diesen Artikel der preußischen Verfassung gesetzten Erwartungen keineswegs zu erfüllen, und zwar um so weniger, als mit dem Zustandekommen des Gesetzes das Recht des Provinzialausschusses erklicht, bei der Besetzung der höchsten Verwaltungsstellen mitzuwirken. Für die Selbstverwaltung der Provinzen bringt das Gesetz durchaus nicht die Dezentralisation, die wir erwarten müssen. Es wirkt fast lächerlich zu sagen, daß der einzige Verwaltungsgegenstand, der vollständig auf die Provinz übertragen ist, die Regelung und Förderung des Feuerlöschwesens ist, dessen Förderung übrigens die Provinz durch die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt auch bisher schon betrieben hat. — Wir danken bei dieser Gelegenheit der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt für alle der Bevölkerung der Provinz und insbesondere auch dem Lande durch ihre Fürsorge auf dem Gebiete des Feuerlöschwesens erwiesenen Dienste. — Auf verschiedenen anderen Gebieten, die genannt werden, z. B. Erlass von Vorschritten über die Jugendpflege, Regelung des Rechtes der öffentlichen Wege soll der Provinzialverwaltung zwar das Recht eingeräumt werden, allgemeine Regeln aufzustellen, aber es wird keineswegs dagegen Vorsorge getroffen, daß nicht neben der Provinzialverwaltung auch die Staatsregierung unmittelbar mittelverteilend usw. tätig wird, daß also Doppelarbeit stattfindet. Sogar nicht einmal die Heimatpflege, die Erforschung der Heimatgeschichte, die Pflege öffentlicher Denkmäler hat man geglaubt, der Provinzialverwaltung allein übertragen zu können. Als nicht ganz neues Arbeitsgebiet wird ihr nämlich durch das neue Selbstverwaltungsgesetz übertragen: die Beteiligung an die Heimatpflege. Abgesehen von der Nichterfüllung des Artikels 72 haben die preußischen

Provinzen Anspruch auf ein Eigenleben innerhalb des preußischen Staates auf allen Gebieten, deren zentrale Regelung von Berlin aus nicht unbedingt notwendig ist. Wir werden deshalb diesem Gesetzentwurf unsere ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen, stellen zunächst aber auch mit Genugtuung fest, daß die Landeshauptleute aller preußischen Provinzen den Entwurf als unbefriedigend einmütig abgelehnt haben.

Meine Damen und Herren! Bei der Fülle der Aufgaben, die der provinziellen Selbstverwaltung gestellt sind, kann es nicht Zweck einer Etatsrede sein, zu den vielen Einzelheiten des Haushaltsplanes Stellung zu nehmen. Wir wissen die Interessen des Rheinlandes und seiner Bevölkerung in bewährten Sänden und wünschlich zuversichtlich, daß die künftige Tätigkeit der Rheinischen Provinzialverwaltung eine ebenso erfolg- und segensreiche sein möge wie bisher. Dabei verbinden wir mit der Versicherung des vollsten Vertrauens unseren ganz besonderen Dank an Herrn Landeshauptmann Dr. Horion. (Lebhafte Bravo!)

Meine Damen und Herren! Unser großer Heer- und Volksführer, der von allen gutgefinnten Deutschen hochverehrte Herr Reichspräsident von Hindenburg hat uns während seines langen vorbildlichen Wirkens im Dienste unseres Vaterlandes in Worten und Taten immer wieder den Weg gezeigt, den wir gehen müssen, wenn uns Deutschlands Wiederaufstieg zu neuer Blüte und nationaler Größe beschieden sein soll. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: 1914! Weiterer Zuruf: Wir haben doch Marx gewählt!) Einiges Denken und Handeln in allen Lebensfragen der Nation ist die unerläßliche Vorbedingung dafür, daß wir den Weg zu einer besseren Zukunft finden. In seiner weit überwiegenden Mehrheit verlangt das deutsche Volk, daß es diesen Weg zielklar und entschlossen geführt wird. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Auch in den Krieg!) Es ist des Haders der Parteien sowie der ständischen und sonstigen Gegensätzlichkeit, die Hindernisse auf diesem Wege sind, müde. An Stelle verzerrter Ideologien wünscht es nüchterne Überlegungen darüber, wie in der gegenwärtigen schweren Zeit allen Schichten und Ständen des Volkes bestens gedient werden kann. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Durch die proletarische Revolution!) Durch Stärkung der Autorität auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ist den Staatsnotwendigkeiten mehr als bisher Rechnung zu tragen. (Zustimmung.) Achtung vor den Gesetzen ist die erste Voraussetzung für jede Staatsordnung. Das Streben nach Einigkeit, Recht und Freiheit, welches wir im Deutschlandlied so oft gelobt, sollte endlich zur rettenden Tat werden für unser Volk und Vaterland. (Lauter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Wiehaver. (Abgeordneter Selbmann: Bitte zur Geschäftsordnung ums Wort!) Zur Ge-

schäftsordnung kann ich nachher erst das Wort erteilen. (Abgeordneter Selbmann: Ich hatte mich schon vorher gemeldet, Herr Dr. Jarres!) Das habe ich nicht gesehen. Ich habe dem Herrn Abgeordneten Wiehaver bereits das Wort erteilt.

Abgeordneter Wiehaver: Meine Damen und Herren! Nach den klaren Darlegungen des Herrn Oberpräsidenten in seiner gestrigen Eröffnungsansprache, nach der umfassenden Haushaltsrede, die gestern der Herr Landeshauptmann gehalten hat, und den eingehenden Darlegungen meines Herrn Vordredners beabsichtige ich, nur einen bescheidenen Teil der meiner Fraktion zustehenden Redezeit in Anspruch zu nehmen. Denn angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen wir alle und die Provinz insbesondere leben, nutzen auch die schönsten und temperamentvollsten Parlamentsreden nichts.

Der Herr Oberpräsident hat in seiner gestrigen Eröffnungsansprache den allgemeinen Charakter des diesjährigen Haushaltsplans unserer Provinz in einer auch nach der Auffassung meiner Freunde durchaus zutreffenden Weise gekennzeichnet. Wir stimmen mit ihm und dem Herrn Landeshauptmann darin überein, daß man sich in allen öffentlichen Körperschaften immer mehr daran gewöhnen muß, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen. Das bedeutet unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine wesentliche Einschränkung der Leistungen. Es bedeutet nach der Auffassung meiner Freunde aber auch eine mögliche Einschränkung der Aufgaben. Insbesondere scheint uns die größte Vorsicht bei der Uebernahme neuer Aufgaben geboten. Wir begrüßen es daher, daß in dem neuen Haushaltsplan die Uebernahme neuer Aufgaben nach Möglichkeit vermieden ist. Wir werden uns aber auch die vorliegenden Anträge der verschiedenen Parteien besonders daraufhin ansehen, ob darin neue Aufgaben für die Provinzialverwaltung enthalten sind.

Hierbei scheint es uns vor allem notwendig, auch darauf hinzuweisen, daß sich schon jetzt manche Aufgaben der Provinz mit den Aufgaben anderer Verwaltungskörper überschneiden. Das ist namentlich auf dem Gebiete des Fürsorgewesens der Fall. Darauf will ich jetzt im einzelnen nicht eingehen; ich möchte aber einen Punkt erwähnen, das ist die Landesplanung, die gleichzeitig, soviel ich weiß, von der Provinz, von den Regierungen und im Industriebezirk insbesondere auch vom Siedlungsverband betrieben wird. Hier scheint es uns vor allem nötig, ein planmäßiges Verfahren einzuhalten. Ich möchte namentlich darum bitten, daß sich die Regierungen, soweit sie sich mit Landesplanung befassen, darüber stets mit der Verwaltung der Provinz im Einvernehmen halten.

Meine Damen und Herren! Bei jedem Haushaltsplan ist für die dabei beteiligten Steuerpflichtigen die Hauptfrage, „wie sieht es mit der Steuerumlage aus?“

Hier ist es nun für meine Freunde ganz selbstverständlich, daß in diesem Jahre an eine Erhöhung der Provinzialumlage nicht zu denken ist. Wir haben es daher begrüßt, daß auch der Herr Landeshauptmann die Gründe, die gegen eine Erhöhung der Provinzialumlage sprechen, sowohl in der gedruckten Vorlage als auch in seiner gestrigen Haushaltsrede eingehend dargelegt hat. Wenn er dabei unter anderem auch von der höheren Provinzialumlage in manchen anderen preussischen Provinzen gesprochen hat, so ist dabei nicht nur der von ihm erwähnte Umstand zu berücksichtigen, daß in den anderen Provinzen die Provinz manche Aufgaben erfüllt, die bei uns selbstverständlich und von altersher die Stadt- und Landkreise erfüllen, sondern auch der Umstand, daß bei uns schon seit langem die Realsteuern in den Stadt- und Landkreisen in der Regel erheblich höher sind, als in den meisten anderen preussischen Provinzen. Dazu kommen bei uns noch die Umlagen für den Ruhrfiedlungsverband und ähnliche genossenschaftliche Einrichtungen, wie die Emischer Genossenschaft, den Ruhrtalesperrenverein u. dgl. mehr. Umlagen, die der Provinzialumlage nicht nur gleichkommen, sondern sie, wenn man alles zusammenrechnet, in den betreffenden Gegenden noch übersteigen.

Mit Bedauern haben wir gehört, daß der Herr Landeshauptmann auch davon gesprochen hat, wir müßten uns darauf gefaßt machen, daß in künftigen Jahren eine Erhöhung der Provinzialumlage kaum zu umgehen sein werde. Wir hatten gehofft, daß, wenn nicht neue ungünstige Momente eintreten, im nächsten Jahre die Provinzialumlage hätte herabgesetzt werden können. Wir möchten den Herrn Landeshauptmann daher schon heute darauf aufmerksam machen, daß wir es auf das tiefste bedauern würden, wenn er uns im nächsten Jahre eine Vorlage auf Erhöhung der Provinzialumlage machte. Wir würden uns in diesem Falle sicher genötigt sehen, die Ausgaben- und Aufgabenseite der Provinz uns noch genauer anzusehen, als bisher. Denn Steuerabbau tut not!

Wir geben zu, daß in dem diesjährigen Haushalt auf der Einnahmenseite mehrere Unsicherheitsfaktoren enthalten sind. Damit müssen wir uns aber abfinden und an der Hoffnung festhalten, daß sich diese Unsicherheitsfaktoren nicht in dem Maße zu unserem Nachteil auswirken, wie man das theoretisch annehmen könnte. Bedenklich ist allerdings auch das außerordentliche Anwachsen der Provinzialschulden in den letzten vier Jahren. Daß andere Körperschaften ihre Schulden in noch höherem Grade vermehrt haben, kann uns dabei kein Trost sein. Es ist höchstens ein Beweis dafür, daß diese anderen Körperschaften schlechter gewirtschaftet haben, als es in der Provinz glücklicherweise der Fall gewesen ist. Wir bedauern, daß nur der kleine Betrag von 200 000 RM zur teilweisen Deckung des früheren Defizits verwandt werden soll. Wir sind aber unter allen Umständen entschlossen, an diesen 200 000 RM festzuhalten und sie nicht durch irgendwelche neuen

Aufgaben oder Ausgaben kürzen zu lassen. (Abgeordneter von Stedman: Sehr richtig!) Wir sehen uns dazu um so weniger in der Lage, als ja nach den gestrigen Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns im laufenden Jahre mit einem weiteren Defizit von 800 000 RM gerechnet werden muß.

Was die Unsicherheitsfaktoren betrifft, so hat der Herr Landeshauptmann besonders auf die Kraftfahrzeugsteuer hingewiesen und dabei in ausführlicher und nach unserem Dafürhalten wirksamer Weise die Ansprüche der Stadt Berlin in bezug auf diese Steuer bekämpft. Wir treten seiner Auffassung in diesem Punkte durchaus bei und billigen rückhaltlos auch die Ausführungen, die er in seinem bekannten Schriftsatz vom 2. April gegenüber dem dem Preussischen Landtage vorliegenden sozialdemokratischen Antrage über die Kraftfahrzeugsteuer gemacht hat.

Meine Damen und Herren! Die hohen Schulden der Provinz geben uns zu denken, und es fällt uns nicht leicht, sie in diesem Jahre noch um 6 Millionen RM auf dem außerordentlichen Haushalt zu vermehren. Wir wollen uns aus den von dem Herrn Landeshauptmann angeführten Gründen ausnahmsweise damit einverstanden erklären, daß dies geschieht. Denn wir sehen ein, daß diese Ausgaben an sich kaum vermieden werden können. Insbesondere wollen und müssen wir unter allen Umständen daran festhalten, daß die im außerordentlichen Haushaltsplan enthaltene Summe von 1 Million für den Ruhrfiedlungsverband bestehen bleibt. Hierzu möchte ich in meiner Eigenschaft als Mitglied der Verbandsversammlung des Ruhrfiedlungsverbandes noch folgendes betonen: Wir hatten dort eigentlich mit einer erheblich höheren Zuwendung der Provinz gerechnet, denn wir fühlen uns im Ruhrfiedlungsverbände an sich von der Rheinprovinz im Vergleich zu Westfalen, wenigstens was die vergangenen Jahre betrifft, ziemlich schlecht behandelt. (Abgeordneter Dr. Battberg: Sehr richtig!) Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß der Ruhrfiedlungsverband in seinem Gebiet lauter Aufgaben erfüllt, die in anderen Gebietsteilen der Provinz von der Provinzialverwaltung erfüllt werden. Wir haben mit Rücksicht auf die gespannte finanzielle Lage davon abgesehen, unsererseits einen Antrag auf Erhöhung dieses Betrages zu stellen. Wir müssen aber daran festhalten, daß es sich hier nicht um einen einmaligen Beitrag handelt, sondern daß die Provinzialverwaltung sich darüber klar sein muß, daß auch in künftigen Jahren mindestens der gleiche, wenn möglich, ein höherer Betrag für den Ruhrfiedlungsverband in den Haushalt einzustellen sein wird.

Zu dem Haushalt der Vermögens- und Schuldenverwaltung habe ich namens meiner Freunde vor allem den Wunsch auszusprechen, daß darin die Zins- und Tilgungsbeträge der Anleihen in Zukunft getrennt angegeben werden, was bisher nicht geschehen ist.

Auf die Bauten will ich nicht näher eingehen und nur nochmals betonen, daß meine Freunde im vorigen Jahre bekanntlich große Bedenken hatten, der Erweiterung des Geschäftsgebäudes der Provinzialverwaltung zuzustimmen. Wir sind auch heute noch nicht restlos davon überzeugt, daß dieser Neubau in dem geplanten Umfange notwendig war. Wir glauben nach wie vor, daß, soweit mehr Raum geschaffen werden mußte, dies auch durch Anmietung von Geschäftsräumen hätte gesehen können. Denn, meine Damen und Herren, je mehr Raum vorhanden ist, um so mehr wird geschrieben. Ich benutze aber gerne die Gelegenheit, den beteiligten Herren der Provinzialverwaltung unseren besonderen Dank und unsere Anerkennung für die wertvolle und hoch interessante Denkschrift über die rechts- und linksrheinischen Durchgangsstraßen zwischen Koblenz und Köln auszusprechen.

Was die Beträge für die Wohlfahrt im weitesten Sinne des Wortes betrifft, so sehen wir hier leider eine fortgesetzte Zunahme. Unter den gestrigen Mitteilungen des Herrn Landeshauptmanns über dieses Gebiet war die einzig erfreuliche die, daß die Zahl der Fürsorgezöglinge abgenommen hat. Hoffentlich ist dies auch weiter der Fall. Im übrigen möchte ich schon deshalb auf dieses ganze Gebiet heute nicht näher eingehen, weil ich davon überzeugt bin, daß bei der Spezialdebatte noch viel über diese Sache hier verhandelt werden wird und daß alle Seiten des Hauses dazu das Ihrige beitragen werden.

Zu den wichtigen landwirtschaftlichen Fragen, und namentlich zur Not der rheinischen Landwirtschaft, wird nachher einer meiner Freunde noch besonders sprechen.

Meine Damen und Herren! Unsere Wirtschaftslage ist ernst, sehr ernst. Aber wir dürfen doch nicht nur mit den Gefühlen des Pessimismus an unsere Arbeit herangehen. Wir haben zu unserer Provinzialverwaltung das Vertrauen, daß sie gerade auch in den ersten Zeiten, in denen wir stehen, alle Kräfte daran setzen wird, die ihr obliegenden Aufgaben in bestmöglicher Weise zu erfüllen. Wir treten den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns zu dem Referentenentwurf eines Gesetzes über die kommunale Selbstverwaltung bei und billigen namentlich alles das, was er über das Eigenleben der Provinz gesagt hat. Wir danken ihm und seinem ganzen Beamtenstabe für ihre von ihm und seinem Pflichtbewußtsein getragene Arbeit in der Vergangenheit. Wir sind überzeugt, daß sie diese Arbeit auch unter den schwierigen Verhältnissen der Gegenwart und Zukunft mit dem gleichen Pflichtbewußtsein und Erfolg leisten werden. (Beifall bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Zum Schluß habe ich noch einem Wunsche Ausdruck zu geben. Wir haben gehört, daß Verhandlungen wegen des Ehrenbreitsteins gepflogen worden sind. Wir halten es für eine Ehrenpflicht der Rheinprovinz, für den jetzt von der fremden Besatzung freien Ehren-

breitstein in Zukunft zu sorgen, ich möchte sagen: die Pflegschaft zu übernehmen, daß er erhalten bleibt als Denkmal einer großen vaterländischen Vergangenheit. Wir hoffen, daß die Provinzialverwaltung auch hierzu nach Kräften beitragen wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Selbmann.

Abgeordneter Selbmann: Nach § 24 der Geschäftsordnung ist es verboten, daß Reden vom Rednerpult aus vorgelesen werden. Gestern hat bereits der Herr Landeshauptmann seine Rede vorgelesen; das kann eventuell noch durchgehen. (Seiterkeit.) Aber auch der Vertreter des Zentrums hat heute seine Rede wörtlich vorgelesen. Er hat die Sache so wörtlich vorgelesen, daß er stellenweise sogar die orthographischen und Tippfehler mitgelesen hat. Ich stelle nur fest, daß dieses Verlesen nach der Geschäftsordnung unzulässig ist und der Herr Vorsitzende verpflichtet war, dem Abgeordneten das Vorlesen seiner Rede zu verbieten. (Zuruf: Das hat er nicht gemerkt!)

Wir haben gestern bei der Beratung der Geschäftsordnung bereits darauf hingewiesen, daß diese Geschäftsordnung nur gegen die Opposition angewandt wird. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Das zeigt sich auch noch in einem anderen Falle: Gestern, als meine Parteifreunde Beifall klatschten, hat der Herr Vorsitzende das mit strengen Worten gerügt. Heute aber, als die Zentrumsfraktion ihrem Redner Beifall klatschte, hat der Herr Vorsitzende dafür kein Wort der Rüge gefunden. Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß der Vorsitzende, Herr Dr. Jarres, eventuell die Paragraphen der Geschäftsordnung auch gegen das Zentrum und die Fraktionen der Arbeitsgemeinschaft so scharf anwenden wird wie gegen die Opposition. Wir stellen das jedoch lediglich fest, um hier noch einmal darzulegen, daß die gestrige Verschlechterung der Geschäftsordnung nur geschaffen worden ist, um sie gegen die Opposition anzuwenden. (Zustimmung bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu den Ausführungen des Herrn Vorredners habe ich folgendes zu erklären: Ich habe wohl bemerkt, daß auch aus dem Zentrum nach der Rede des Herrn Abgeordneten Tenhaeff geklatscht worden ist. Es war aber nur ein ganz scharfer Versuch dieser Art. (Seiterkeit. Zuruf des Abgeordneten Heuser: Wir sind nicht so laut wie die! Zuruf des Abgeordneten Haake: Gerade darum mußte er unterdrückt werden!) Sie haben gestern aus der Mitte des Hauses gehört, daß in der Geschäftsordnung keine Bestimmung stände, wonach das Klatschen verboten sei. Ich habe das gestern bestätigt und habe mir deshalb vorgenommen, in der nächsten Sitzung des Kleinstenrats den früher von mir schon mitgeteilten Beschluß bestätigen zu lassen, wonach die Fraktionen gebeten werden, von dieser Art der Beifallskundgebung Abstand

zu nehmen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Dann machen Sie es wieder schärfer wie im Landtag, da darf geklatscht werden!) Ich bin weder Mitglied des Reichstages noch des Landtages. Ich mache hier nach rheinischer Art Geschäftsordnung. (Weiterkeit. Zuruf des Abgeordneten Haake: Dann sollten Sie gerade hier klatschen lassen, denn der Rheinländer ist bestimmt temperamentvoller!) Herr Abgeordneter Haake, Sie haben nicht das Wort.

Herr Abgeordneter Selbmann hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in § 24 der Geschäftsordnung steht: Es ist nicht gestattet, Reden vorzulesen. Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß diese Bestimmung in fast allen Geschäftsordnungen steht, daß sie aber in der Praxis kaum gehandhabt wird. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten. Zuruf: Die Kommunisten haben das letztemal auch ihre Rede vorgelesen! Antwort eines Kommunisten: Das war eine Erklärung, keine Rede!) Es kommt sehr darauf an, ob der Redner sich streng an den Wortlaut seines Manuskriptes gebunden hält oder ob er es versteht, einen gefälligen Gebrauch davon zu machen. Ich glaube, daß es der Mehrheit des Hauses lieber ist, an Hand einer wohl vorbereiteten Rede Ausführungen zu hören, als eine freie, die überhaupt Hemmungen nicht kennt (Sehr richtig!) und deshalb in die Breite geht zum Nachteil der Zeit der Mitglieder des Hauses. Ich werde mich auch in Zukunft an diese Bestimmung der Geschäftsordnung nicht streng halten, sondern sie in der Weise auslegen und verwenden, wie das in allen Parlamenten üblich ist. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Nur einseitig auslegen!)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Mebus.

Abgeordneter Mebus: Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Trotzdem das Schicksal seinen Fuß auf den Nacken des deutschen Volkes gesetzt hat und es niederzuhalten versucht, leben wir im Ringen um eine bessere Zukunft in einer großen Zeit. Alles vergeht und neues Leben, neue Entwicklung wagt sich durch die Fugen vergangener Zeiten. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Woher weist Du das?) Von Ihnen. Wenn in diesem Ringen die natürlichen Gegensätze hart aufeinanderstoßen, so sind wir uns alle bewußt, daß ungeachtet allen Widerstreites der politischen Meinungen ein jeder von uns über den lauten Lärm des Alltags hinweg bestrebt ist, dem Wohle und der Zukunft des deutschen Volkes und der Menschheit zu dienen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Das ist ja von Courths-Mahler!) Ein jeder auf seine Art und ein jeder auf seinem Platz.

Meine Damen und Herren! Als der grausame Krieg zu Ende ging und die junge deutsche Republik sich langsam, immer stärker und stärker werdend, zum Gemeingut des weitaus größten Teiles unseres Volkes zu machen verstand (Zuruf rechts: Na! Na! Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Das stimmt

nicht!) — schon damals, als die Inflation über uns hinwegsegte und das neue Deutschland in ihr zu vergehen drohte —, da wußten wir alle, und jeder Tag wollte es uns aufs neue bezeigen, daß Kriegsverlust und die damit verbundenen Reparationen und Kriegslasten in ihren politischen und wirtschaftlichen Folgen unsere Zukunft dunkel und freudlos machen würden. (Zuruf: Noch etwas schmalziger!)

Wir, die wir hier an Rhein und Ruhr sitzen und den Druck der fremden Besatzung als sichtbares Zeichen roher Gewaltpolitik vielleicht am härtesten verspürten, wir kennen das am besten! Und mehr denn je sollte uns diese Zeit der Not und der Unfreiheit Lehrmeisterin gewesen sein dafür, daß die Geschicke des neuen Europa nicht mehr mit Säbelgerassel und Bajonetten in der Hand, sondern nur mit den klugen, ruhig abwägenden und trotzdem messerscharfen Waffen des Geistes entschieden werden. (Hört, hört! Zuruf des Abgeordneten Dunder: Da lachen ja die Hühner! Weiterer Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Panzerkreuzer A bis 3!)

Meine Damen und Herren! Das neue Deutschland hat sich eine Republik als Staatsform gewählt, weil es nun einmal in seiner überwiegenden Mehrheit der Ansicht ist, daß diese Besonnenheit im Denken, dies ruhige, wenn auch reibungsvolle Abwägen und dieser neue demokratische Gedanke der Gleichheit aller Menschen im Staate (Abgeordneter Dunder: Hört, hört!) einzig und allein Wegweiser sein kann für eine bessere Zukunft, wenn nicht für uns, so doch für unsere Kinder. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abgeordneten Haake: Ja, Sie sind gesund!)

Vielleicht war keiner in dem Lager der Parteien, die unsere politischen Gegner sind, der trotz größter Gegnerschaft in den Reihen des sogenannten nationalen Deutschland und trotz des Parteidogmas, das auch ihn zeitweilig befangen hielt, soviel realen Sinn, soviel seines, großlinig politisches Fingerspitzengefühl zeigte für die werdenden Dinge des republikanischen Deutschland wie der leider zu früh verstorbene Außenminister Dr. Stresemann. (Unruhe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten. Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Ihr habt keine Freunde!) Wir Sozialdemokraten, wir sehen zwar in ihm den geistigen Vertreter des nachkriegszeitlichen Kapitalismus; aber, meine Damen und Herren, vor der Größe dieses Mannes, der von Locarno nach Genf ging und von Paris zum Haag (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Und von Jerusalem nach Jericho!)

Vorsitzender Dr. Farres: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Mebus (fortfahrend): und der als erster das große Vorurteil der Welt, daß Deutschland ein Land der Militärs und Kanonen sei, in tausend Teilen riß, — vor dieser Größe ziehen auch wir unseren Hut. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Sie haben ja gar keinen an! Du hast keinen an!)

Um so mehr muß es gerade uns Rheinländer in Erstaunen und Bestürzung versetzen und uns weiterhin mit banger Sorge erfüllen, daß man in der neuen Regierung den fragwürdigen Mut aufbrachte, uns in Herrn Treviranus einen Minister vorzusetzen, dem man die Geschichte des besetzten rheinischen Gebietes anvertraut, der aber den Geist von Locarno in Stresemann bekämpfte und der Front macht gegen Genf und Haag. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!)

Wenn wir in dieser Sitzung des Rheinischen Provinziallandtages die letzte unter fremder Besatzung erleben, so dürfen wir als Rheinländer mit Freude erfüllt sein, daß uns Treviranus nicht früher beschert wurde, da er durch seine politische Einstellung eine Gefahr für das große Werk der Befreiung der Rheinlande gewesen wäre. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Ob es unter dem Pepten der neuen Regierung möglich wird, unsere Brüder von der Saar bald wieder frei zu wissen, erfüllt uns mit banger Sorge.

Der Gedanke des wahren Staatswohles, der nichts anderes ist als die Tatsache der Schicksalsverbundenheit aller Teile des deutschen Volkes und der gerade uns hier am Rhein über alle Massen bewegt, kann durch solche Ernennung wohl kaum gefördert werden. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Schwindel!) Auch kann es keine Frage sein, daß das ehemalige feindliche Ausland hierin eine politische Provokation der soeben in Amt und Würden getretenen neuen Reichsregierung sieht. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Wesenfeld: Treviranus ist ein großer Mann!) Sehr zum Schaden der weiteren günstigen Entwicklung des deutschen Ansehens in Europa. Man kann nun einmal nicht den Bock zum Gärtner machen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Das hat man bei Ihnen aber bestimmt getan! Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Das soeben gestürzte Kabinett Müller, das ein Kabinett der Besonnenheit und des klaren Blickes war (Abgeordneter Verlach: Sehr richtig!), hat einen Nachfolger erhalten, von dessen politischem Gehalt im Hinblick auf die günstige Fortentwicklung des Gedankens der Schicksalsverbundenheit des gesamten deutschen Volkes der größte Teil desselben tiefinnerlich nicht überzeugt sein kann. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Habt Ihr Euch verändert!)

Wenn wir an dieser Stelle dem Kabinett Müller den heißen Dank der rheinischen Bevölkerung aussprechen, so deshalb, weil dieses Kabinett in klarer Linie ganze Arbeit für die Freiheit der Rheinlande geleistet hat. (Hu-Rufe bei den Nationalsozialisten. Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Senkung des Reallohns!)

Meine Damen und Herren! Zwei große Fragen tragischen Inhalts drohen den Gedanken der Gemeinschaft, den Gedanken der Verbundenheit zu sprengen. Auf der einen Seite die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine Frage, die jeden ehrlichen Volks-

genossen mit banger Sorge erfüllen muß und deren tatkräftige Lösung die Belange der schaffenden Bevölkerung erfordern. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Die Belange des Trustkapitals!) Hier alle Hebel ehrlichen Wollens anzusetzen, ist eine der vornehmsten Pflichten all derer, die sich berufen fühlen, mit Hand anzulegen an der Aufrichtung der schaffenden Schichten des deutschen Volkes. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Warum haben Sie es nicht getan?) Es wird in der heutigen schweren Krisis nicht leicht sein, das Problem der Arbeitsbeschaffung zu lösen, aber auch im Landtag der Provinz müssen alle Dinge diesem großen Gedanken des Wollens dienstbar gemacht werden. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Wir sind der Auffassung, daß bei ehrlichem Wollen der Behörden und der freien Wirtschaft Mittel und Wege zu finden und zu begeben sind, die eine Entlastung des Arbeitslosenmarktes ermöglichen. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Schluß!) Von der Wirtschaft müssen wir fordern, daß sie sich nicht als Herr der Welt, sondern als dienendes Mitglied der Volksgemeinschaft sieht. Fort mit dem Standpunkt der vorkriegszeitlichen Herrenspielerei und Hand angelegt an den Aufbau des gemeinsamen Vaterlandes soll und muß die Parole all derer sein, die sich berufen fühlen, für ein notleidendes, hartgeschlagenes Volk zu arbeiten. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Das hätte Herr Haas besser vorgelesen!)

Auf der anderen Seite sehen wir mit großer Besorgnis die Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Ein harter, grausamer Krieg hat hier die automatische Entwicklung gestört. Unsere Landwirtschaft, infolge der Kriegsnot entblößt von allen Hilfsmitteln, ohne Betriebsmittel, ohne die erforderliche Kraft der Weiterentwicklung, sie wurde gleich dem schaffenden Menschen ein Spielball des Schicksals. Unsere Not des Kriegselendes versorgte die uns umgebenden Produktionsländer mit den Geldern der deutschen Not. Sie wurden stark im Ausbau ihrer Wirtschaft, und heute ist diese ausländische Agrarwirtschaft, gespeist von den Notgroßen deutschen Hungers, der Feind der heimischen Bodenerzeugung geworden. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Sagt das doch der zweiten Internationale!)

Not ist aber immer der Lehrmeister der Entwicklung gewesen. Auch wir müssen von der Landwirtschaft fordern, daß sie sich den Belangen des neuen Lebens anpaßt und eine Produktionspolitik treibt, die allein geeignet ist, die Lebensnotwendigkeiten der eigenen Wirtschaft zu garantieren. Ein Fortfahren in alten ausgefahrenen Gleisen ist vom Uebel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Neue Verhältnisse, in der Umstellung der Weltwirtschaft liegend, verlangen neue Wege. Wir sehen in der heute betriebenen Subventionspolitik durch den Staat nicht die Förderung der Agrarwirtschaft (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!), sondern wir sehen darin ein gefährliches Schlaf-

pulver, welches geeignet ist, die Kraft des heute noch unverbrauchten Landvolkes vertümmern zu lassen.

Es ist ein Fehler, wenn auch begründet in alter vorkriegszeitlicher Einstellung, daß die Produktions- und Wirtschaftspolitik von Ost und West nur dem Osten, der Körnerwirtschaft dienstbar gemacht wird, wo doch jeder sehende Mensch erkannt hat, daß der Krieg die Produktions- und Absatzverhältnisse grundlegend veränderte. Wir müssen verlangen, daß die Landwirtschaft diesen veränderten Verhältnissen Rechnung trägt und eine Produktionspolitik betreibt, die analog der Produktion des Auslandes geeignet ist, die Kraft und den Willen des Bauernstandes einzupassen in das Erhaltungswerk des gesamten deutschen Volkes.

Wir hier an Rhein und Ruhr, wir sehen und verspüren tagtäglich die Ueberlegenheit des Auslandes, wir wissen, daß harte Arbeit erforderlich ist, um die Umstellung der bäuerlichen Wirtschaft zu erreichen. Die Umstellung des rheinischen Landvolkes ist möglich, weil ein hartes Muß Triebfeder des Wollens ist.

Wir, die wir hier, hart bedrängt durch die ausländische Konkurrenz, zur intensiveren Wirtschaft angeregt werden, wir müssen Lehrbeispiel für den Osten werden. Lehrmeister vor allen Dingen dahingehend, daß wir dem Osten zeigen, daß die Gelder, die in Form von staatlichen Krediten und Subventionen der Unterstützung der Produktion dienen sollen, angewandt werden nicht zur Erhaltung alter Produktionsmethoden und nicht zur künstlichen Lebensverlängerung absterbender Betriebe, sondern zur Anwendung und Herausarbeitung neuer Betriebszweige und ihrer rationellen Durchführung. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Stärkere Ausbeutung! Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Sklarek!)

Von diesen modernen Betriebszweigen nenne ich nur: Geflügelhaltung, Gemüsebau, Milchwirtschaft, mit allen Nebenprodukten und die Zucht von hochwertigem Qualitätsvieh jeder Gattung.

Das können wir aber nicht mit den überholten Ansichten des Ostens. Was will der Osten? Verteuerung sämtlicher landwirtschaftlicher Produkte, vornehmlich des Brotkorns durch ungesunde preistreibende Einfuhrzölle zum Schaden und zur wirtschaftlichen Schwächung der Verbraucher.

Was will der Westen? Nicht Verteuerung der Produkte durch Zölle, sondern durch eine harte, zielbewußte Intensivierung der Betriebe (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die Höchstleistung des Bodens erreichen und durch eine schnelle und rationelle Heranführung des Erzeugers an den Verbraucher eine wesentliche Verbilligung des landwirtschaftlichen Produktes und damit eine Steigerung der Kaufkraft der konsumierenden Bevölkerung. (Zuruf des Abgeordneten Heuser: Das ist sehr richtig!)

Wenn wir im Rahmen ehrlichen Wollens diese großen lebenswichtigen Fragen betrachten, müssen wir

uns fragen, ob es eine Möglichkeit gibt, diese Lebenserhaltungsfragen zur Durchführung zu bringen unter der Herrschaft eines Ministers Schiele, der als reiner Exponent östlicher Belange anzusprechen ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sehen in diesem Minister eine Gefahr für die moderne Betriebsentwicklung. Viel lieber sähen wir in diesem Amt einen Vertreter der westlichen intensiven bäuerlichen Wirtschaft.

Wenn ich nun zu diesem Unglück den Präsidenten der rheinischen Landwirtschaftskammer hinzuzähle, der als beamtete Mittlerperson zwischen Staat und Bauernwirtschaft tätig sein soll, so sind wir der Auffassung, daß ein an sich leistungsfähiger Mensch zur Untätigkeit verdammt und wertlos wird, wenn er die Organisation des Volkes, den heutigen Staat, ablehnt. (Abgeordneter Gerlach: Sehr wahr! Lachen bei den Nationalsozialisten.) Es ist ein Unglück für die rheinische Landwirtschaft, daß der Kammerpräsident, der Förderer und Betreuer der bäuerlichen Belange sein soll, in so großem inneren Gegensatz zur heutigen Schicksalsgemeinschaft, dem Staate, steht.

Meine Damen und Herren! Wenn ich die großen Gedanken wirtschaftlichen Geschehens und wirtschaftlicher Not vorangestellt habe (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Die habt Ihr sicher nicht!), so ist es geschehen, weil sich aus dieser Form der Betrachtung der Dinge unsere konsequente Einstellung zu den Einzelfragen des Haushaltes der Provinzialverwaltung, die alle ineinander greifen und alle das eine Ziel verfolgen, die Kraft der rheinischen Lande und darüber hinaus des gesamten deutschen Volkes in Kultur und Wirtschaft zu heben, folgerichtig ergibt.

Meine Damen und Herren! Ich habe als Kenning in diesem Hause die Auffassung gewonnen, daß das beliebte Einschlagen des Flugzeugtempo nicht dem Wert der zur Beratung stehenden wichtigen Lebensnotwendigkeiten entspricht. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Ihr habt doch die Geschäftsordnung noch verschärft!) Wenn wir auch der Provinzialverwaltung das Vertrauen nicht verwehren möchten, so möchten wir doch gerne sehen, wenn die lebenswichtigen Belange der rheinischen Bevölkerung ruhiger und weniger hastig beraten würden. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Damit Sie mehr Diäten bekommen, dann dauert es nämlich länger!)

Nun, meine Damen und Herren, zu den Dingen selbst: Als Erstes möchten wir bemerken, daß wir in der Finanzgebarung der Provinz eine Gefahr für die ruhige Entwicklung sehen. Wir haben auch hier der Gepflogenheit eines ordentlichen Haushaltsvorstandes zu folgen und uns von der kostspieligen Bumpwirtschaft fernzuhalten. Es ist ein Unding, untragbare Schulden für die Zukunft zu machen (Zustimmung) und sich das Mäntelchen der Sparsamkeit auf Kosten der Zukunft umzuhängen. Wirtschaft ist hart. Keine

Ausgabe ohne Deckung, soll und muß Barole sein, wenn wir die Zukunft meistern wollen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Ihr habt doch bisher nur vom Pump gelebt!) Deshalb sehen wir auch in der künstlichen Niedrighaltung der Provinzialumlage einen großen Fehler der Finanzgebarung der Provinzialverwaltung. Hier ist Anpassung an die tatsächlichen Dinge Pflicht der Stunde. Was soll es heißen, daß wir in der Provinzialumlage über 50 Prozent unter allen Provinzen stehen? Wollen Sie es Reich und Staat verdienen, daß sie auf Grund dieser Tatsache die rheinische Provinz als überreich ansehen? Wer trägt die Kosten? Nicht der Herr Landeshauptmann, sondern das rheinische Volk muß die Folgen der verkehrten Wirtschaft tragen. Warum ungeheure Lasten im Zinsendienst, wenn wir so niedrig gegenüber allen anderen Provinzen in der Umlage stehen? (Zuruf des Abgeordneten Haake: Machen Sie doch mal Vorschläge!) Auch wir sind uns bewußt, daß dadurch den Gemeinden Lasten auferlegt werden, aber es geschieht doch nur, um einen größeren Kreis des Gemeinschaftslebens im Interesse von Verkehr, Wirtschaft und Kultur lebensfähig zu erhalten. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Sie haben wohl das verkehrte Manuskript mitgebracht!)

Meine Damen und Herren! Im Rahmen der vorgetragenen Ausführungen kann ich es mir versagen, auf die Vielseitigkeit der Einzelaufgaben einzugehen, weil in diesen Fällen zu den Einzelhaushaltsplänen Stellung genommen werden kann.

Ich will nur kurz die wichtigsten Gebiete besprechen: Zuerst die Straßenbauverwaltung. Hier stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Vermehrung und Erhaltung guter Verkehrsstraßen dem wirtschaftlichen Leben der Provinz dienen. Hier die Mittel durch eine scharfe Erfassung und gerechte Verteilung zu erreichen, muß eine der wichtigsten Aufgaben der Provinzialverwaltung sein. Nicht die Ausdehnung des Bezirks darf hier maßgebend sein, sondern die Verkehrsichte und die Zahl der rheinischen Fahrzeuge muß den Schlüssel der Verteilung ergeben. Weiter sehen wir im Straßenbau ein wesentliches Moment der produktiven Arbeitsbeschaffung. Die Verwendung heimischen Materials, die wiederum Anspannung heimischer Arbeitskräfte erfordert, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Ebenso selbstverständlich für uns — wenn ich damit einige Bemerkungen zur Fürsorge der hart vom Schicksal Geschlagenen machen darf —, ist die Forderung, daß die Behandlung und Erziehung dieser Fürsorgebedürftigen sich noch mehr als bisher den Erfordernissen moderner Erziehungswissenschaft und Seelenlehre anpaßt. Im besonderen begrüßen wir, daß unsere Anträge bezgl. Fortfall der körperlichen Züchtigung verwirklicht worden sind. Bedauerlicherweise ist unsere alte Forderung auf Schaffung einer

Provinzialanstalt für weibliche Zöglinge noch immer nicht verwirklicht worden. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Wir geben allerdings der Erwartung Ausdruck, daß dieses Manko an der modernen Forderung: Gleiches Recht für alle, bald verwirklicht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Besondere Einzelwünsche werden wir bei der Beratung der Einzeletats vorbringen.

Bedauerlich ist, daß die Rechnungslegung beim Wohlfahrtsstat so unübersichtlich gestaltet ist, daß es im besonderen uns neuen Mitgliedern unmöglich ist, die Einzel Dinge richtig zu beurteilen. Da ich aber annehme, daß der Provinzialverwaltung Klarheit der Geschäftshandhabung vornehmste Pflicht ist, erwarten wir für die Zukunft eine übersichtlichere Darlegung der Verhältnisse.

Meine Damen und Herren! Wenn ich zu Anfang meiner Ausführungen von der Schicksalsverbundenheit des deutschen Volkes gesprochen habe, so sind wir der Auffassung, daß innerhalb der Gemeinschaft für die schaffenden Stände eine neue gerechtere Raumverteilung nachdrücklich gefordert werden muß. Wenn auch das Schicksal des deutschen Volkes einer rein bürgerlichen Regierung in die Hand gegeben ist, so wird die Macht naturgesetzmäßigen Geschehens nicht unterdrückt werden können. Der schaffende Hand- und Kopfarbeiter ist in Jahrhunderten stets die Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung der Völker gewesen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Wie stehen Sie zum Klassenkampf?) Dieser natürlichen Entwicklung alle Kraft zu leihen, wird stets unsere vornehmste Aufgabe sein. Und gerade in der heutigen Notzeit des arbeitenden deutschen Volkes muß jeder an seinem Platz stehen und versuchen dadurch das Gesamtschicksal zu meistern.

Ich schließe mit den trostigen Worten (Lachen bei den Nationalsozialisten) eines meiner Freunde, der mir in schwerer Stunde ins Stammbuch schrieb:

Mensch, Du, halt stand!

Greif Deinem Schicksal fest in die Speichen,

Halt es, und zwing es, Dir auszuweichen!

Mit eiserner Hand.

Mensch, Du, halt stand.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiegel.

Abgeordneter Kiegel: Wir Kommunisten lehnen den uns heute vorgelegten Etat grundsätzlich ab. (Zuruf eines sozialdemokratischen Abgeordneten: Das wissen wir!) Wenn mein Herr Vorredner nicht mit einem Wort betont hätte, daß er als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion gesprochen hat, so wäre aus seinen Ausführungen überhaupt nicht herauszuhören gewesen, welche Richtung er in diesem hohen Hause eigentlich vertritt. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das ist kein neuer Wis!) Ich will dazu nur kurz sagen: Es

waren unserer Ansicht nach wohl berechnete Provokationen, die sich auf das von Sebering eingebrachte und im Reichstage unter der jetzt mit Tränen beweineten Müller-Regierung durchgepeitschte Republik-schutzgesetz stützten, wenn er hier von dem geistigen Führer Hindenburg und dem Freunde der Sozialdemokratie, dem dahin gegangenen Herrn Stresemann sprach.

Wir wissen, wenn wir jetzt zu dem Etat Stellung nehmen, daß dieser Etat in allen seinen Punkten den Stand und Inhalt der kapitalistischen Republik widerspiegelt, daß auch dieser Etat für die Rheinprovinz zusammengestellt ist nach den Wünschen und Forderungen der Tonangebenden und Herrschenden in dieser kapitalistischen Republik, nach den Wünschen und Forderungen der rheinischen Großindustriellen, der Großbauern und des hier in der Rheinprovinz mit besonderem Nachdruck herrschenden Klerus. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Wir wissen, daß ein wirklicher Etat, der den Wünschen und Forderungen der Werktätigen, der Arbeiterklasse und der Kleinbauern, entspricht, nur dann aufzustellen möglich ist, wenn die Klasse der Werktätigen, die Arbeiterklasse selbst über die Zusammensetzung zu entscheiden hat. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Weil wir dieses wissen, deswegen lehnen wir den hier vorgelegten Etat grundsätzlich ab und versuchen, über die Köpfe des Parlaments hinweg der arbeitenden Klasse begreiflich zu machen, daß sie mit uns, mit der kommunistischen Partei kämpfen muß für die Herrschaft der Arbeiterklasse an sich. (Zuruf rechts: Siehe Rußland!)

Die Situation, in der der Provinziallandtag zu diesem Etat Stellung nimmt, steht im Zeichen der Bürgerblockregierung, der Regierung von Hindenburgs Gnaden, der Regierung, die sich tagtäglich brüftet, daß sie den Artikel 48 in der Tasche hat und mit diesem zu regieren bereit ist. Die Etatsberatung steht im Zeichen einer Regierung, die sich jetzt anschickt, die Vorlagen, die die Müller-Regierung unterbreitet hat, die Vorlagen auf maßlose Zollerhöhungen und Steuerherabsetzungen für die besitzende Klasse durchzupeitschen und durchzuführen, einer Regierung, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, den mörderischen Youngplan, der vor wenigen Wochen im Reichstage mit vielem Ach und Krach aus der Taufe gehoben wurde, jetzt durchzuführen. Wenn wir die Frage aufwerfen, in wessen Auftrag die Regierung diese Maßnahmen durchführt, so brauchen wir uns nur an die Industriellen-Tagung zu erinnern, die hier in Düsseldorf und später noch einmal in Berlin zusammengetreten ist, um einmal der Müller-Regierung und zum andern auch in weiser Voraussicht der kommenden Dinge der jetzigen Regierung Ziel und Weg vorzuschreiben. Der Auftrag wurde dahin gestellt, daß die bürgerlichen Parteien soweit sie sich zur Annahme des Youngplans bereit erklärten, diesen nur durchzuführen, wenn es gelingt, der

Arbeiterklasse größere Lasten, neue Steuern und Zollerbelastungen, eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Kürzung der Löhne aufzuerlegen. Bereits jetzt kündigen die ersten Anzeichen und Taten an, daß die Regierung in vollstem Umfange bereit ist, in diesem Sinne tätig zu sein. (Zuruf rechts: Zur Sache!)

Wenn wir hier zu dem Etat Stellung nehmen, so ist es notwendig, auch zu diesen Fragen der Regierung, die in engstem Zusammenhang mit der Not in der Rheinprovinz stehen, ja ihre Ursachen sind, zu sprechen. Selbst der Herr Landeshauptmann hat gestern hier davon gesprochen, wie notwendig es sei, der Bergewaltigung des Rheinlandes Einhalt zu gebieten.

Das Programm, das die Industriellen aufgestellt und der Regierung zur Durchpeitschung übergeben haben, wird nur dann durchführbar sein, wenn es dieser Regierung gelingt, die Arbeiterklasse dazu zu zwingen, sich dem von den Industriellen aufgestellten Programm zu beugen. Ich betonte schon eingangs meiner Ausführungen, daß das von dem Innenminister Sebering aufgestellte Republik-schutzgesetz, dieses Ausnahmegesetz gegen die kommunistische Partei, diese Androhung der ungeheuerlichsten Strafen im Zusammenhang mit den übrigen Gesetzesvorlagen, soweit sie dem Reichstage vorliegen, einzig und allein zu dem Zwecke geschaffen worden sind (Zuruf des Abgeordneten Marx: Reden Sie doch kein Blech!), um mit Hilfe der Staatsmacht, mit Hilfe der Verstärkung der Polizeitruppen und mit Hilfe aller übrigen Machtmittel des kapitalistischen Staates die Arbeiterklasse zu zwingen, sich widerspruchslos diesem System der schrankenlosen Ausbeutung zu beugen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Parlamentarischer Schwindel!)

Zum anderen muß ich darauf hinweisen, daß gestern bereits in einer Reichskabinetts-sitzung das Agrarprogramm dieser Regierung entworfen wurde, das im besonderen widerspiegelt, wie und in welcher Weise jetzt diese Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse durchgeführt werden sollen. In dieser Reichskabinetts-sitzung hat nach dem demokratischen Zeitungsdiener der Reichsernährungsminister Schiele ausgeführt, daß die Regierung beabsichtige, den Durchschnittspreis von 260 RM für Weizen und von 230 RM für Roggen beizubehalten. Weiter ist die Herausschraubung der Zölle für die wichtigsten Getreidearten angekündigt. Es ist ferner angekündigt, daß bereits am 1. Juli die gesamte zollfreie Gefrierfleisch-einfuhr eingestellt werden soll. (Zuruf rechts: Endlich!) Meine Herren von rechts, dieses „endlich“ mag ihrem Sinne entsprechen. Ihnen wurde hier gestern bereits mit aller Deutlichkeit gesagt, daß Sie überhaupt nicht in der Lage sind, sich in die Lage derjenigen hineinzusetzen, die heute zu Millionen in dem billigeren Gefrierfleisch noch ihre einzige Ernährungsmöglichkeit erblicken.

Werte Anwesende! Dieses Ernährungsprogramm nutzt auch nicht, wie Sie es hier immer darzustellen

versuchen, denjenigen, als deren Beschützer Sie sich in erster Linie aufspielen, den Kleinbauern. Es nützt nichts denjenigen, die heute zu Hunderttausenden genau die gleichen Entbehrungen ertragen müssen, wie die Millionen der Arbeiterklasse. Zollerbhöhungen bedeuten Steigerung der Preise. Nicht umsonst wurde festgestellt, daß die Zollankündigungen schon dazu beigetragen haben, die Preise der Getreideprodukte an den Börsen in die Höhe zu treiben, daß der Roggen in die Höhe schnellte und der Weizen in die Höhe getrieben wurde. Ganz natürlich werden auch die Hunderttausende von Kleinbauern die Auswirkung dieser Teuerung zu spüren bekommen in den Preisen aller übrigen Produkte, die sie kaufen müssen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Verehrte Anwesende! Wenn dann gestern in den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns auf die in der Rheinprovinz herrschende Not hingewiesen wurde, die er mit der Tatsache bewies, daß hier 250 000 Erwerbslose vorhanden sind, so muß ich hier von dieser Stelle aus einen der erhobenen Vorwürfe auf das Schärfste zurückweisen. Soweit wir gestern verstanden haben, hat der Herr Landeshauptmann hier ausgeführt, wenn nur angenommen werde, daß 200 000 der unterstützten Erwerbslosen ihre Unterstützung zu Recht erhielten, so böte dies ein Bild grenzenlosen Elends. Damit wurde indirekt gesagt, daß 50 000 dieser unterstützten Erwerbslosen oder wenigstens ein großer Teil davon ihre Unterstützung zu Unrecht erhalten. (Hört, Hört! links.) Es ist eine der üblichen Methoden, in dieser schamlosen Heße gegen die Arbeitslosenversicherung und gegen die Unterstützung der Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsweise einander zu überbieten. Man muß sich eigentlich darüber wundern, denn gewissermaßen sind ja die heute von der Wirtschaft zum größten Teil, ja nahezu restlos — weil es in anderer Weise auf die Arbeiterschaft selbst wieder abgewälzt wird — für die Unterstützung der Erwerbslosen aufgewandten Mittel nichts anderes als eine Art Versicherungsprämie, die Sie als kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft zahlen, um sich vor der Revolution zu bewahren. Sie glauben, mit den paar Bettelpennigen, die Sie den Erwerbslosen geben, mit diesen Unterstützungseinrichtungen die Arbeiter, die aus dem Produktionsprozeß hinausgeschleudert und auf die Gnade der Arbeitsämter, der Wohlfahrtspflege und der sonstigen Unterstützungsämter angewiesen sind, zu veranlassen, sich mit Beröstungen auf die kommende Besserung auch weiterhin abspesen zu lassen.

Ich habe bei Durchsicht des vorjährigen Protokolls über die Etatsreden einen sehr bezeichnenden Satz gefunden, der mich veranlaßt, ihn hier ein wenig näher zu untersuchen. Der Herr Abgeordnete Dr. Stein, der zu Nachredner meines Parteigenossen Nohl (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Der hat ja keine Ahnung!)

hat folgendes ausgeführt: „Der Redner der kommunistischen Fraktion — es war ein noch recht junger Herr — hat einen der ältesten Gänle aus dem kommunistischen Stall aufgezaunt und uns hier vorgeführt. Er hat nämlich von der allgemeinen Weltkonjunkturkrise gesprochen. Dabei hat der Herr übersehen, daß in anderen Ländern eine Konjunkturkrise im gegenwärtigen Augenblick eigentlich nicht besteht.“ (Abgeordneter Nohl: Hört, Hört!) „Gerade den kapitalistischen Ländern geht es heutzutage am allerbesten, in erster Linie den Vereinigten Staaten von Nordamerika.“ (Hört, Hört! links.) Wenige Monate, nachdem diese Prophezeiung ausgesprochen wurde, erlebten wir in Amerika einen der ungeheuerlichsten Zusammenbrüche, einen Bankrott, bei dem in wenigen Tagen allein 60 bis 75 Milliarden Dollars verloren wurden (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Davon kennt doch Dr. Stein nichts, der ist doch doof), wobei Hunderttausende von kleinen Sparern ihrer ersparten Gelder verlustig gingen. Als Auswirkung dieses ungeheuerlichen Zusammenbruchs sehen wir jetzt das gewaltige Erwerbslosenheer von 5 bis 6 Millionen auch in diesem gelobten Lande, das einstmals die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in jeder Gegend der Arbeiterklasse vortrugen, wobei sie behaupteten, daß dort jeder Arbeiter sein eigenes Haus und sein eigenes Auto hätte. Ich sage hier von dieser Stelle aus: Dieser junge Genosse, der im vergangenen Jahr auf Grund seiner marxistischen Erkenntnis, der gesamten Wirtschaftslage und der ganzen wirtschaftlichen Zusammenhänge auf die Weltkonjunkturkrise hinwies, hat mehr Scharfblick bewiesen (Abgeordnete Frau Esser: Sehr gut!), hat eine bessere Uebersicht über die ganzen Weltereignisse gehabt, als all' die alten ergrauten Herren, die hier in diesem hohen Hause versammelt sind. (Lachen rechts.) Schärfer denn je sehen wir heute die allgemeine Weltkonjunkturkrise heranziehen und herausziehen, die für uns die Todeskrise des Kapitalismus widerspiegelt. (Sehr wahr! bei den Kommunisten, Zuruf aus der Wirtschaftspartei: Siehe Moskau!) Jawohl Moskau. Zu demselben Augenblick, wo die ganzen kapitalistischen Länder zum Kampfe gegen die Sowjetunion rüsten, weil sie wissen, daß es keinen anderen Ausweg gibt, weil sie wissen, daß dieses ungeheure Wirtschaftsgebiet, das ein Sechstel der gesamten Erdoberfläche umfaßt, von ihnen sonst nicht anders in ihren Dienst eingezwängt werden kann (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Die meisten Analphabeten! Antwort des Abgeordneten Dunder: Das spielt keine Rolle!), sehen wir, daß in Rußland unter der Herrschaft der Arbeiterklasse für die Arbeiterklasse der Siebenstundentag eingeführt werden kann, daß die Reallohne steigen, daß die Produktion sich immer weiter entwickelt und der Sozialismus seinen Siegeszug antreten kann. (Abgeordneter Dunder: Sehr richtig! Zuruf des Abgeordneten Nohl: Ihr schreit ja schon um

Silbe vor Angst!) Meine Herren, wenn es anders wäre, warum dann die Angst vor dem Vordringen der russischen Produktion? Warum dann das Zündholzmonopol? 35 Prozent des gesamten deutschen Verbrauchs an Zündhölzern waren im vergangenen Jahre russischen Ursprungs. (Zuruf des Abgeordneten Kolaß: Das ist ja nur Konkurrenzneid?) Sie sehen mit Schrecken, daß in der Sowjetunion die Kohlenproduktion vorwärts schreitet. Sie sehen mit Schrecken die immer weitere Ausbreitung des russischen Deles auf dem Weltmarkt. Und wir wissen sehr genau, daß einer der größten Schrecken der ganzen kapitalistischen Länder das Vordringen des Sozialismus auch in der Landwirtschaft der Sowjetunion ist. Sie wissen sehr genau, daß mit der Industrialisierung der Landwirtschaft bei dem ungeheuren Umfang, den diese in der Sowjetunion einnehmen kann, mit der immer stärkeren Maschinisierung und dem immer stärkeren Vordringen der Traktoren, die russische Landwirtschaft eines Tages der Totengräber der Landwirtschaft in den kapitalistischen Ländern werden kann. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Wir sehen, daß man deshalb sogar den neuesten Film, der von der russischen Kinoproduktion in die kapitalistischen Länder hinausgeht: „Der Kampf um die Erde“ heute in den kapitalistischen Ländern sabbotiert und unterdrückt und am liebsten ganz ausschaltet, weil sich in diesem Film die Entwicklung der Produktion unter dem Banner des Sozialismus, unter der Herrschaft der russischen Arbeiterklasse widerspiegelt. (Abgeordneter Wohl: Sehr richtig! Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Drei nach Potemkin!)

Werte Anwesende! Der Etat, von dem ich ausführte, daß er nicht nach den Bedürfnissen der Arbeiterklasse aufgestellt ist, sondern nach den Bedürfnissen der besitzenden Klasse, spiegelt auch schon das wider, was in der Wohlfahrtspflege der Rheinprovinz am 16. Februar in dem Artikel „Sparsamkeit in der Anstaltsverwaltung“ niedergelegt wurde. Es ist notwendig, auf diesen Artikel näher einzugehen, um den Nachweis zu führen, wie und in welcher Weise die Landesverwaltung den Interessen der Werkstätten entgegenzuwirken versucht. In diesem Artikel wird ausdrücklich gesagt, daß die zur Verfügung stehenden Mittel unter allen Umständen ausreichen müssen, daß weitere Zuschüsse überhaupt nicht in Frage kommen können. Dementsprechend die Anweisungen, die an die einzelnen Anstalten der Provinz herausgegangen sind. Es ist m. E. unhaltbar, wenn hier unter Absatz 1 „Belegung der Anstalten“ gesagt wird: „Die Anstalt arbeitet am wirtschaftlichsten, wenn sie voll belegt oder möglichst überbelegt ist, da dann die allgemeinen Verwaltungskosten sich auf möglichst viele Pflegetage verteilen.“ Wenn man nach dem Grundsatz handelt, dann können bald in jedes der vorhandenen Betten zwei Böglinge oder zwei Kranke gelegt werden. Dann

wird die Anstalt doppelt so stark belegt werden können, als es bei der einfachen Belegung gemacht werden könnte. Es ist weiter unhaltbar, wenn über die Personalverhältnisse in den Krankenanstalten gesagt wird, daß auch hierbei die größte Einschränkung eintreten müsse, daß keinerlei Anträge des Personals irgendwelche Berücksichtigung finden könnten. Ausdrücklich wird noch gesagt: Wenn das Personal sich zu Anträgen aufschwingt, so werden diese Anträge sorgfältig geprüft. Auf begründete Anträge wird geantwortet. „Erfolgt Ablehnung, so finden weitere Erörterungen nicht mehr statt. Protestversammlungen des Personals und Weiterleitung etwaiger an mich gerichteter Beschwerden, Resolutionen usw. sind zwecklos.“ Ich möchte nur einen Fall herausgreifen, weil er charakteristisch dafür ist, wie und in welcher Weise sich die Sparanordnungen der Provinzialverwaltung auswirken. Wir haben hier einen Bericht über die Irrenanstalt Galkhausen bei Dpladen. Diese Anstalt ist mit über 900 Kranken belegt; sie hatte im letzten Jahre allein einen Zugang von 350 Kranken. Von diesen Kranken sind 465 Frauen. Es wurde in dem Bericht des Herrn Landeshauptmanns erklärt, daß die Zahl der Geisteskranken in der Rheinprovinz im Jahre 1926 14 407 betrug, während sie im Jahre 1930 auf 18 753, also um über 25 Prozent gestiegen ist. Ungeheuerliche Zahlen! Es ist sehr beachtenswert, daß einer der leitenden Ärzte der Irrenanstalt Galkhausen die stärkere Erkrankung weiblicher Personen zurückführt auf die ungeheuerlichen Anstrengungen und Entbehrungen, denen die werttätigen Frauen heute ausgesetzt sind. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Ich erinnere daran, daß in den durchrationalisierten Betrieben der Metallindustrie Arbeiterinnen am fließenden Band vor Nervenüberanstrengung zusammengebrochen sind, weil sie diesem Arbeitstempo nicht mehr zu folgen vermochten. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Hinzu kommen die Entbehrungen, die steigende Teuerung, die Not in den Familien, die Wohnungsnot, alles Fragen, die das weibliche Element viel stärker noch berühren als den arbeitenden Mann selbst. Hier liegen die Ursachen, die zu der Steigerung der Zahl der Geisteskranken geführt haben; hier liegen auch die Ursachen für all die übrigen Erscheinungen. Wir müssen feststellen, daß in dieser Irrenanstalt das Pflegepersonal eine 60stündige Arbeitszeit in der Woche hat, eine Arbeitszeit von täglich 12 Stunden, die sich auf 5 Tage verteilen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Jeder Pfleger in dieser Anstalt hat bis zu 40 Kranken zu betreuen. (Erneutes Hört, hört! links.) Wo bleibt hier der Arbeiterschutz? Sind das die gewerkschaftlichen Einrichtungen, die Tarife, die hier zur Anwendung gelangen? Das Gleiche, was hier für das Pflegepersonal zutrifft, trifft auch auf die ärztliche Behandlung zu. Wenn hier für über 900 Kranke nur 6 Ärzte vorgesehen sind, so bedeutet dies allein

schon eine brutale Beschneidung jeder wirklichen Heilungs- und Behandlungsmöglichkeit; es bedeutet, daß sich hier dieser Sparerlaß schon in der ungeheuerlichsten Weise auswirkt. Natürlich wird es eine der wichtigsten Aufgaben sein, diesem Pflegepersonal begreiflich zu machen, daß es sich selbst zur Wehr setzen muß gegen derartige Ausbeutungsmethoden, weil sie zu all den unliebsamen Zusammenstößen in den Anstalten führen, die wir wöchentlich, ja beinahe täglich, immer und immer wieder zu verzeichnen haben. Der Sparartikel in der Wohlfahrtspflege erklärt einfach: „Die Anstaltsinsassen sollen zu Arbeiten herangezogen werden.“ Es heißt da: „Gerade hier müssen Unbequemlichkeiten und auch die Möglichkeit, daß die Arbeit in dem einen oder anderen Falle nicht so ganz korrekt ausgeführt wird, oder auch einmal ein unerwünschter Zwischenfall sich ereignen könnte, in Kauf genommen werden.“ (Abgeordneter Dunder: Hört! hört!) Ich betone, mit derartigen Ansichten werden solche Zusammenstöße direkt provoziert, mit derartigen Sparmassnahmen werden solche Zusammenstöße und Zwischenfälle direkt heraufbeschworen. (Richtig! bei den Kommunisten.) Dann heißt es weiter: „Es wird den Beamten und Angestellten dieser Anstalten direkt zur Pflicht gemacht, daß sie sich unbedingt und unweigerlich diesen Anordnungen zu fügen haben, daß sie alles daran zu setzen haben, um diese Anordnungen auch trotz aller sonstigen Mißstände in die Tat umzusetzen.“ Das Gleiche, das hier angeordnet wird, trifft auch auf die weiteren Dinge zu: An Beleuchtung soll eingespart werden, an der Heizung soll gespart werden, und auch beim Essen soll gespart werden, trotzdem doch versucht werden sollte, gerade in diesen Anstalten der gesunkenen gesundheitlichen Qualität der Bevölkerung ein wenig aufzuhelfen, um sie wieder kampffähiger zu machen, damit sie die Stürme des Lebens bestehen können.

Werte Anwesende! Wenn in dieser Weise versucht wird, die einzelnen Fragen aufzurollen, so ist es nur kennzeichnend, daß der Herr Landeshauptmann gestern in seinen Ausführungen einen Ausweg aus dem Elend der werktätigen Bevölkerung der Rheinprovinz überhaupt nicht aufzeigen konnte. Es ist nichts oder doch nur sehr wenig damit getan, wenn hier erklärt wird: Es muß versucht werden, auf diese oder jene Art und Weise die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern. Es ist sehr wenig damit getan, wenn hier erklärt wird, daß dies und jenes nun einmal Ursachen der Rationalisierung und der schlechten Wirtschaftslage sind. Verantwortliche Politiker haben vielmehr die Pflicht, auch einen Ausweg zu zeigen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Weil Sie es nicht können, deswegen müssen Sie schweigen. Sie dokumentieren aber damit, daß Sie als die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung überhaupt nicht imstande sind, einen Ausweg aus diesem Labyrinth zu

zeigen. (Zuruf rechts: Rußland!) Wenn wir heute 250 000 Erwerbslose allein in der Rheinprovinz zu verzeichnen haben, denen sich 43 000 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und Zehntausende und aber Zehntausende von Arbeitssuchenden anschließen, die keinerlei Unterstützung erhalten (Sehr richtig! bei den Kommunisten), so betonen wir, daß der einzige Ausweg die Verkürzung der Arbeitszeit ist. (Zustimmung bei den Kommunisten, Zuruf aus der Wirtschaftspartei: Siehe Moskau!) Es ist angesichts der 2 000 000 Erwerbslosen Deutschlands unerhört und untragbar, daß die Christliche Metallarbeiterzeitung feststellen mußte: „Von den insgesamt 212 000 Metallarbeitern in der nordwestlichen Gruppe arbeiten nur 31 000 in einer wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden, 100 000 arbeiten 52 Stunden, 17 900 arbeiten 54 Stunden, 61 000 arbeiten 57 Stunden und 1400 arbeiten 60 Stunden in der Woche.“ (Laute Rufe: Hört, hört! bei den Kommunisten.) Ausdrücklich bemerkt die Christliche Metallarbeiterzeitung: „Sinnlos kommt für 16 000 Arbeiter die Sonntagschicht, wodurch sich die Zahl der in der 48-Stundenwoche Arbeitenden verringert.“ (Zuruf aus der Wirtschaftspartei: Dafür werden sie doch bezahlt!) Die Arbeiter leisten diese Sonntagschicht, weil sie sonst Hungerlöhne verdienen. Diesen Raub der Sonntagsruhe hat der Herr Reichsarbeitsminister Brauns den Metallarbeitern der Nordwestgruppe beschert. Sein Nachfolger Wiffell hat nichts daran geändert, und der jetzige Reichsarbeitsminister Stegerwald, der offen und brutal sich zur Durchführung des Industriellen-Programms verpflichtet hat, wird sicherlich nichts an diesen Dingen ändern. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Eine Milderung kann nur eintreten, wenn die Arbeiterklasse sich in gewaltiger Front unter der Führung der kommunistischen Partei zusammenschließt, um den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit zu führen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten, Lachen rechts.) Wir erklären hier mit aller Deutlichkeit, all die Demonstrationen und Aufmärsche der Arbeiterklasse Deutschlands und des Ruhrgebiets haben bewiesen, ebenso wie auch die jetzt stattgefundenen Betriebsräte-wahlen, daß diese revolutionäre Front der Arbeiterschaft in ständigem Wachsen und im Vormarsch begriffen ist. (Abgeordnete Frau Esser: Sehr wahr!) Weil wir dieses sehen, deswegen wissen wir auch die Rolle einzuschätzen, die Sie und Ihre Parteien bis jetzt gespielt haben. Wir wissen, daß auch dies dazu beitragen wird, den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern die Augen darüber zu öffnen, wer ihre wirklichen Freunde, ihre wirklichen Vertreter und ihre wirklichen Beschützer sind. Wir wissen auch, daß trotz aller Anstrengungen die Macht des Zentrums heute nicht mehr einen unüberwindlichen Turm darstellt. Wir wissen, daß angesichts der ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse gerade in den letzten Monaten versucht wurde, ein Ablenkungsmanöver zu machen, die Arbeiterklasse,

soweit sie noch der Zentrumsparlei folgt, auf eine besonderes Ziel abzulenken, und nichts erschien dazu so geeignet, wie eine kleine niedliche Heze gegen den Arbeiterstaat, gegen die Sowjetunion, gegen die sogenannte Kirchenverfolgung in Rußland. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Kezer!) Es ist sehr interessant, daß die Kölnische Zeitung von Sonntag ein Schreiben eines russischen Großbauern veröffentlicht, der sich angeblich auch gegen diese Christenverfolgung wendet. (Zuruf aus der Wirtschaftspartei: Stand das in der Freiheit?) In der Kölnischen Zeitung von Sonntag. — In diesem Brief heißt es: „Es steht schlimm um das Deutschtum in Rußland. Man will uns in jeder Weise unsere Weltanschauung und die Möglichkeit zu kirchlicher Betätigung nehmen, vom Besitz gar nicht zu reden. Zwar wird man nicht wegen seines Glaubens verfolgt (Hört, hört! bei den Kommunisten), und man kann beten, so häufig man will. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Aber darauf beschränkt sich doch keine Religionsübung. Das praktische Leben muß im Einklang mit Religion und Weltanschauung stehen.“ (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Der Kulak, der das geschrieben hat, fühlt nicht sein Gebet bedroht, sondern er fühlt seinen Profit bedroht. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Seine kirchliche Ueberzeugung, seine Religion und Weltanschauung muß in Einklang stehen mit dem praktischen Leben. Unter dem praktischen Leben können Sie sich nichts anderes vorstellen als Profitmöglichkeiten. Weil wir dies wissen, erklären wir angesichts auch der heutigen Beratung und insbesondere angesichts der einflussreichen Stellungnahme des Zentrums in diesem Provinziallandtag, daß die am 19. März veranstalteten Bittgottesdienste gegen die Sowjetunion so einen Nebengeruch nach Del hatten (Abgeordneter Nohl: Sehr gut!), daß sie — die Zeit verbietet es mir, näher darauf einzugehen — verdammt nach den Maßnahmen und Aufgaben rochen, die die internationale Ausbeutergesellschaft auch Deutschland zugewiesen hat in dem Kampfe der Imperialisten gegen die Sowjetunion.

Meine Damen und Herren, der Herr Landeshauptmann hat gestern hier von der Benachteiligung des Westens gegenüber dem Osten gesprochen. Wir sagen heute und haben es immer und immer wieder ausgesprochen: Der Osten ist das Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Der Osten ist der Kampfboden, auf dem sich der Krieg der Zukunft abspielen soll. Der Feind steht nicht im Westen, der Feind für die Ausbeuter aller Länder steht im Osten. Sie können aber versichert sein, dieser Feind im Osten kennt keine Gegner; er wird sich zur Wehr setzen können, und zwar in um so stärkerer Abwehrfront, als heute in allen kapitalistischen Ländern Millionen von Arbeitern und Kleinbauern bereit sind, gemeinsam mit den Arbeitsbrüdern der Sowjetunion zu kämpfen, um den gemeinsamen Feind niederzuschlagen.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.) Daß das so ist, das wissen wir als Marxisten, das zeigt uns die ganze Entwicklung. Wir wissen, daß wir mit Riesenschritten einem neuen Jahre 1923 entgegenrücken. Sie können keinen Ausweg zeigen. Wir zeigen den Arbeitern und Kleinbauern den Ausweg aus dem Kampfe. Wir organisieren, wir fassen zusammen, wir schmieden die revolutionäre Front. Wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn dieses neue Jahr 1923 herangereift ist, eine kommunistische Partei besteht, die gestärkt und gefestigt, lernend aus allen Erfahrungen, imstande sein wird, stärker und besser die Dinge zu meistern, als dies im Jahre 1923 der Fall war. Wir wissen, daß in dieser Situation wiederum so wie damals Leute, indem sie die rote Fahne tragen und wieder in den Arbeiterdemonstrationszügen mitmarschieren, versuchen werden, wieder Anschluß zu gewinnen und Bündnisse zu schließen. Aber die Kommunistische Partei wird diesen Leuten zeigen, daß sie gelernt hat aus den Erfahrungen und daß ein neuer Betrug an der Arbeiterklasse nicht mehr möglich ist. (Zustimmung bei den Kommunisten.)

Nur ein kurzes Wort noch, um einiges zu den Ausführungen zu sagen, die der Herr Oberpräsident Fuchs hier gestern gemacht hat: Es geht doch nichts über so ein schönes Stück Roggenbrot. Eßt Roggenbrot! Das ist die Parole, die uns aus der ganzen Presse entgegen tönt. Allüberall, wo es nur möglich ist, versucht man, die Arbeiter zu veranlassen, Roggenbrot zu essen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Lassen Sie es doch selbst essen!) Sie selbst essen's nicht. Es ist in diesem Zusammenhang sehr interessant, daß auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt hat und in einem lesenswerten Artikel der Gewerkschaftszeitung vom 13. April dazu Stellung nimmt. In diesem Artikel hat ein Hamburger Hygieniker, Professor R. D. Neumann, grundlegende Untersuchungen über den Eiweißgehalt des Roggen- und des Weißbrotes angestellt. Er ist dabei zu der Feststellung gekommen, daß bei einem Ausmahlungsgrad von 70 Prozent der verwertbare Eiweißgehalt des Weizens 52,64 Prozent und des Roggens nur 32,42 Prozent beträgt. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Dazu kommt auch mehr Wasser!) Dies steigert sich, je höher der Ausmahlungsgrad ist. Der Professor kommt dabei zu der Feststellung, daß es der Arbeiterklasse einfach nicht zugemutet werden kann, sich allein auf den Konsum von Roggenbrot zu beschränken. (Zuruf der Abgeordneten Frau Esser: Heute redet man vom Roggenbrot wie im Kriege von den Steckrüben!) Es wird hier auch sehr richtig dargestellt, daß der Arbeiter und besonders der Arbeitslose, je geringer sein Verdienst ist, in um so höherem Maße auf das Brot angewiesen ist, das nach den Hamburger Erhebungen immer noch ein Drittel des Kalorienbedarfs der Arbeiter deckt. Daher ist es volksgesundheitlich sehr bedenklich, der Arbeiterschaft das eiweißarme Roggenbrot

aufzudrängen. Wenn selbst die sogenannten Führer der Arbeiterschaft, die sich, wie aus den Ausführungen hier hervorging, auch heute noch bedingungslos der Zollpolitik der Bürgerblockregierung unterordnen, diese Auffassung vertreten, so ist das ein Beweis dafür, daß hier wirklich der Arbeiterklasse eine Gefahr droht, die es wert ist, daß man ihr von vornherein wirksam begegnet. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Carl: Das ist doch kein Beweis!) Ausdrücklich wird in diesem Artikel von dem Professor erklärt: „Zusammenfassend ergibt sich, daß das Roggenbrot eine schwer bekömmliche und eiweißarme Nahrung ist, die den Ernährungsbedürfnissen des modernen Industrie- und Landarbeiters keineswegs gerecht wird.“ Bei den Löhnen, die fortgesetzt weiter gesenkt werden, bei dem ständigen weiteren Sinken des Reallohns, bei den Unterstützungen, die nur wenige Mark betragen, ist der Arbeiter selbstverständlich nicht in der Lage, den fehlenden Eiweißgehalt des Roggenbrots durch andere eiweißhaltige Mittel zu ersetzen. Wenn die Summe, die der Arbeiterfamilie zu Gebote steht, knapp dazu ausreicht, das trockene Brot zu kaufen, ist es unsinnig, ihr zuzumuten, sich jetzt auf diese Nahrung abdrängen zu lassen. Im übrigen wird jetzt schon der Wunsch laut, daß es dieses Jahr nur keine gute Ernte geben möge. Im vergangenen Jahre wurden Millionen und aber Millionen der angeblich so notleidenden deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt, um 600 000 Tonnen Roggen aufzukaufen und aufzuspeichern, um auf diese Art und Weise den Roggenpreis künstlich in die Höhe zu treiben.

Die kommunistische Fraktion hat im Reichstag beantragt, daß diese 600 000 Tonnen Roggen den erwerbslosen Arbeitern und deren Familien kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollten. Wir mußten aber auch dort, wie bei jeder andern Gelegenheit, feststellen, daß sich die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen zusammenfand, um diesen Antrag der kommunistischen Fraktion illusorisch zu machen, daß auch hier nichts getan wurde, um dieser Verschleuderung und Verlüderung des Getreides Einhalt zu gebieten. Wir kommen zu denselben Verhältnissen, über die sich einmal die Welt so in Aufregung versetzte, als mitgeteilt wurde, daß in Amerika die Farmer ihre Maschinen mit Weizen feuern, weil das ihnen billiger ist, als wenn sie Kohlen kaufen müßten, daß sie Kaffee und andere Lebensmittel im Meer versenken, weil zuviel davon vorhanden ist, während Millionen von Menschen in allen kapitalistischen Ländern der Welt hungern und zum Verhungern verurteilt sind. Sie haben am 19. März, wie ich bereits einmal sagte, Bittgottesdienste gegen die Christenverfolgung der Sowjetunion abgehalten. Eine kurze Zeitungsnotiz berichtete: 2 Millionen Menschen hungern in China. Wo blieb da Ihr Gewissen, Ihr Herren von der Zentrumsparterie? Was haben Sie da

unternommen, um diese 600 000 Tonnen Roggen etwa den chinesischen Arbeitern und Kleinbauern zu überweisen? Wo blieb denn Ihr Gewissen bei all den übrigen Greueln der kapitalistischen Regierungen der ganzen Welt, von denen ich eine Reihe hier anführen könnte, wenn mir die Zeit dazu zur Verfügung stände? Ich könnte Ihnen auch von Rußland sehr viel über diese Frage erzählen. Vielleicht werden wir in einem anderen Zusammenhang darauf noch näher zu sprechen kommen. Aber diese harten und unleugbaren Tatsachen, die wir täglich und täglich vor der Arbeiterschaft aufzeigen, die von keinem Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung abgelenket oder abgestritten werden können, die so hart sind, daß sie auch dem dümmsten, dem gläubigsten Arbeiter allmählich ins Bewußtsein dringen, werden dazu beitragen, unsere Front weiter zu stärken und uns in den Stand zu setzen, die uns gestellte und gesteckte Aufgabe der Niederrückung des kapitalistischen Systems auch verwirklichen zu können. Die schwerindustrielle Rheinisch-Westfälische Zeitung schrieb vor wenigen Tagen: „Die kommunistische Bewegung hat in der letzten Zeit in Deutschland starke Fortschritte gemacht.“ (Zuruf rechts: Na, na!) Sie erklärt weiter: „Schon bisher hat in vielen Fällen die von den Kommunisten geleitete revolutionäre Gewerkschaftsopposition Zulauf auch von christlichen Arbeitern bekommen.“ Sowohl, wir beantworten die Hebe Roms gegen die Sowjetunion mit der Organisierung einer Delegation christlicher Arbeiter nach der Sowjetunion. (Zuruf bei den Kommunisten: Bravo!) Diese christlichen Arbeiter werden dort zu der Ueberzeugung gelangen, daß es einen Ausweg aus dem kapitalistischen Labyrinth nur auf dem Wege des Aufbaues des Sozialismus gibt, und diese christlichen Arbeiter — des sind wir gewiß — werden mit uns gemeinsam kämpfen und gemeinsam arbeiten an der Erfüllung der großen vor uns stehenden Aufgabe. Wenn man aus den letzten Tagen nur einige Zeitungsmeldungen herausgreift, so widerspiegeln sie das ganze Elend, wie es auch in der Rheinprovinz vorhanden ist. Für Sie waren es ein paar Zeilen, daß in Aachen ein erwerbsloser invalider Arbeiter seinen 5 Kindern den Hals durchschneidet, seine Frau tötet und Selbstmord versucht. Für Sie war es eine Notiz von 5 Zeilen, daß in Köln ein erwerbsloser Ingenieur, eine Intelligenz, die sich seit Jahren bemüht, eine Anstellung zu erhalten, sich, seine Frau und seinen Sohn mit Veronal vergiftet. Selbstmordversuche bedeuten für Sie Begleiterscheinungen des kapitalistischen Systems, für uns bedeuten sie mehr. Für uns sind sie ein Barometerstand. Wir sehen daraus, welchen Stand die kapitalistische Wirtschaft und das damit verbundene Elend der werktätigen Massen heute hat. Wir wissen es: Je mehr sich diese Fälle häufen, je mehr Versuche unternommen werden, die Erwerbslosen und die Arbeiterklasse weiter und stärker

zu unterdrücken, je mehr werden wir uns dem Punkte nähern, wo die Arbeiterklasse erkennen wird, daß es keinen anderen Ausweg gibt, und daß sie in dieser Erkenntnis bereit sein wird, mit uns gemeinsam zu marschieren zum Ansturm gegen die kapitalistische Feste, zur Niederringung des kapitalistischen Systems und seiner Helfershelfer. (Beifall bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender G e r l e : Das Wort hat Herr Dr. Stein. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Der Stein der Weisen!)

Abgeordneter Dr. Stein (zum Abgeordneten Dunder gewendet): Den Wiß haben Sie schon so oft gemacht; der ist ganz abgestanden. Sie müssen nicht alles hier nochmals verzapfen, was Sie im Düsseldorfer Stadtparlament so oft wiederholt haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus den interessanten Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns in seiner gestrigen Stabsrede möchte ich einen Satz herausgreifen, der mir einer besonderen Unterstreichung wert zu sein scheint. Der Herr Landeshauptmann hat ausgeführt, daß wir in den Jahren 1925 und 1926 uns alle in einer irrthümlichen Auffassung über die Dauer des damals sichtbar werdenden Aufschwungs befunden haben. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sprechen Sie etwas lauter, Herr Dr. Stein, man kann es nicht hören!) Sperren Sie die Ohren auf! Heute, wo wir die Entwicklung besser übersehen können, wissen wir ganz genau, daß damals der Zustrom des amerikanischen Geldes in vieler Beziehung eine Scheinblüte bei uns hervorgerufen hat mit allen den Nachteilen, die mit einer solchen verknüpft sind. Für die Kommunalverwaltungen kam aber noch etwas Besonderes hinzu. Nach der Stabilisierung der Währung waren wir bekanntlich genötigt, die Steuern ganz wesentlich zu erhöhen, um die Haushaltspäne in Ordnung zu bringen. Sie wissen alle, daß man damals ziemlich im Dunkeln tappte, und daß infolgedessen allgemein zu hoch gegriffen wurde. Statt daß man den Fehler, sobald man ihn erkannt hatte, durch Abbau der zu hohen Steuern wieder gut machte, hat man die Kommunalverwaltungen, ebenso auch Reich und Staat, ruhig eine Weile in dem gewaltigen Steuersegen sich wohlbefinden lassen, ehe man daran herantrat, die Steuern zu erniedrigen. Einen derartigen Zustand erträgt natürlich niemand, auch die beste Verwaltung nicht. Es hat zwar damals nicht an warnenden Stimmen namentlich aus den Kreisen der Wirtschaft, insbesondere aus den Kreisen, die uns nahe standen, gefehlt. Es wurde darauf hingewiesen, daß dieser Geldsegen nicht immer währen könne, und daß es dringend notwendig wäre, die schwerleidende Privatwirtschaft so bald wie möglich in irgendeiner Weise zu entlasten. Aber die glückliche Lage, in der sich die Kommunalverwaltungen damals befanden, hat sie vielfach dazu verführt, von dem Gelde Auslagen zu machen, die sie besser unterlassen hätten. (Zuruf des

Abgeordneten Dunder: Haben Sie ja alle mit be-willigt.) Ich spreche hier nicht allein von der Provinzialverwaltung, sondern ich spreche ganz allgemein von dem Verhalten der Kommunen. Meine Damen und Herren! Es ist sicher richtig, daß es einige Wirtschaftsgebiete gibt, auf denen in der Vergangenheit die Kommunen Tüchtiges geleistet haben. Aber andererseits sind sich auch hervorragende Vertreter der Kommunalverwaltungen darüber klar, daß heute die Grenze des Zulässigen in sehr vielen Fällen überschritten worden ist, und daß es höchste Zeit ist, zurückzuschrauben. Im großen und ganzen liegt die Sache doch so, daß die Behörde dazu da ist, zu verwalten. Das Wirtschaften ist Sache des Wirtschaftlers. Das Wirtschaften ist eine ganz andere Arbeit, die sich in keiner Weise mit dem Verwalten vergleichen läßt. Es kann jemand ein ausgezeichnete Verwalter sein und dabei ein sehr schlechter Wirtschaftler und umgekehrt. Darin liegen die ungeheuren Gefahren der Betätigung der öffentlichen Hand in der Wirtschaft, Gefahren, von denen wir gesehen haben, wie sie sich schließlich auswachsen. Ich brauche hier auf naheliegende Einzelheiten nicht einzugehen. Es ist aber zu begrüßen, daß man neuerdings doch anfängt, genau zu prüfen, inwieweit die öffentliche Hand überhaupt berechtigt ist, sich wirtschaftlich zu betätigen, und die Grenzen zu ziehen. Ich glaube, daß es nicht erforderlich ist, da irgendwie auf gesetzliche Regelung der Angelegenheit hinzuwirken. Hier in Deutschland sind wir allzu leicht geneigt, sobald einmal irgendeine Sache nicht klappt, nicht nur nach der Polizei, sondern auch nach dem Gesetzgeber zu schreien. Da sollte doch der gesunde Menschenverstand sämtlicher Beteiligten sich dahin durchsetzen, daß die Gemeinden einsehen, was sie unternehmen dürfen, und wovon sie die Finger zu lassen haben, ohne daß der Gesetzgeber eingzugreifen braucht. Ich glaube, die Herren von den Gemeindeverwaltungen haben vieles unternommen, wovon sie heute sich selbst sagen müssen, daß sie jetzt klüger sind, als sie damals waren, als sie die Sachen angingen. Da wird sich auch herausstellen, daß man künftig Unternehmungen unterläßt, die sich nicht für die öffentliche Hand eignen, und womit man nur die Privatwirtschaft in ihrem schweren Kampfe schädigt und ihr das Leben sauer macht, sie verhindert, die Steuern aufzubringen, die sie nun doch einmal aufbringen muß, damit unser ganzes System am Leben bleibt.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist meine Fraktion nicht in der Lage, für den Erwerb der Aktien an dem RWG ihre Stimme abzugeben. Wir sind der Auffassung, daß die Gemeindeverwaltungen — und das trifft hier in diesem Falle auch für die Provinz zu — gut tun, sich möglichst von geschäftlichen Beziehungen zurückzuhalten und abzuwarten, wie sich die Wirtschaftslage weiter klärt, zumal die Finanzlage nicht dafür spricht, daß die Kommunen und Kommunalver-

bände sich noch weiter engagieren. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß es meiner Fraktion auch besonders unsympathisch ist, daß in diesem sogenannten gemischtwirtschaftlichen Betriebe, in dem zweifellos die öffentliche Hand die Mehrheit hat, wie verlautet, Gehälter gezahlt werden, deren Höhe doch wohl bei aller Anerkennung für die Tüchtigkeit, die dazu nötig ist, um derartige Unternehmungen zu leiten, in keinem tatsächlichen Verhältnis zu der Leistung stehen kann und daher nicht zu verantworten ist. Die Provinz ist ja in der Frage der öffentlichen Wirtschaftsbeschäftigung zurückhaltender gewesen als manche Kommunen. Meine politischen Freunde sind aber der Auffassung, daß die Provinz bei der Schaffung von Arbeitsgelegenheit in ihren Anstalten vielfach des Guten zuviel getan habe. Wenn die Provinz in ihren Anstalten Arbeitsgelegenheit schafft, dann kommt es nicht darauf an, daß sie einen technisch vollkommenen, arbeitssparenden Betrieb einrichtet, sondern es kommt darauf an, möglichst vielen Insassen der Anstalt Gelegenheit zum Arbeiten zu geben. Es steht also in diesem Falle nicht das Kaufmännische, die wirtschaftliche Betriebsführung im Vordergrund, sondern im Vordergrund muß stehen, daß möglichst viel Arbeitsgelegenheit gefunden wird, die den Zwecken der Anstalt entspricht. Der Wirtschaftsbetrieb ist an und für sich nicht die Hauptsache. Es sind uns besonders Klagen darüber zugegangen, wie die Anstalt Brauweiler ausgestattet ist. Mit dieser Frage beschäftigen sich unsere Anträge Nr. 61 und 62, die Ihnen bereits vorliegen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat weiter das Wirtschaftsbild, das sich uns in der heutigen Zeit entwickelt, als einheitlich bezeichnet und zwar als einheitlich mit einem sehr starken pessimistischen Einschlag. Er sagte, zu sehen sei nur Rückgang und Zusammenbruch. Zu unserem großen Bedauern sind wir durchaus in der Lage, auf Grund unserer Erfahrungen in Mittelstand, Handwerk, Hausbesitz dies zu unterstreichen. Wir möchten dringend davor warnen, in der jetzigen Zeit von einem übertriebenen Pessimismus zu reden, wie es seitens eines meiner Herren Vorredner heute morgen geschehen ist. Sehen Sie sich doch nur die Fülle der Zusammenbrüche, die Konkurse, die Anträge auf Einleitung des Zwangsverfahrens an und hören Sie sich in den Kreisen um, denen Sie angehören, wie geradezu erschütternd die Anzahl der Zusammenbrüche ist, die fast täglich, mindestens jede Woche vorkommen. Angesichts der traurigen Lage der deutschen Wirtschaft halten wir es für besonders wertvoll, daß noch viel mehr als bisher darauf hingewiesen wird, daß überall deutsches Material verwendet werden muß oder soll. Wenn Sie einen Brief aus England bekommen, dann finden Sie darauf einen Poststempel, auf dem steht: Kauft englische Waren! Das ist eine einfache, aber meines Erachtens recht zweckmäßige Reklame für englische Produkte. Sie

finden auch überall in England den Gedanken stark vertreten, ganz gleich, ob man freihändlerisch oder schutzzöllnerisch eingestellt ist, daß man vom nationalen Standpunkte aus die nationale Produktion unterstützen müsse. Der Deutsche ist leider anders eingestellt. Er hat im allgemeinen eine große Vorliebe für das Fremde. Ich glaube aber, daß in dieser Hinsicht eine gewisse Erziehungsarbeit geleistet werden kann, und meine Fraktion ist der Auffassung, daß vor allen Dingen auch die Behörden in dieser Weise vorgehen sollten. Zu unserem größten Bedauern müssen wir konstatieren, daß gerade bei dem größten Betrieb der Provinz, beim Straßenbau, vielfach fremdes Material verwendet wird. Wir haben uns daher erlaubt, einen Antrag unter Nr. 45 einzureichen, worin die Bevorzugung von deutschem Material beim Straßenbau verlangt wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die einzelnen Berufsgruppen in der Rheinprovinz weiter nicht eingehen, möchte aber noch einige Worte der katastrophalen Lage der Landwirtschaft widmen. Es ist nicht meine Sache, Vorschläge zu machen, wie der Lage der Landwirtschaft abgeholfen werden kann. Ich glaube, es hat auch gar keinen Zweck, daß von dieser Stelle aus allzu viel darüber geredet wird. Ich finde in dem Bericht der Rheinischen Landwirtschaftskammer vom 11. und 12. März außerordentlich wertvolle detaillierte Angaben, und ich möchte den Herrn Landeshauptmann bitten, dafür zu sorgen, daß die Angaben, die dort gemacht, und die Wünsche, die da geäußert werden, möglichst zur Kenntnis der Staatsregierung bzw. der Reichsregierung gebracht werden. Von unserem Standpunkte aus können wir nur der Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß wir heute eine Reichsregierung haben, die sich das Programm einer energischen Reform unserer gesamten landwirtschaftlichen Verhältnisse zur Aufgabe machen wird und zwar zur dringendsten Aufgabe. Gerade diese Aufgabe ist, soweit ich es beurteilen kann, der Gedanke, der diese Regierung ins Leben gerufen hat. Mit Recht stellt man in den Vordergrund, daß das Rentabilitätsprinzip in der Landwirtschaft wieder mehr Geltung gewinnen muß als bisher. Man hat den Landwirten alles mögliche gesagt und geboten, aber, meine Damen und Herren, was helfen schließlich die schönsten Schulen, die Sie für die Bauernmädchen einrichten lassen, was helfen Schulen für die Landwirte, was helfen Schulen überhaupt, wenn die Familien dabei verhungern? Und wie die Zustände in der Landwirtschaft sind, das wissen wir ja alle aus vielen Darstellungen, sodaß ich im einzelnen darauf nicht einzugehen brauche. Meine Damen und Herren! Es ist vor einiger Zeit bei anderer Gelegenheit in der Erörterung der Ausdruck gebraucht worden, daß man in der Politik zuviel weiße Salbe verwende. Meiner Auffassung nach ist es nichts als weiße Salbe, wenn man den Landwirten mit Mädchen-

schulen usw. kommt. (Zuruf im Zentrum: Na, na.) Ich möchte sogar noch weiter gehen und sagen, daß manches, was man tut, um der Landwirtschaft zu helfen, besonders auf dem Gebiete der Darlehn, noch schlimmer ist als weiße Salbe, daß das mitunter sogar ein großes Gift darstellen kann. (Zuruf des Abgeordneten Heuser: Sie reden reichlich gefalbt.) Wie, Herr Heuser? Unser Antrag Drucksache Nr. 50 beschäftigt sich mit der Frage der Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren! Aus dem Bericht des Herrn Landeshauptmanns war das erschütternde Bild, das er von dem Stand der Arbeitslosigkeit in unserer heimischen Provinz entworfen hat, besonders beachtenswert. Dabei hat mich und meine Freunde besonders tief der Gedanke ergriffen, daß heute 35 000 Jugendliche unter 21 Jahren, also junge Leute, die ihre Lehrzeit durchgemacht haben, arbeitslos sind, daß sie keinen Beruf gefunden haben, stempeln gehen müssen und damit der Gefahr unterliegen, daß sie der Arbeit entwöhnt werden. Es ist sicher bedauerlich und traurig, wenn ein alter Mann, der noch arbeitsfähig ist, keine Arbeit mehr findet und dann für den Rest seines Lebens der Arbeit entwöhnt wird. Wenn aber die jungen Leute, die Hoffnung unserer Zukunft, sich in derselben Lage befinden, dann bin ich der Auffassung, daß ganz besondere Maßregeln erforderlich sind; denn sonst ziehen wir uns wirklich ein Wolf heran, von dem große Teile bereits in der Jugend künstlich der Arbeit entwöhnt worden sind.

Es ist von dem Herrn Landeshauptmann ausgeführt worden, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge in außerordentlich geringem Umfange worden wäre. Er hat Bedenken dagegen geäußert und zwar Bedenken, die dahin gingen, daß man mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge wenigstens einigermaßen in der Lage wäre, den Erwerbslosen eine gewisse Arbeit zu bringen. Es ist aber dabei m. E. auf der andern Seite nicht genügend hervorgehoben worden, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge in außerordentlich geringem Umfange wirkliche Werte geschaffen hat, und daß die zusätzlichen Aufwendungen, die für die produktive Erwerbslosenfürsorge von den Kommunen gemacht werden müssen, in keinem Verhältnis zu dem stehen, was schließlich dabei herauskommt. Was hat die Gemeinde, die Stadt davon, wenn sie sich, wie ich gehört habe, 60 Prozent der Kosten der Arbeiten auf dem Anleiheweg verschaffen muß und dann nur für den Rest einen verlorenen Zuschuß und verbilligte Darlehn bekommt! Wenn man berücksichtigt, daß für dieses aufzuwendende Geld zu einem ganz erheblichen Maße Anlagen geschaffen worden sind, die nicht erforderlich waren, und die man besser unterlassen hätte, wenn man es nicht mit Rücksicht auf die Erwerbslosen gemacht hätte, dann muß ich doch sagen, daß man der produktiven Erwerbslosenfürsorge von diesem Gesichtspunkt aus keine Träne nachzuweinen braucht, daß man vielmehr

der Auffassung sein muß, es müsse irgend ein anderer Weg gefunden werden, den Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzuschalten, nur nicht derjenige, daß man Arbeiten machen läßt und finanziert, die mehr oder weniger doch nicht erforderlich sind.

Meine Damen und Herren! Noch ein anderes führt mich darauf, nochmals das Wort von der weißen Salbe zu gebrauchen. Ich habe vor einiger Zeit auch gelesen, daß man die Arbeitslosenversicherung in gewissem Umfange als weiße Salbe bezeichnet hat. Das ist leider richtig. Ich gehe auch noch weiter. Nicht nur die Arbeitslosenversicherung, sondern die Ueberspannung, die wir in der Sozialpolitik heute allgemein sehen, stellt auch nichts weiter als weiße Salbe dar, womit der Arbeiter darüber hinwegtäuscht wird, daß etwas für ihn geschähe, und letzten Endes doch nichts rechtes geschieht. Denn schließlich kann dem Arbeiter nur dadurch geholfen werden, daß er Arbeit findet, daß sie angemessen bezahlt wird und er davon leben kann. Darum ist der richtige Gesichtspunkt der, daß man dafür sorgt, daß die Wirtschaft gestärkt wird, damit sie Arbeitsgelegenheit schaffen kann. Dann geht es auch dem Arbeiter besser, und dann braucht er nicht stempeln zu gehen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich mich jetzt dem Haushaltsplan zuwende, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß meine Fraktion bereits in früheren Jahren eine Vermögensaufstellung der Provinz gefordert hat. Ich habe gehört, daß man sich sagt, daß eine eigentliche Vermögensaufstellung in dem Sinne, wie der Kaufmann sie fordert, außerordentlich schwer zu machen wäre. Denn man wäre bei den Grundstücken und Gebäuden doch nur auf Schätzungen angewiesen, die außerordentlich auseinandergehen würden, und eine solche Aufstellung habe keinen Wert. (Zuruf rechts: Und die Straßen?) Ich muß zugeben, daß darin ein berechtigter Kern liegt. Aber worauf es hier ankommt, ist, daß wir Abgeordnete wissen, welche Vermögensstücke die Provinz hat. Ob man das einzelne Vermögensobjekt so oder so bewertet, ist durchaus nebensächlich.

Zusbesondere möchten wir eine Uebersicht darüber haben, wie die Beteiligungen der Provinz liegen. Heute können wir den ganzen Haushaltsplan durchsehen; eine Zusammenstellung der Beteiligungen werden wir nicht finden. Ich glaube, wir haben früher einmal etwas darüber gehört; meine Fraktion hat aber den Wunsch, daß regelmäßig darüber berichtet wird, wie die Beteiligungen stehen. Dasselbe trifft auch für die Passiva, für die Schuldenseite zu. Denn sich über den Umfang der Schulden einen Begriff zu machen, ist nach dem Haushaltsplan nicht so leicht, weil eine Uebersicht darüber fehlt. Es wird gelegentlich gesagt: Soudso viel sind die Schulden, oder es steht in irgend einer Drucksache, und man muß es sich dann da heraussuchen. Wir sind der Auffassung, daß eine derartige Uebersicht sehr wohl, ohne

eine besondere Belastung herbeizuführen, jedes Jahr mit dem Haushaltsplan gegeben werden könnte.

Meine Damen und Herren! Wenn man den Etat in seiner Gesamtheit ansieht, dann muß man zu einer für mich durchaus traurigen Gesamtauffassung von ihm kommen. Was nämlich zunächst festzustellen ist und sich aus einigen Stichproben ergibt, ist, daß überall da gespart worden ist, wo produktive Ausgaben vorkommen. Ich greife nur zwei Beispiele heraus: Hochbauverwaltung. Im Rechnungsjahre 1928 waren die Ausgaben 1 966 000 RM, also fast 2 Millionen RM, im Haushaltsplan 1929 2 700 000 RM, und in diesem Jahre sind 1 500 000 RM vorgesehen. Dieses Geld wird verwendet, um die Gebäulichkeiten der Provinz instand zu halten und um kleine Erweiterungsbauten und dergl. vorzunehmen. Ich glaube nicht, daß, wenn man der Auffassung ist, daß im Jahre 1929 2,7 Millionen RM nötig waren, man ohne weiteres auf 1,5 Millionen RM heruntergehen und behaupten kann: Im nächsten Jahre kommen wir mit demselben Betrage aus, evtl. noch mit einem niedrigeren. Die Gefahr besteht doch bei der Unterhaltung der Gebäude, daß man eben in diesem Jahre, um den Etat balancieren zu können, gespart hat, daß dann aber im nächsten Jahre entsprechend höhere Anforderungen gestellt werden müssen. Sollten wir uns täuschen, sollten die hohen Beträge von 1928 und 1929 Ausnahmefälle sein, so würden wir uns freuen. Irgend einen Anhaltspunkt dafür, daß dies so ist, haben wir jedoch nicht.

Ein ähnlicher Posten ist auch im Straßenbau. Da steht für laufende Unterhaltung 1928 1 890 000 RM, im Haushaltsplan 1929 1 600 000 RM, im Haushaltsplan 1930 1 500 000 RM. Sie sehen auch hier eine, wenn auch nicht so starke Abnahme. Auch hier liegt die Befürchtung nahe, daß die Ersparnisse nur für dieses Jahr gemacht worden sind, um den Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen, und daß wir im nächsten Jahre mit einer Steigerung zu rechnen haben.

Demgegenüber sind die sogenannten unproduktiven Ausgaben — das ist der Rest der Ausgaben — in alter Höhe bestehen geblieben. Vielfach haben sie eine Steigerung erfahren. Die Konsequenz, die ich daraus ziehen muß, ist, daß eigentlich die Wirtschaftlichkeit, wenn ich einmal die ganze Provinz als einen Betrieb auffasse, zurückgegangen ist. Dabei steht es selbstverständlich fest, daß der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit nicht der allein ausschlaggebende bei der Provinzialverwaltung sein kann; aber man kann sich m. E. dieser Schlussfolgerung nicht entziehen. Man muß ja zugeben, daß bei der Steigerung der unproduktiven Ausgaben manches zwangsläufig ist. Die Schulden sind gestiegen, die Beamtengehälter steigen auch dadurch, daß die Beamten älter werden. Wir bedauern daher außerordentlich, daß in dem Entwurf noch keine erheblichen Senkungen vorgesehen

sind. Ich habe bei früheren Gelegenheiten darauf aufmerksam gemacht, daß die Schluszzahlen unseres Haushaltsplanes immer mehr in die Höhe gehen. Gelegentlich der letzten Haushaltsberatung habe ich die Landesverwaltung gebeten, sie möchte doch dafür sorgen, daß einmal ein Abschlag erfolge. Trotzdem haben wir auch in diesem Jahre wieder eine Steigerung. Meine Fraktion gibt sich der Hoffnung hin, daß die Beratungen im Landtag und den Ausschüssen doch dahin führen werden, eine Beschränkung der Ausgaben herbeizuführen. Wir müssen daher unsere Stellungnahme zum Haushaltsplan davon abhängig sein lassen, wie diese Beratungen ausfallen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat die Frage der Erniedrigung der Provinzialumlage ebenfalls gestreift. Er hat dabei darauf hingewiesen, daß die Rheinprovinz eine verhältnismäßig niedrige Provinzialumlage habe und daß sie dadurch bei der Verteilung in Berlin in eine ungünstige Situation käme. Das ist vollständig analog den Verhältnissen in den Städten. Auch in den Städten wird uns immer gesagt: Unsere Stadt hat niedrigere Steuern als die andern; insgedessen kommen wir in Berlin schlecht weg, und es wird uns an allen möglichen Ecken und Enden Geld abgezogen. Ich befürchte, daß die Stadtverwaltungen damit nicht so unrecht haben. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß es dazu kommt, daß, wenn sie niedrige Steuern haben, ihnen dann an allen Ecken und Enden die Zuweisungen gekürzt werden. Aber ich möchte doch zur Erwägung anheim geben, ob nicht das System der Ueberweisungen, das wir heute haben, diesen Zustand künstlich herbeiführt. Hätte man mehr Selbständigkeit der einzelnen Verwaltungskörper in der Erhebung der Steuern, dann würde die Möglichkeit der Einflußnahme auf die Ueberweisungen ganz erheblich zurücktreten, und dann würden wir wesentlich gesündere Verhältnisse haben, als wir sie heute haben. Heute befürchtet die Landesverwaltung, vielleicht nicht ganz zu Unrecht, daß, wenn die Provinzialumlage heruntergeht, sie an irgend einer anderen Ecke in Berlin wieder schlechter abschneidet.

Durchaus zuzustimmen ist dem Herrn Landeshauptmann bei seiner Klage über die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer. Es ist tatsächlich für uns in der Rheinprovinz ein ganz unhaltbarer Zustand, daß dasjenige, worauf es bei der Verteilung der Steuer ankommt, nämlich die Stärke des Verkehrs, als Maßstab vollständig ausgeschaltet ist.

Meine Damen und Herren! Ich wende mich jetzt der sozialen Fürsorgetätigkeit der Provinz zu. Meine Fraktion hat mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß auf diesem Gebiete immer noch weiter steigende Ausgaben drohen. Das ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß wir noch immer mit einer Zunahme der Geisteskrankheiten zu rechnen haben,

für die uns die Erklärungen eben gegeben worden sind. Wir sind durchaus einverstanden damit, daß der Herr Landeshauptmann die Absicht hat, von dem Bau einer neuen Anstalt abzusehen und sich vorläufig einmal mit einer Erweiterung der bestehenden Bauten zu begnügen, wofür ja auch 800 000 RM in den Haushaltsplan eingesetzt sind. Wir sind der Auffassung, daß auch bei diesem Etat die Möglichkeit besteht, daß gespart werden kann, ohne daß es deswegen den Pfinglingen und den zu Betreuenden schlechter zu gehen braucht. Wir erwarten auch in dieser Hinsicht das Ergebnis der Kommissionsberatungen.

Wir sind in jeder Beziehung mit dem hier schon zur Sprache gebrachten Sparerlaß des Herrn Landeshauptmann einverstanden. Wir hoffen, daß dieser Erlaß von allen nachgeordneten Stellen mit dem nötigen Ernst aufgenommen und befolgt werden wird, und wir bitten den Herrn Landeshauptmann, daß er seinerseits eine scharfe Aufsicht darüber führt, daß seinen Anweisungen Folge geleistet wird.

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat einige Sparanträge zu Posten eingereicht, wo sie der Ansicht ist, daß da noch eine Gelegenheit zum Sparen besteht. Sie ist der Ansicht, daß die Stelle des Leiters des Jugendamtes eingespart werden kann, und sie vermag in dieser Frage der Auffassung des Provinzialausschusses nicht zu folgen, der Ihnen eine Vorlage darüber hat zugehen lassen, wie diese Stelle besetzt werden soll. Wir verkennen durchaus nicht, daß das Landesjugendamt mit einem selbständigen Bearbeiter besetzt werden muß; wir sind aber der Auffassung, daß angesichts der guten Besetzung der höheren Stellen in der Provinz doch die Möglichkeit besteht, eine Landesratsstelle an anderer Stelle dadurch einzusparen, daß eine andere Verteilung der Dezernate vorgenommen wird.

Wir haben dann unter Nr. 45 einen Antrag gestellt, vorläufig von weiterer Einstellung höherer Beamten abzusehen. Wir glauben, daß bei der außerordentlichen Lage, in der sich heute das ganze Wirtschaftsleben unseres Volkes befindet, dringend gespart werden muß, und daß wenigstens für eine Reihe von Jahren es möglich sein muß, von einer weiteren Einstellung von Beamten abzusehen.

Dann haben wir unter Nr. 46 beantragt, die Reisekostenentschädigung der Beamten einer besonderen Nachprüfung zu unterziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hinsichtlich der Wünsche auf Förderung des Mittelstandes möchte ich noch besonders auf unseren Antrag Nr. 47 hinweisen. Die Provinzialfeuerversicherung gibt ihre Vertretungen meistens an Beamte, Bürgermeister und ähnlich gestellte Personen, also an Leute, die durchschnittlich schon ein festes Einkommen haben. Wir sind der Auffassung, daß die Provinzial-Feuerversicherungs-

anstalt versuchen sollte, nicht Leute, die bereits irgend ein Einkommen durch Beamtenstellung und dergleichen haben, sondern Leute, denen es schlecht geht, die aber sehr wohl geeignet sind, als Akquisiteure, als Geschäftsführer für die Anstalt tätig zu sein, in größerem Umfang heranzuziehen, um auch auf diesem Wege der Not gewisser Kreise abzuhelfen. Es würden dafür überwiegend ältere Kaufleute in Betracht kommen, die ihr Geschäft nicht mehr betreiben können oder die ihre Stellung verloren haben. Ich bin der Auffassung, daß sich unter diesen Leuten viele finden würden, die durchaus geeignet wären, im Dienste der Provinzialverwaltung tätig zu sein.

Unter Drucksache 48 haben wir einen dringenden Wunsch des Baugewerbes zu Ihrer Kenntnis gebracht und beantragt, daß die deutsche Reichsverbündungsordnung auch bei der Provinz eingeführt werden soll. Wir haben leider erfahren, daß die Verbündungen der Provinz in keiner Weise damit in Einklang stehen.

Dann haben wir unter Nr. 60 noch einen Antrag gestellt, wonach die Landesbank ersucht werden soll, den Mittelstand bei der Hergabe von Darlehen zu begünstigen. Wir haben mit Interesse aus dem Rechnungsabluß der Landesbank davon Kenntnis genommen, daß sie sich auch in diesem Sinne bemüht. Wir wünschen aber eine weitere Ausdehnung nach dieser Richtung.

Schließlich möchte ich noch hervorheben, daß auch wir wünschen, daß die Wasserversorgung der ärmeren Distrikte unserer heimischen Provinz möglichst verbessert und daß an den Staat herangetreten werde, damit er seinerseits dabei helfe.

Meine Damen und Herren! Zum Schluß habe ich noch darauf aufmerksam zu machen, daß der Provinzialausschuß in seiner Sitzung vom 19. Dezember eine große Anzahl Vorlagen der Verwaltung erledigt hat, die insbesondere Anstellungen und Pensionierungen von Beamten betroffen haben. Sie werden sehen, daß dies die letzte Provinzialausschuß-Sitzung gewesen ist. Inzwischen hatten die Wahlen schon stattgefunden. Der Provinzialausschuß, der diese Beschlüsse gefaßt hat, hatte wohl noch eine rechtliche Bedeutung, aber tatsächlich war er nicht mehr als Provinzialausschuß anzusprechen. Ich muß mich selbst als mitschuldig bekennen. Ich habe zwar nur als Stellvertreter dieser Sitzung beigewohnt; es ist mir aber der Gedanke nicht gekommen, daß es nicht richtig wäre, so zu verfahren. Ich glaube, daß es richtiger wäre, wenn derartige weittragende Beschlüsse in einem solchen Falle dem künftigen Provinzialausschuß überlassen würden, selbst wenn eine gewisse Verzögerung in der Erledigung der Geschäfte damit verbunden wäre, und ich möchte den Herrn Landeshauptmann bitten, künftig so zu verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen. Wenn

wir eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Existenzmöglichkeiten nicht nur der mittelständischen Kreise, denen ich besonders nahe stehe, sondern auch der weiteren Bevölkerungskreise erwarten wollen, dann wird uns nichts anderes übrig bleiben, als daß wir uns ernstlich wieder einmal dazu entschließen, ohne uns durch irgendwelche Phrasen ablenken zu lassen, die gefunden Gedanken von Privateigentum und Privatwirtschaft, unter denen Deutschland in der früheren Zeit groß geworden ist, wieder hochzuhalten und von allen Schlacken zu befreien. Nur auf diese Weise werden wir es erreichen, daß wir die ungeheure Menge von Arbeitslosen, die heute vorhanden ist, wieder in den Produktionsprozeß einschalten.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hennes.

Abgeordneter Hennes: Sehr geehrte Damen und Herren! Der christliche Volksdienst ist in diesem Hause zum ersten Mal vertreten. Ich darf mir darum wohl gestatten, mit einigen wenigen Worten zu sagen, was der christliche Volksdienst in diesem Hause will. Wie unser Name besagt, wollen wir unserem Volke dienen. Wir sehnen uns nicht nach Macht und nach Ansehen, sondern wir wollen Dienst tun. Wir haben kein festes Programm. Wir sind weder nach links, noch nach rechts gebunden und haben uns auch nicht einseitig auf bestimmte Standesinteressen festgelegt. Wo Not ist, möchten wir helfen, gleichviel auf welcher Seite. Der Ungerechtigkeit möchten wir wehren und der Wahrheit zum Sieg verhelfen. Wir wollen vor allem den ärmeren Volksgenossen dienen; aber wir wissen sehr wohl auch, daß nicht nur Not in den Häusern des sogenannten Proletariats ist. In der vorigen Tagung wurden wir von kommunistischer Seite spöttisch mit dem Namen „Oberchristen“ tituliert. Wir wollen bescheiden in der Nachfolge unseres Meisters unseren Weg gehen und uns nicht über jemanden überheben. Wir wollen still unseren Dienst tun und uns ernstlich bemühen, das Wort unseres Meisters zu befolgen: Liebe deinen Nächsten als dich selbst!

Ich komme nun zum Etat und möchte hier einige Punkte herausgreifen. Ueber die Größe der Not unserer Landwirtschaft brauchen wir kein Wort mehr zu verlieren. Es ist die Wahrheit, was der Herr Landeshauptmann in seinem Bericht über die große Not der Landwirtschaft gesagt hat. Aber wie helfen wir? Wir machen den praktischen Vorschlag, daß die Landesbank billigere Gelder an die Landwirtschaft abgibt und zwar unter den heutigen Geldverhältnissen den Prozentsatz auf 5 Prozent herabgesetzt und die Leihsummen mit 100 Prozent auszahlt. Lassen Sie uns diesen praktischen Weg gehen und der Landwirtschaft helfen! Diejenigen Gebiete, die als besondere Notgebiete schon jetzt Geld zu kleinerem Zinssatz erhalten haben, allerdings unter Auszahlung von nur 93,25 Prozent, sollen ihren Prozentsatz entsprechend

noch mehr erniedrigt bekommen. (Zuruf rechts: Wucher!)

Eine weitere Not, die mit aller Energie angefaßt werden muß, ist die Wohnungsnot. Die Provinzialverwaltung muß sich mit Kraft dafür einsetzen, daß die Hauszinssteuer restlos für den Bau neuer Wohnungen, vor allem Kleinwohnungen verwendet wird. (Unruhe links.)

Im alten Etat war zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs eine Summe von 10 000 RM eingesetzt. Diese Summe ist im neuen Etat gestrichen worden. Das ist eine falsche Sparsamkeit, nämlich eine Sparsamkeit, die gerade das Gegenteil von dem erreicht, was sie will. Fragen Sie doch einmal in Brauweiler in der dortigen Anstalt an, wieviel Insassen von Brauweiler durch unmäßigen Alkoholgenuß in diese Anstalt hineingekommen sind, und dann vergleichen Sie hiermit die ungeheure Summe, die als Zuschuß für diese eine Anstalt ausgegeben wird, im Vorjahre war es eine Summe von über 1 Million Mark. Deutschland hat im Jahre 1929 etwa 5 Milliarden Mark für Alkohol ausgegeben. Nicht ganz die Hälfte dieser Summe würde ausreichen, aller Wohnungsnot und aller Arbeitslosigkeit ein Ende zu machen. (Zuruf von der Wirtschaftspartei: Darin ist allein 1 Milliarde Steuern.) Wir beantragen, daß der vorjährige Betrag von 10 000 RM zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs auch im neuen Etat wieder erscheint.

Im alten Etat war unter der Position des Landesjugendamtes zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur eine Summe von 40 000 RM angelegt. Diese Summe ist auf 10 000 RM herabgemindert worden. Die Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur ist für die Gefundung unseres gesamten Volkslebens bedeutungsvoll. Sie darf unter keinen Umständen eingeschränkt werden. Fragen wir einmal die jugendlichen sittlich Verirrten, wieviele unter ihnen durch unsaubere Lektüre auf diesen Weg gekommen sind! Hier ist also eine Sparsamkeit keinesfalls am Platze. (Unruhe bei den Kommunisten.) Liebe Freunde bei den Kommunisten! Ich erinnere Sie an ein Wort, das Ihr Führer Lenin gesagt hat: „Die Sittlichkeit muß dem Massenkampfe untergeordnet werden.“ (Zuruf links: Mucker!) Wenn Sie auf diesem Standpunkte stehen, verstehe ich allerdings, daß Sie für eine Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur nicht zu haben sind. Wir beantragen, die für eine gleichwertige Arbeit wie im Vorjahre notwendige Summe in den neuen Etat aufzunehmen. Wollen Sie Geld sparen, verehrte Damen und Herren, dann finden Sie andere Mittel und Wege dazu. Wir nennen Ihnen zum Beispiel einen: Die Ausbesserung der Wege verschlingt eine Riesensumme. Die Wege leiden vor allem durch das gefekwidrige Rasen der Autos. Hier muß mit aller Strenge rücksichtslos eingeschritten werden. Wir

wünschen eine vermehrte polizeiliche Ueberwachung der Landstraßen. Bei dieser Gelegenheit könnte man auch versuchen, der Rücksichtslosigkeit Herr zu werden, mit der die Automobile nicht abblenden und so andere in Gefahr bringen.

Wir beantragen, für die Reparatur der evangelischen Kirche in Meckenbach im Hunsrück eine Summe von 10 bis 15 000 RM aus dem Fonds für Kunst und Wissenschaft bereitzustellen. Hier handelt es sich um eine der ältesten Kirchen im Hunsrück aus dem Jahre 976. Das Dach dieser Kirche, das seit 170 Jahren besteht, sollte schon vor 40 Jahren erneuert werden; aber es war kein Geld dafür vorhanden. Der Fuß der Kirche mußte jetzt notwendig erneuert werden; aber da kein Geld vorhanden war, hat sich die Gemeinde selbst daran gegeben und arbeitet, soweit es ihr möglich ist. (Zuruf links: Kirchensteuer!) Das Gesamtsteuerjoll dieser Gemeinde, und zwar Einkommen-, Grundvermögens- und Lohnsteuer, beträgt 2498 RM. Die Gemeinde ist also sehr arm. Sie besteht aus Steinarbeitern und kleinen Landleuten. Der Ort hat jahrelang unter französischer und schwarzer Besatzung gelitten. Wir möchten bitten, daß Sie für diese Gemeinde, die bewiesen hat, daß ihr die Kirche wichtig ist, die angegebene Summe bewilligen. Ähnliches gilt für die Kirche in Dorlar bei Wehlar. Ein entsprechender Antrag ist unterwegs. Wir bitten, auch diesen Antrag zu unterstützen.

Ich komme zu einem besonders wichtigen Punkt, der Fürsorgerziehung. Es besteht in bestimmten Kreisen das Bestreben, die christlichen Privatanstalten allmählich verschwinden zu lassen (Zuruf links: Mit Recht!) und die gesamte Erziehung in die Hände des Staates zu legen. Ich will Ihnen beweisen, warum Sie nicht Recht haben. Es scheint mir am Platze, darauf hinzuweisen, daß sich die christliche Liebestätigkeit hier doch außerordentlich bewährt hat. Sie verlangt nämlich für ein Fürsorgekind nur etwa die Hälfte der Summe, die die öffentlichen Anstalten verlangen. Ich weiß wohl, daß die besonders schwierigen Fälle den öffentlichen Anstalten überwiesen werden. Aber das erklärt den enormen Geldunterschied nicht. Uns geht es vor allem um folgendes: 47,60 Prozent der Zöglinge werden in Anstalten erzogen und nur 10,85 Prozent in Familien. Während der Pflegezeit in den öffentlichen Anstalten 5,42 RM täglich beträgt, zahlt man den Familien für das Kind und für jeden Tag 1.— RM, Dazu kommen allerdings noch 0,25 RM täglich für Bekleidung und Arzt. Es ist für uns ohne Zweifel, daß für ein Kind der beste Erziehungsort die Familie ist; und weil es außerdem sehr viel billiger ist, stellen wir den Antrag, den Prozentfuß der in Familien unterzubringenden Kinder, die hierfür geeignet sind — nicht jedes Kind ist dafür geeignet — bedeutend heraufzusetzen. Allerdings ist bei der Auswahl der Familien größte Sorgfalt am Platze. Um den Familien einen größeren Anreiz zur Aufnahme von

Kindern zu geben, stellen wir den Antrag, das Tagesgeld von 1.— RM auf 1,50 RM zu erhöhen. Das Aufnehmen eines Kindes darf natürlich kein Geschäft sein. Man sollte aber auch nicht verlangen, daß die Familien hier Geld zusetzen. Die Provinz wird durch dieses Mittel große Summen ersparen, und die öffentlichen Anstalten brauchen nicht dauernd vergrößert zu werden. Für die Beaufsichtigung und örtlichen Besuche von Fürsorgekindern ist in den Etat an baren Auslagen eine Summe von 336 000 RM eingesetzt. Diese Summe kann wesentlich vermindert werden, wenn man größere Reisekosten vermeidet und näher wohnende geeignete Persönlichkeiten mit dem Besuch solcher Fürsorgekinder betraut.

Unter dem Titel „Landesjugendamt“ ist für Lichtbildwesen eine Summe von 85 000 RM ausgeworfen. Die Provinzialleitung sollte darauf bedacht sein, auch das Radio-Wesen mehr zu beeinflussen. Wir haben daher den Antrag eingebracht, die Provinzialleitung möge geeignete Schritte tun, um folgendes bei der rheinischen Funübertragung zu erreichen:

1. Sonntags morgens sollen regelmäßig ein evangelische und eine katholische Morgenfeier stattfinden.

Ich weiß wohl, daß hier Bedenken dahingehend vorliegen, daß dadurch der Kirchenbesuch geschwächt werden könnte. Auch wir legen großen Wert darauf, daß Leute, die in die Kirche gehen können, auch die Kirche besuchen. Es gibt aber sonst noch viele Leute, die nicht in die Kirche gehen können, weil sie zu weit wohnen oder krank sind. (Laute Zurufe von den Kommunisten.) — Ich kann mich auch noch ohne Lautsprecher verständigen. —

2. Wir beantragen, jeden Wochentag-Nachmittag, wenn es dunkel wird oder nach Eintritt der Dunkelheit, eine kurze, 10 Minuten dauernde Andacht sowohl von evangelischer als auch katholischer Seite durch den Rundfunk zu übertragen. Hier muß etwas geschehen, und wir bitten den Provinziallandtag, sich hierfür einzusetzen. Wir schlagen Ihnen zur Annahme zuletzt noch einen Antrag vor, der dahin geht, in gemischt konfessionellen Orten die äußere Heilighaltung des Karfreitags und des Fronleichnamstages zu fördern, weil diese beiden Tage für die Bevölkerung, die sie feiert, die wichtigsten Feiertage im Jahre sind. (Zuruf des Abgeordneten Riegel: Der Arbeiter feiert ja schon über zwei Tage in der Woche!) Es ist sehr unliebsam, wenn der andere Teil der Bevölkerung Arbeit verrichtet, die die Ruhe dieser Tage verletzt. In Köln haben sich die Leitungen der evangelischen und der katholischen Kirche an die Bürger mit der Bitte gewandt, an beiden Feiertagen: 1. die Geschäfte bis 1 Uhr mittags geschlossen zu halten, 2. alle geräuschvolle Arbeit zu vermeiden, 3. den Angestellten und Arbeitern dienstfrei zu geben, 4. sich jeden Einkaufs zu enthalten, 5. in gegenseitiger Achtung und im Interesse der Volksgemeinschaft den Ernst dieser Tage würdigen zu wollen.

Die Kölner Synagogengemeinschaft hat sich dieser Vereinbarung angeschlossen und ihren Mitgliedern die Schließung der Geschäfte an diesen beiden Tagen nahegelegt. Wir bitten die Provinzialleitung, in dieser Sache geeignete Schritte für die ganze Provinz zu tun. Unsere Anträge haben wir gemeinsam mit der christlich-nationalen Bauernpartei gestellt. (Zuruf des Abgeordneten Kiegel: Auch mit den christlichen Sozialisten?)

Auf die Zwischenrufe, die von kommunistischer Seite immer dann gekommen sind, wenn es sich um religiöse Dinge handelte, die ich berührt habe, möchte ich folgendes sagen: Der große russische Dichter Dostojewski hat einmal gesagt: „Ein Volk ohne Gottes Wort muß zugrunde gehen, denn seine Seele dürstet nach dem Worte Gottes.“ (Sehr richtig! rechts. Unruhe bei den Kommunisten.) Auch Ihre Seele (zu den Kommunisten), ob Sie es zugeben oder nicht, auch Ihre Seele dürstet nach dem Worte Gottes. (Zurufe und Lachen bei den Kommunisten.) Was Dostojewski sagt, entspricht durchaus unserer Erfahrung in der Einzelseelsorge. (Zurufe bei den Kommunisten.) Liebe Freunde! Die Erfolge — und nun lassen Sie mich (zu den Kommunisten) Ihrem Statredner auf seine Rede eine Antwort geben: Die Erfolge, die man in Rußland mit der Abschaffung der Religion gemacht hat (Zuruf des Abgeordneten Kobl: sind glänzend!), sind wahrlich nicht dazu angetan, uns zu ermutigen, Ihren Bestrebungen zu folgen. (Sehr gut! in der Mitte und rechts.) Wenn Sie uns immer vorhalten, wir kennten die Dinge nicht, dann möchte ich Ihnen entgegenhalten, daß es wohl keinen unter Ihnen gibt, der die Dinge besser kennt als wir. (Zuruf des Abgeordneten Kobl: Waren Sie schon mal da? Wir sind doch keine Rabbiner!) Ich will Ihnen die Unterlagen verschaffen. Abgesehen von vielen Briefen, die wir aus allen Teilen Rußlands bekommen, brauchen Sie nur die Tausende von Deutschrussen zu fragen, die jetzt in unseren Lagern, zum Beispiel in Hammerstein liegt; sie können Ihnen die Wahrheit sagen. (Zurufe von den Kommunisten.)

Ich möchte abschließen. Die beste Gabe, die wir in unserem Volke haben, ist das Evangelium. Wir wollen diese unsere beste Gabe unserem Volke nicht vorenthalten, sondern alles daransetzen, um unser Volk mit diesem Evangelium zu durchdringen. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Meine Damen und Herren! Der Demokrat und Jude Walter Rathenau sagte im Jahre 1921 in einer schweizerischen Zeitung (Zurufe links: Lauter! — Antwort des Abgeordneten Haake: Sperrt die Ohren auf, dann hört Ihr was!): „Ich sehe Deutschland als ein Land, welches in 20 Jahren verwüstet, verarmt, verelendet ist, ein Land, in dem die Menschen in zerrissenen Kleidern einhergehen,

wo die Häuser zerfallen sind, wo auf dem Straßensplaster Gras wächst.“ (Abgeordneter Haake: Hört, hört!) „Ich sehe Deutschland, in dem die Besten hinausgehen ins Ausland und zu Hause nur elende und arme Menschen bleiben.“ (Zurufe von den Kommunisten.) Rathenau war einer jener Leute, der infolge seiner Finanzmacht, die sich in seinen A.G. und Banken zusammenballte, genau wußte, welche Pläne die Finanzgewaltigen der Welt mit Deutschland vorhatten. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Das ist vielleicht das wertvollste, was dieser Finanzgewaltige und Jude Rathenau dem Volke Deutschlands gesagt hat. Wir Nationalsozialisten werden immer und überall dieses Erbe Rathenaus festhalten und dem Volke vor Augen führen. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Dann seid Ihr wohl auch Juden? — Antwort des Abgeordneten Haake: Dann müßten wir so aussehen wie Du!)

Meine Damen und Herren! Wenn wir bedenken, daß gestern sowohl der Oberpräsident als auch der Landeshauptmann zum erstenmal seit 10 Jahren, möchte ich fast sagen, dem rheinischen Volke gesagt haben, was man jetzt allerdings in Deutschland überall sehr oft hören kann: Wir müssen uns einschränken, wir haben keine Mittel mehr, wir müssen sparen!, und wenn der Oberpräsident sogar in seiner gestrigen Rede wörtlich sagte: „Eine derartige Ausgabenbeschränkung wird allgemein das Kennzeichen der kommenden Haushaltspläne sein“, so haben wir Nationalsozialisten das nicht erst jetzt gesagt (Abgeordneter Haake: Sehr wahr! — Lachen links), sondern seit 10 Jahren (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten), solange Adolf Hitler in München ist. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Da war der ja noch nicht! — Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. **Farrés**: Ich bitte um Ruhe für den Abgeordneten Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley (fortfahrend): Wenn die Herren reden wollen, dann ist das ihre Freude. Wenn sie glauben, damit einen antikapitalistischen Kampf führen zu können, so ist das ihre Sache. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Wenn sie glauben, damit dem Geldsack auch nur im geringsten Abbruch tun zu können, so ist das auch ihre Sache. (Zuruf von den Kommunisten.) Wenn Sie (zu den Kommunisten) aber schon Politik treiben wollen, dann sollten Sie doch wissen, daß unsere Partei bereits im Jahre 1920 gegründet worden ist. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Dann sollten Sie auch wissen, daß damals bereits unser Programm aufgestellt und bis auf den heutigen Tag ohne jeden Abstrich genau beibehalten worden ist. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Seit 10 Jahren sagen wir also, daß Deutschland diesen Lauf der Dinge gehen wird und gehen muß, solange diese wahnsinnige Erfüllungspolitik gemacht wird. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Einschränken! Bisher hörte man so nach der Methode Coué: Es geht uns besser und besser. (Sehr

richtig! bei den Nationalsozialisten.) Jedes Jahr und jeden Tag hörte man, welche Silberstreifen am Horizont aufgingen. (Zuruf des Abgeordneten Kobl: Der Silberstreifen sind Sie!) Man hörte, wie die Wirtschaft blühen würde. Ja, meine Herren von der Volkspartei, ich weiß mich noch einer Unterhaltung mit einem Ihrer größten Wirtschaftsführer im Rheinland vor fünf Jahren zu entsinnen. Als damals die Dawes-Debatte zur Tagesordnung stand, da sagte er mir: „Verzeihen Sie, Herr Dr. Ley, was soll denn das? Sie heizen ja nur das Volk auf. Wir werden jetzt 800 Millionen hereinbekommen, und dann wird die Wirtschaft blühen. Die Arbeitslosigkeit wird fallen, und Sie werden erkaunt sein, wie in einem Jahr Deutschland viel größer und gewaltiger dasteht, als es jemals gestanden hat.“ (Zurufe des Abgeordneten Haake: Zinsen müssen Sie bezahlen!) Ich habe damals diesem Herrn gesagt: „Sie haben sicherlich weit mehr Einblick in diese Dinge als ich, da ich sie nicht kenne, weil ich nicht an dieser Stelle stehe wie Sie; aber das sage ich Ihnen, daß die Arbeitslosigkeit nicht nur nicht verschwinden, sondern in ganz gewaltigem Ausmaße zunehmen wird.“ Ein Jahr nachher sagte er mir: „Ja, Sie haben leider recht behalten.“ Ich sage: „Leider, aber es ist bittere Wahrheit.“

Gestern versuchte der Herr Landeshauptmann die Arbeitslosigkeit vom vorigen Jahr auf die Kälte zu schieben; er mußte aber zugeben, daß trotz des gelinden Winters in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit weit größer ist als im vorigen Jahr. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Die Methode des Herrn Landeshauptmanns ist etwa jene, die der Herr Dr. Schacht früher anzuwenden beliebte, der jetzt ja auf einmal anderen Sinnes ist, der früher aber gesagt hat: „Was wollen Sie, Rentner und Sparer? Die Inflation ist ein Schicksalsschlag, wie ein Erdbeben vom Himmel heruntergefallen.“ Dort ist es die Kälte, die die Schuld trägt. Nein, meine Herren, mit diesen Mätzchen können Sie dem Volke draußen nicht mehr kommen. (Abgeordneter Haake: Sehr richtig!) Das Volk weiß ganz genau, daß der Herrgott es nicht haben will, daß die Menschen derartig verflakt werden (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.), daß es nicht die Schicksalsbestimmung ist, sondern daß der Himmel, weiß Gott, freie Menschen haben will, wenn die Menschen einen Willen zu dieser Freiheit haben. Solange uns das Rückgrat jedes Widerstandswillens gebrochen wird, kann man nicht verlangen, daß ein Volk frei ist. Glauben Sie nicht, daß die Westmächte jene Tributfrone, die Banken und Börsen unsere Ketten leichter machen und abnehmen werden, wenn wir nach der Methode Straßemanns sagen: Volk, erarbeite Dir Deine Freiheit! Einen tüchtigen Sklaven, der fleißig ist und arbeitet, schmiedet der Sklavenhalter um so fester. (Zuruf von den Kommunisten: Weshalb ziehen Sie Italien so auf? — Antwort von den Nationalsozialisten: Da gibt's keine Lebensmittel- und Brot-

karten. — Zuruf von den Kommunisten: Über auch kein Brot!)

Wenn wir den Dawespakt betrachten, der damals zwischen Tag und Dunkel angenommen wurde, von dem das Volk nichts hörte, so finden wir in ihm folgenden Satz: „Die Existenzmöglichkeit Deutschlands muß auf ein nicht weiter zu verringendes Minimum gebracht werden.“ (Abgeordneter Haake: Hört, hört!) Entweder haben damals die Volksvertreter, die diesen Pakt angenommen haben, ihn einfach nicht gelesen, oder aber alles das, was hier von denjenigen Parteien geredet wird, die den Dawespakt angenommen haben, über soziale Fürsorge, ist eine ungeheure Lüge. (Abgeordneter Haake: Sehr wahr!) Anders kann es nicht sein. Auf ein nicht weiter zu verringendes Minimum muß die Existenzmöglichkeit Deutschlands gebracht, also herabgedrückt werden! Wer noch irgendetwas zum Leben hat, dem muß man es nehmen! Einschränken, sagt der Herr Oberpräsident. Sparen sagt der Herr Landeshauptmann. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Wovon?) Das Schicksal lastet über uns, sagen Sie. Meine Damen und Herren! Wer den Dawespakt und die Erfüllungspolitik kennt, weiß, was los ist. Damals waren wir die einzigen Mahner, die ununterbrochen in den Versammlungen über diesen Schandvertrag redeten. Wir waren damals eine kleine Partei. Man lachte über uns und sagte: Was wollen die? Das sind Hezer, unerhörte Hezer; sie wollen Zwietracht in unser Volk bringen. Es hieß: Wirtschaft ist Schicksal; man muß versuchen, das politische Problem auf das wirtschaftliche Problem hinüberzubringen, dann wird es uns besser gehen. Als ob jemals in der Geschichte ein Volk durch Wirtschaft frei geworden wäre! (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Die Wirtschaft ist doch kein Ding an sich, und das Primäre in der Geschichte eines Volkes ist die Politik und weiter gar nichts. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Napoleon sagte das bereits damals. Das war, weiß Gott, ein größerer Mann als unsere Staatsmänner, mit denen man wahrhaftig keinen Staat machen kann. (Zurufe von den Kommunisten: Das war ein größerer Mann als Hitler! — Weiterer Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Der Friede sorgt für seine Pension!) Er war bestimmt größer als Sie. (Zu den Kommunisten. — Lachen bei den Nationalsozialisten. — Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Auch als Sie!)

Meine Damen und Herren! Es ist jetzt Gott sei Dank beim Youngplan verhindert worden, daß er wie der Dawespakt so hinter den Kulissen angenommen wurde. Bei dem Youngplan ging das nicht mehr, weil hier bereits eine neue Front der Freiheitsbewegung entstanden war, die stark genug war, andere Parteien mitzureißen und andere Organisationen in eine neue Front des Widerstandes zu zwingen. Es kam das Volksbegehren. Sie haben damals gelacht über die sechs Millionen Stimmen. Was ist das?, haben Sie

gesagt. Das Volksbegehren ist die Ursache gewesen, daß es Ihnen, meine Herren vom Zentrum, von der Volkspartei und von den Sozialdemokraten verdammt schwer gemacht wurde, den Youngplan anzunehmen. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Das steht bombenfest. Auf einmal wollte keiner mehr die Verantwortung tragen. Auf einmal wollten Sie sich nicht belasten. Auf einmal hieß es: Wir müssen das noch tun und jenes noch; wir müssen noch Vorschläge machen. Beinahe wäre das Kabinett gesprengt worden, auseinandergefallen (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten), nicht etwa, weil jetzt die Leute mehr Verantwortung gehabt hätten als damals bei dem Dawespaakt, sondern einzig und allein, weil jetzt das Volk aufwachte und aufgeweckt worden war über den Schandvertrag.

Meine Damen und Herren! Sie haben über den § 4 gelacht. Sagte Ihnen doch zuletzt — es war, glaube ich, die K. B. —: Wenn man es auch als einen Irrsinn ansehen will, so steckt doch hinter diesem Irrsinn ein ungeheurer Ernst. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Sie mögen das heute noch als irrsinnig, als wahnsinnig ansehen, das ist Ihre Sache. Der eine wird früh wach, der andere schläft bis Mittag; aber das steht fest (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sie sind der neue Napoleon!), daß dieser § 4 gerade gezeigt hat, wie ernst die Lage ist, und daß wir gewillt sind, später einmal diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die trotz unserer Warnung das Volk in diese Lage gebracht haben. (Zuruf des Abgeordneten Kolaf: Auch den Fricl zur Verantwortung zu ziehen?)

„Die Besatzung zieht ab“, sagte gestern der Herr Oberpräsident, und der Herr Landeshauptmann sagte es auch. Wir hörten eben von allen Parteien, welch' ungeheure Freude darüber sei, daß die Besatzung abziehe. Der Sozialdemokrat hat sich geradezu überschlagen in nationalen Tönen. Wir haben gedacht: Ist das eine Umwandlung von wahrhafter Ehrlichkeit? Sollte sich tatsächlich diese Partei jetzt auf einmal so gewandelt haben? Aber wir sind doch zu der Ueberzeugung gekommen, daß es weiter nichts ist, als Sand in die Augen der Wähler zu streuen. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.)

Also die Besatzung soll abziehen. Herr Tardieu, der Ministerpräsident Frankreichs, hat in diesen Tagen folgendes gesagt: Die Fricl habe noch nicht zu laufen begonnen, da die Ratifizierung mehrere Monate verspätet sei. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Es gebe darüber keinerlei Mißverständnisse zwischen Frankreich und Deutschland. Frankreich würde seine Truppen in der dritten Zone belassen (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten), solange die vorgeesehenen Bedingungen, d. h. Ratifizierung des Youngplans und der Haager Abkommen, die Arbeitsaufnahme der Internationalen Bank und die Uebergabe der Schuldverschreibungen durch Deutschland nicht erfüllt seien. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) — Das ist

nämlich das wichtigste. — Sobald Deutschland die Schuldverschreibungen übergeben habe, werde man mit der Rheinlandräumung beginnen und sie so schnell wie möglich fortsetzen. Bevor die Räumung beginne, müsse Deutschland jedoch auch die vollständige Schleifung seiner Befestigungen durchgeführt haben. Eine nur vorgetäuschte Zerstörung genüge nicht. Die französische Regierung werde in etwa drei Tagen der Reichsregierung eine Note in diesem Sinne überreichen. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Bitte weiterlesen!) — Ich bin doch nicht in dem Leseverein wie Ihr Kollege, der sich eben an das Manuskript klammerte, was ihm der Herr Haas vorgeschrieben hatte. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) —

Wir sehen also ganz klar, daß Frankreich gar nicht daran denkt, die dritte Zone zu räumen. Die Schuldverschreibungen müssen übergeben sein. Wir wissen aber, daß heute kein Mensch in der Welt diesem bankrotten Deutschland irgendeine Schuldverschreibung abkauft. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Darüber lachen die Sozialdemokraten!) So wird das eben ein Mattenschwanz sein. Das Rheinland wird nicht geräumt, wird nicht frei werden. Daß die Herren darüber lachen, wundert mich absolut nicht. Sie haben in diesen 10 Jahren von Anfang bis zu Ende ununterbrochen gelacht. Erst mach dein Sach', dann trink und lach!, das ist Ihr Standpunkt. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Die lachen über ihr eigenes Begräbnis! — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Deshalb ist die Krise in Deutschland nicht eine Kabinettkrise, sondern eine Staats- und eine Systemkrise. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Es handelt sich heute nicht etwa darum, daß ein Kabinett das andere abgelöst hat. Nein, wir sehen auch in dem gegenwärtigen Kabinett kein Kabinett der Befreiung Deutschlands, sondern lediglich ein Sich-Drücken der Sozialdemokratie um die Verantwortung. Sie hat den Youngplan angenommen, sie verflucht Deutschland auf 60 bis 80 Jahre und nun — das ist das Erbärmliche an der ganzen Geschichte — sagt sie: Jetzt geht mich das Ganze nichts mehr an, jetzt gehe ich heraus, jetzt macht euren Dreck alleine, wie der König von Sachsen gesagt hat. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Die Bürgerlichen fallen darauf herein!) Das ist das Bedauerliche und Beschämende, daß jetzt wiederum das Bürgertum so politisch instinklos ist — anders kann man es nicht bezeichnen —, jetzt auf einmal die Kastanien aus dem Feuer zu holen, d. h. dem Volke Steuern aufzutunnen und Lasten aufzuerlegen. Die Sozialdemokratie kann sagen: Bitte schön, ich bin ganz rein. Steuern wollte ich nicht, nein, um Gotteswillen nicht, ich bin dagegen. Das Kabinett Brüning ist unerhört. Die Sozialdemokratie macht Opposition. Meine Damen und Herren! Auch das zieht nicht mehr. Glauben Sie, wir werden schon dafür sorgen. Wir sind heute stark genug, Ihnen auch hierin die

Maske vom Gesicht zu reißen und dem Volke zu zeigen, wie es belogen wird. (Ironische Bravo-Rufe bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abgeordneten Marx: Ihr politischen Akrobaten! — Weiterer Zuruf von den Sozialdemokraten: Kleiner Napoleon! — Weitere Zurufe von den Nationalsozialisten.)

Wenn auch der Oberpräsident und der Herr Landeshauptmann in diesem Hause gesagt haben, daß es gerade die ungeheure Zinsenlast sei, unter dem das Rheinland leide, so lernen sie doch nicht daraus, daß nun diese Zinsenlast unbedingt aufhören muß und keine weiteren Anleihen aufgenommen werden dürfen. Sie sagen aber: „Pumpen wir ruhig weiter.“ (Zuruf von den Nationalsozialisten: Immer feste!) „Wir bedauern nur, daß der Anleihemarkt so fest ist, daß wir keine Anleihen erhalten können. Die einzige Sorge, die wir haben, ist die: Könnten wir doch nur Geld bekommen!“ Nun, der Schacht ist weg; vielleicht wird Luther ihnen freiere Hand lassen, und dann pumpen sie frisch drauflos, solange sie noch irgendetwas erhalten können. Das wird aber aufhören, denn das Ausland ist in diesem Punkte doch sehr zurückhaltend geworden. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Wenn wir das sehen, so möchten wir uns darüber freuen, daß Deutschland nicht weiter in eine Schuldenlast hineinkommt, die wir nachher dann tragen müssen. Wir müssen die Suppe dann ausbaden. Nicht nur die Sozialdemokratische Partei wird sich dann drücken, sondern dann drückt sich alles. Dann werden wir einspringen müssen. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten. — Lachen bei den übrigen Parteien.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch besonders auf die Steinindustrie hinweisen. Hier sitzt ein Vertreter der Sozialdemokratie, der in den Gewerkschaften im Oberbergischen führend ist. Er ist auch führend in der Sozialdemokratischen Partei des Rheinlandes. Trotzdem wissen wir, daß der weitaus größte Bedarf an Straßendeckung und an Bepflasterung der Straßen durch ausländisches Material gedeckt worden ist. (Abgeordneter Haake: Hört, hört!) Dieser Vertreter weiß von der ungeheuren Not der Arbeiter, er weiß, daß dort im Oberbergischen und im Mayener Gebiet ein seßhafter, guter Arbeiterstand lebt, ein Volk, das fleißig und arbeitswillig ist. Es wird aber nichts getan. Man holt vom Ausland Asphalt herein und bepflastert damit unsere Straßen, und die Leute müssen hungern. (Zuruf von den Nationalsozialisten: Da lachen die Sozialdemokraten wieder! — Antwort des Abgeordneten Marx: Ueber Ihre Dummheit!) — Ja, lieber Freund, solch ein intelligentes Gesicht wie Sie kann ja nicht jeder haben, und so einen schönen Bart auch nicht. — (Zuruf des Abgeordneten Haake: Die Sozialdemokratie lacht über die Not im Oberbergischen! — Glocke des Vorsitzenden.)

Meine Damen und Herren! Genau so geht es mit den Bauern. Man bedenke nur, daß die kleinen Bauern heute bei fleißigster Tätigkeit, was statistisch nach-

gewiesen ist, einen Stundenlohn von 15 bis 20 Pfennig haben. (Abgeordneter Haake: Hört, hört!) Dafür schufteten die Menschen mit Frau und Kind und plagten sich Tag und Nacht. Die Sonne ist kaum auf, so sind sie bei der Arbeit, und dann bis in die Nacht hinein, für 15 und 20 Pfennig. (Zurufe von den Nationalsozialisten.)

Wir freuen uns auch hier, daß die Landwirtschaftskammer im Rheinland erkannt hat, daß die Subventionen vom Staate nicht der Weg sind, um den Bauern zu helfen. Wir freuen uns darüber, daß dort ein Mann steht, der erkannt hat, daß nicht Schuldenwirtschaft Leistungen bringt, sondern daß eben gesorgt werden muß, daß der Bauer von dieser gewaltigen Zinsenlast frei wird. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Meine Damen und Herren! Wir sehen, daß Ihr Herr Minister Steiger in Preußen dem Präsidenten der Kammer den Vorwurf gemacht hat: weshalb denn das Rheinland die Subventionen nicht nehme; dem rheinischen Bauer gehe es doch scheinbar außerordentlich gut. Heute kann dieser Mann dem Minister vom Zentrum sagen: Herr Minister, schauen Sie an. Die andern gehen unter der Zinsenlast zugrunde, meine Bauern nicht. (Zuruf von den Nationalsozialisten: Bitte schön!)

Meine Damen und Herren! Ueber die Arbeitslosigkeit möchte ich auch ein kurzes Wort sagen. Es hat ja keinen Wert, hier darüber zu reden, wie man innerhalb dieses Systems den Arbeitslosen helfen kann. (Unruhe.) Dieses System wird ununterbrochen weitere Opfer auf diesem Arbeitslosenmarkt, diesem Sklavenmarkt haben. Das gehört eben dazu. Es müssen vor den Fabrikatoren tausende Menschen stehen, die darauf warten, daß andere hinausfliegen, damit sie deren Platz einnehmen. Deutschland ist heute ein Sklavenvolk durch die Erfüllungspolitik geworden. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Meine Damen und Herren! Sie haben uns beim Youngplan vorgeworfen, wir trieben eine unwahrhafte Hebe mit dem Wort „Menschenexport“. Das ist alles nicht wahr, sagten Sie. Als ich im preussischen Landtag darüber redete und dem Herrn Wohlfahrtsminister sagte: „Herr Minister, im Westen unseres Preußens werden bereits die Arbeitslosen zwangsweise nach Frankreich überführt“ (Abgeordneter Haake: Hört, hört!), da sagte er einige Wochen nachher: „Was der Abgeordnete gesagt hat, ist in allen Punkten nicht wahr.“ (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Daraufhin legte ich das Material vor, das wir hatten. Es stellte sich dabei heraus, daß das Arbeitsamt Kreuznach 11 Arbeitslosen acht Wochen die Unterstützung verweigert hat, weil sie sich weigerten, in die Gruben Lothringens transportiert zu werden. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Es stellte sich heraus, daß ein Beamter des Arbeitsamtes Kreuznach diesen Arbeitslosen bereits die Fahrkarte gelöst hatte. Die Leute sagten: „Nein, nach Frankreich gehen wir nicht; wir

wollen wissen, wohin wir geführt werden. In Deutschland wollen wir arbeiten, aber in Frankreich nicht." Das Arbeitsamt Trier hat in zwei weiteren Fällen den Arbeitslosen nicht nur auf acht Wochen die Unterstützung versagt, sondern für eine weit größere Zeit. Wir sehen, daß man in dem Fall Zell 20 Arbeitslose einfach hat zwingen wollen, exportiert zu werden, indem man ihnen die Unterstützung versagte. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Als ich das dem Herrn Minister überreichte, da wurde er rot und sagte: „Bei Gott, das ist ja scheinbar wahr, davon weiß ich nichts.“ (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Ich habe ihm gesagt: „Herr Minister, dann scheint es in Ihrem Ministerium sehr gut auszusehen, wenn Sie das nicht einmal wissen.“ (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Den Menschenexport braucht man nicht vorzusagen, sondern er ist tatsächlich da. Meine Damen und Herren! Der Menschenexport ist heute vorhanden, zu prophezeien brauchen wir ihn nicht. Die besten werden transportiert. Jetzt habe ich einen Fall gehabt, wo ein Arbeiter aus Lothringen nach Mittelfrankreich und dann nach Südfrankreich kam; schließlich landete er wie hunderte und tausende dieser armen Menschen in der Legion Frankreichs in Afrika. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Das ist die Methode der Anwerbung deutscher Menschen für die französische Fremdenlegion, die Folge unserer Not!

Meine Damen und Herren! Es wurde dann gestern versucht, Ost und West gegeneinander auszuspielen. Solche kleinen politischen Mäxchen machen wir nicht mit. Es wurde hier appelliert an das Rheinland, an das Lokale. Immer wurde gesagt: Der Osten bekommt mehr. Das verbrämte auch nicht die Lebensart, die man hören konnte: Schicksalsgemeinschaft. Nein, meine Damen und Herren, darauf fallen wir Nationalsozialisten nicht herein. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Versteckter Separatismus!) Jawohl, das war es, was auch über Berlin gesagt wurde. Was da gezeigt wurde, ist sicherlich richtig. Es wurde aber nicht gesagt, daß dieses ehemals preussische Berlin durch den jüdisch-galizischen Geist kaputt gemacht wurde, daß das Zentrum, dieses fromme Zentrum, zuschaut, wie auf einmal eine antichristliche Propaganda gemacht wird. Meine Damen und Herren! Das müssen wir schon als Heuchelei bezeichnen. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Ausgerechnet der Herr Landeshauptmann, der von der Zentrumsparterie ist, nahm das Wort „Separatismus“ in den Mund. Ein Zentrumsmann sollte mit dem Wort „Separatismus“ sehr vorsichtig sein. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Es nimmt sich in dem Munde des Zentrums sehr eigenartig aus. (Pfiu-Muse in der Mitte.)

Meine Damen und Herren! Wir sehen, wie im Laufe dieses ganzen Systems eine Gemeinde nach der anderen, ein Land nach dem anderen zwangsläufig

zusammenbrechen muß. Das halten Sie nicht aus, solange Sie nicht einen absolut radikalen Kurswechsel vornehmen. Aber das können Sie nicht mehr, das ist Ihnen versagt. Sie haben sich verrannt in etwas Altes, Morsches, was fallen muß. Das halten Sie nicht mehr aus. Man sagt von uns, wir wären staatsfeindlich. Gewiß nicht, meine Damen und Herren. (Zurufe von den Kommunisten.) Wenn dieser Staat der wirkliche Volksstaat wäre, der im Jahre 1918 proklamiert worden ist, dann wären wir wahrscheinlich die fanatischsten Verteidiger dieses Staates. (Abgeordneter Haake: Sehr richtig!) Es geht uns nicht um äußere Formen, um Republik oder Monarchie. Das sind lächerliche äußere Dinge, die nichts mit einem Volksstaat zu tun haben. Es geht uns aber darum, daß Deutschland, daß das deutsche Volk nicht unter diesem System verenden muß. Deshalb rühren wir keinen Finger, um diesen Staat zu halten; er läuft sich selbst tot und muß zwangsläufig fallen. Sie, meine Herren Sozialdemokraten und Demokraten und alle anderen, Sie stützen Ihren eigenen Staat nicht. Sie unterhöhlen ihn, Sie machen alles kaputt; was Sie ehemals gelobt haben, entziehen Sie dem Volk und unter der Maske einer Scheindemokratie richten Sie auf die absolute Despotie des Geldsacks und weiter nichts. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten. — Zuruf von den Sozialdemokraten: In Thüringen!) In Thüringen hat der Dr. Fricke gesiegt. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Der sorgt für seine Pension!) Herr Sebering, der ehemals auf stolzem Rosse gegen Weimar ritt, der in großen Tönen gesagt hat: „Wir werden Sieger bleiben, wir entziehen Ihnen rücksichtslos die Gelder“, er ist heute ein kleiner Abgeordneter, und Fricke ist Staatsminister von Thüringen. (Zuruf des Abgeordneten Marx: Bis er pensioniert ist! — Unruhe.)

Meine Damen und Herren! So sehen wir heute eine gewaltige Welle durch unser Volk gehen. Selbst hier im Rheinland, das wohl das schwierigste Gebiet ist, geht heute ein Erwachen durch unser Volk. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Der Herr Minister in Preußen sagte einmal: „Nicht die kommunistische Partei ist heute noch eine Gefahr; das sind die letzten Krampfzuckungen, weiter nichts. Die Gefahr, das sind die Nationalsozialisten.“ (Hört, hört-Muse.) Jawohl, das sind sie. Sie wissen, daß das deutsche Volk gerettet werden muß und daß nur, wenn das deutsche Volk gerettet ist, auch das rheinische Volk eine Gesundung durchmachen wird. Deutschland wird leben, aber dieses System muß dann fallen, sterben, vernichtet werden! (Bravo-Muse und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten. — Zuruf des Abgeordneten Dr. Dighans: Was haben Sie denn zum Etat gesagt? — Lebhaftige Zurufe, Unruhe. — Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete von Stedman. (Fortgesetzte Zurufe zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Ich bitte Ruhe zu halten. Das Wort hat der Herr Abgeordnete von Stedman. (Zuruf des Abgeordneten Haake zum Abgeordneten von Stedman: Sie haben unsere Erlaubnis zu sprechen! So sind wir!)

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! Wenn ich den Auftrag seitens meiner Fraktion habe, zu der Lage der Landwirtschaft zu sprechen, so kann ich anknüpfen an das, was ich im vorigen Jahr über die Lage, oder man muß wohl besser sagen über die Notlage der Landwirtschaft namens der Arbeitsgemeinschaft ausführen durfte. Damals stand, ebenso wie in den Vorjahren, die Frage im Vordergrund, ob der Landwirtschaft mit Unterstützungen, kleinen Mitteln, Krediten usw. geholfen werden kann. Ich darf feststellen, daß der Rheinische Provinziallandtag im vorigen Jahre die erste Körperschaft war, in welcher von allen Parteien unumwunden anerkannt wurde, daß die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichten.

Zu meiner Freude kann ich weiter feststellen, daß die von meinen Freunden seit Jahren vertretenen Ansichten allmählich mehr und mehr auch in den anderen politischen Parteien Fuß gefaßt haben und daß man jetzt endlich in diesen Parteien bereit ist, unseren seit Jahren gemachten Vorschlägen zu folgen. Bedauerlich ist, daß man es trotz der warnenden Stimmen so weit hat kommen lassen!

Wenn man den Etat der landwirtschaftlichen Angelegenheiten der Provinz betrachtet, so muß man, wie ich dies schon mehrfach hier getan habe, den Etat der Landwirtschaftskammer zum Vergleich heranziehen. Da muß ich nun feststellen, daß die Staatsbeihilfen für die rheinische Landwirtschaft, soweit sie über die Kammer fließen, in diesem Jahre um rund 38 000 RM niedriger sind als im Vorjahre und daß auch die Zuschüsse der Provinz um rund 5000 RM geringer sind als 1929.

Der Wille zum Sparen kommt also gerade bei dem Berufsstand zum Ausdruck, dem es anerkanntermaßen am schlechtesten geht. Man wird es daher verstehen, wenn meine Freunde die Ausdehnung der Sparsamkeit durch rücksichtslose Ausgabenreduzierung auch bei allen anderen Etatspositionen fordern.

Die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft hat sich in der Stellung von Anträgen die größte Zurückhaltung auferlegt. Maßgebend hierfür waren zwei Gründe. Wir wollen unter allen Umständen vermeiden, daß in Auswirkung irgendwelcher Anträge neue finanzielle Belastungen der Provinz entstehen. Wir haben aber auch Anträge vermieden, deren Erledigung nicht zur Zuständigkeit des Provinziallandtages gehört. Den bereits öfters betonten Grundsatz, daß der Provinziallandtag um so sachlicher verhandeln kann, je mehr er sich auf seinen eigentlichen Wirkungskreis beschränkt, möchten wir erneut betonen.

Zur Lage der Landwirtschaft liegt uns eine Entschliebung der Zentrumsfraktion vor. Bei Durch-

beratung derselben haben meine Freunde zum Ausdruck gebracht, daß uns der vorgelegte Wortlaut und auch der Inhalt nicht voll befriedigt. Wir sehen in dieser Entschliebung mancherlei Lücken. Es fehlt uns der Gedanke, daß die Zölle auf Getreidewirtschaft und Viehproduktion abgestimmt sein müssen. Der Zollschatz ist nur dann ausreichend, wenn z. B. bei Festsetzung der Getreidezölle berücksichtigt ist, daß nicht durch Erfaß und Austausch innerhalb der verschiedenen Arten eine Lücke entsteht. — Für notwendig halten wir, daß die Meistbegünstigung aus unseren Handelsverträgen verschwindet. Gerade die Meistbegünstigungsklausel bringt uns auf dem Wege über Zollbindungen bei Ländern, deren Einfuhr uns nicht schädigen würde, die gewaltige Einfuhr der großen Ueberschußländer zu ungünstigen Zollsätzen. (Abgeordneter Schroer: Sehr richtig!)

Die uns vorgelegte Entschliebung bringt zwar in Kürze den Wunsch zum Ausdruck, unsere rheinischen Spezialkulturen mehr als bisher zu schützen. Wir haben aber den dringenden Wunsch, daß dieser Gedanke stärker betont und durch positive Vorschläge weiter ausgeführt wird. Dazu wird in der Kommission Gelegenheit sein. Bezüglich des Weinbaues haben meine Freunde und ich eine besondere Entschliebung vorgelegt, welche dem Hause gedruckt vorliegt. Keinen Zweifel aber möchten wir darüber lassen, daß mit Zöllen allein die Notlage der Landwirtschaft nicht behoben werden kann. Wir wünschen daher, daß das schöne Wort „Totalität“ aus dem Zentrumsantrag ergänzt und erläutert wird. Zu der umfassenden Hilfe gehören besonders Senkung der Realsteuern, Senkung des Zinsfußes für die Kredite soweit, daß dieser der Bodenrente angepaßt wird.

Meine Freunde möchten die Lage der Landwirtschaft behandelt wissen unter dem Motto: „Schutz der nationalen Produktion.“ (Abgeordneter Schroer: Sehr richtig!) Als eine Selbstverständlichkeit betrachten wir dabei die Pflicht der Landwirtschaft, ihrerseits an den Aufgaben der Selbsthilfe tatkräftig mitzuarbeiten. Dazu gehört die Standardisierung, der Ausbau der Absatzorganisationen usw.

Damit komme ich auf die Ausführungen des Etatsredners der SPD. Die SPD. verlangte eine Umstellung der Produktion und Produktionspolitik und forderte Steigerung der Produktion. Meine Herren! Demgegenüber muß ich feststellen: Wer dem Rufe der letzten Jahre gefolgt ist und seine Produktion gesteigert hat, der hat sich auch in Schulden gestürzt. (Abgeordneter Schroer: Sehr richtig!) Es gibt und gab genug Landwirte, welche aus Idealismus und in Produktionsfreudigkeit z. B. Frühgemüsebau und Geflügelfarmen oder was es sonst geben mag als neue Betriebe aufgenommen haben. Eine gewaltige Steigerung der innerdeutschen Erzeugnisse auf diesen Gebieten ist auch erfolgt — aber mit Krediten, die zurückgezahlt werden müssen. Sie ist auch erfolgt in der Annahme und

Öffnung, daß diese Erzeugnisse vor der ausländischen Konkurrenz geschützt werden würden. Die Steigerung der Produktion ist erfolgt zugunsten der Verbraucher, aber unter Verschuldung der Erzeuger. (Sehr richtig! in der Mitte.) Meine Damen und Herren! Produktionssteigerung bedeutet Intensivierung, und Intensivierung kostet Geld. Bitte, meine Herren von der Sozialdemokratischen Partei, fragen Sie einmal die Landwirte, welche intensiviert haben, ob sie dabei auf ihre Kosten gekommen sind. Sie werden nur eine Stimme hören: Wir erzeugen zwar mehr, aber wir sind mit unseren Betrieben bis über die Ohren verschuldet! (Abgeordneter Schroer: Sehr richtig!) Keinem anderen Berufsstand wird zugemutet, unter den Gestehungspreisen zu verkaufen, damit die Allgemeinheit billig leben kann. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ihr kriegt ja jetzt Eure Bälle, seid nur zufrieden!) Der Redner der Sozialdemokratischen Partei forderte dann weiter die Umstellung der Getreidewirtschaften des Ostens. Dem stellen wir aber den Wunsch gegenüber, das ganze deutsche Volk vom Ertrage der eigenen Scholle zu ernähren. (Abgeordneter Schroer: Sehr richtig! — Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das stimmt nicht!) Einen schlechten Dienst hat der Redner der SPD. den Arbeitern des Ostens geleistet. Wenn der Osten von der Getreidewirtschaft auf etwas anderes umgestellt werden soll, wenn die Kornkammer des Deutschen Reiches verschwinden soll, dann gibt es meiner Ansicht nach nur eine Umstellung auf die Waldwirtschaft. Wenn aber der Osten auf Waldwirtschaft umgestellt wird, dann verschwindet der kleine Bauer und der Arbeiter. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Und der Großbauer verdient noch wie?)

Eins hat mich bei den Ausführungen des Vertreters der SPD. gefreut: er hat den Vorsitzenden der Kammer, den wir ja bekanntlich sehr hoch schätzen, auch seinerseits als Persönlichkeit einmal anerkannt. Er hat nur angegriffen, daß der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer den Staat ablehne. Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Freiherr von Vöningk lehnt nicht den Staat ab, sondern nur den roten Staat. (Zurufe von den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Marx. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Jetzt kommt der Repräsentant des roten Staates.)

Abgeordneter Marx: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Ley — schade, daß er nicht hier im Saale ist — hat vorhin hier einen wirklichen Tanz aufgeführt. Man muß sich fragen: Wie ist so etwas bei einem Abgeordneten möglich, der im preussischen Landtag sitzt. Ich will auf Einzelheiten seiner Ausführungen nicht eingehen, weil sie in der Tat aus den Fingern gesogen sind und ein ganz schiefes Bild der Verhältnisse darstellen. Als Abgeordneter des preussischen Landtages hat er sich über den preussischen Wohlfahrtsminister, den ich allerdings nicht zu ver-

teidigen brauche, lustig gemacht, indem er dessen Worte anführte: „Ja, davon weiß ich nichts.“ Als preussischer Abgeordneter muß er doch wissen, daß der preussische Wohlfahrtsminister mit der Arbeitslosenversicherung seit dem Jahre 1928 nichts mehr zu tun hat. Herr Abgeordneter Ley war allerdings zu dieser Zeit noch nicht im preussischen Landtag. (Sehr richtig! in der Mitte.) Auch sollte er als Abgeordneter wissen, daß ein Arbeitsloser, der eine Arbeit verweigert, nicht auf acht Wochen aus der Unterstützung entfernt werden kann, sondern die höchstzulässige Dauer beträgt vier Wochen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Wer glaubt Ihnen das?) Er sagt ausdrücklich, in dem Trierer Gebiet sei diese Frist von acht Wochen noch um ein Vielfaches überschritten worden. Das ist nicht richtig. Es wäre schon richtiger gewesen, wenn Herr Abgeordneter Ley uns die speziellen Fälle hier mit Tag und Datum mitgeteilt hätte, damit wir die Sache auf den Grund hätten gehen können. Auch trifft die Darstellung nicht zu, die er in bezug auf den Rücktritt meiner Parteifreunde aus der Reichsregierung gemacht hat. Ich wollte gerade Herrn Abgeordneten Ley einmal hören, wenn meine Parteifreunde in der Reichsregierung dem Wunsche der bürgerlichen Parteien Rechnung getragen, und die Steuern, sowie die Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherungen geschluckt hätten und in der Reichsregierung geblieben wären. Es gibt eine Grenze, die nicht überschritten werden kann, will die Sozialdemokratie sich nicht selbst aufgeben.

Das zu den Ausführungen des Abgeordneten Ley. Die Zeit ist wirklich zu schade, sich noch länger mit diesen Ausführungen zu beschäftigen. Wenn der Landtag in seiner Gesamtheit von solchen Herren besetzt wäre, dann wären wir allerdings längst am Ende mit unserem ganzen Parlamentarismus. Das möchte ich ausdrücklich festgestellt haben.

Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat gestern in seinem Bericht folgendes gesagt: „Aus dem Niedergang der privaten Wirtschaft hat die öffentliche Wirtschaft ihre Folgerungen zu ziehen.“ Wenn er das generell gemeint hat, so können wir ihm leider nicht folgen. Wohl folgen wir ihm, wenn er Sparmaßnahmen und sorgfältige Wirtschaft innerhalb der Verwaltung damit gemeint hat. Der Herr Landeshauptmann glaubt nun damit sparen zu sollen, daß er bei der jetzigen Umlage verbleibt und notwendige Ausgaben vermeidet. Meine Damen und Herren! So geht es jetzt Jahr für Jahr. Wenn der Herr Landeshauptmann glaubt, bei der jetzigen und seit Jahren beobachteten Finanzgebarung aus den augenblicklichen Schulden herauszukommen, dann darf ich wohl sagen, daß er mit diesem Glauben allein auf weiter Flur steht. Wir haben 81 Millionen Schulden, und es werden weitere Millionen in Form von Anleihen hinzukommen. So geht es auf keinen Fall weiter, es sei denn, daß wir ganz erhebliche Abstriche bei den

einzelnen Haushaltsplänen machen und die der Provinz obliegenden Aufgaben gewaltig vernachlässigen. Ob in Reich, Staat, Provinz oder Kommune, überall hört man: Sparmaßnahmen! Auch wir sind für eine sparsame Verwaltung, aber nicht für ein Sparen am verkehrten Ende, bei dem schließlich das Gegenteil dessen herauskommt, was wir tun wollen. Ueber das Wie und Wo der Einsparungen gehen bekanntlich die Meinungen sehr weit auseinander. Wir sind z. B. nicht der Ansicht, daß an der Instandhaltung der Straßen, Immobilien usw. in irgendeiner Form gespart werden kann, weil dann nach kurzer Zeit die doppelte und vielfache Summe für Instandsetzungen aufgewendet werden müßte. Auch müssen wir uns entschieden gegen jedwede Lohn- und sonstige Arbeitsverschlechterungen zur Wehr setzen, sind wir doch der Ansicht, daß der Wiederaufstieg nicht zuletzt dadurch möglich sein wird, wenn eine erhöhte und vermehrte Kaufkraft vorhanden ist, wodurch dann gleichzeitig die Produktion vermehrt und die Erzeugnisse auch abgesetzt werden können. Das ist heute, wo Millionen Menschen bei niedrigen Löhnen oder von ihrer kargen Unterstützung leben müssen, eine glatte Unmöglichkeit. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Das seid Ihr doch schuld! Wer denn sonst?) — Ich habe Sie schon vermisst. — (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Das glaube ich, ich bin aber jetzt da!)

Auch müssen wir uns darüber klar sein, daß die jetzt beliebte Sparerei nicht jahrelang geübt werden kann, es sei denn, daß wir gewillt wären, immer mehr und mehr Existenzen zu vernichten. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Warum habt Ihr denn nicht schon längst abgebaut? Fangt doch oben an! — Zuruf des Abgeordneten Kolaf: Die Pension des Ministers Fried bauen wir ab! — Fortgesetzte Zurufe und Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Farres: Ich bitte um Ruhe.

Abgeordneter Marx fortgehend: Ausgerechnet die Nationalsozialisten machen uns den Vorwurf (Zurufe von den Nationalsozialisten und große Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Farres: Ich bitte um Ruhe.

Abgeordneter Marx fortgehend: Ausgerechnet die Nationalsozialisten, die in den ersten 24 Stunden der Ministerherrlichkeit ihres Fried das getan haben, was wir verurteilen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Wo?) Sie fragen wo? (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Wer denn und wie denn? — Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Fried in Thüringen! — Weiterer Zuruf des Abgeordneten Haake: Ihr werdet auch von uns noch einmal abgebaut!)

Ich möchte feststellen, daß jährlich für annähernd 9 Milliarden Mark Aufträge aller Art durch die Behörden vergeben werden, davon allein über 5 Milliarden von den Kommunen. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Wenn ich eben auf die verkehrte Sparpolitik

hingewiesen habe, so will ich jetzt sagen: Wenn von diesen annähernd 9 Milliarden RM Aufträgen, die die öffentlichen Behörden vergeben, nur $\frac{1}{4}$ — und das kommt bei der jetzigen Sparmethode in Reich, Staat, Provinz und Kommune ganz sicher heraus, wenn nicht noch mehr — davon ausfällt, so wird kein Mensch abstreiten können, daß dadurch, wenn über 3 Milliarden Mark Aufträge von den Behörden ausfallen, eine große Zahl Handwerksmeister, Gesellen und Arbeiter wiederum brotlos werden. Schon jetzt macht sich diese Spar-samkeitspolitik in einzelnen Kommunalverwaltungen erheblich bemerkbar. Gerade diejenigen Kreise, die seit langer, langer Zeit nach diesem Sparen gerufen und gewaltsam die Ausgaben gedrosselt haben, haben nicht vorausgesehen, daß ein großer Teil ihrer eigenen Gesinnungsfreunde ganz gewaltig dadurch geschädigt werden. Es steht fest, daß heute in den Großstädten, in denen diese Sparpolitik getrieben worden ist und getrieben wird, Handwerksmeister, die vor 3 oder 4 Monaten noch 10, 12 bis 18 Gesellen hatten, heute nur noch mit 2 Lehrlingen arbeiten. (Zuruf: Halten Sie jetzt eine Mittelstandsrede? — Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Ein Klassenkämpfer ist das!) Herr Abgeordneter Ley, ich erwähne eben die verkehrte Sparpolitik derjenigen Kreise, die fortgesetzt daran sind (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Klassenkämpfer!), die einzelnen Stats im Reiche, im Staate, in der Provinz und in der Kommune gewaltsam zu droffeln (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Das können Sie ja nicht! Sie droffeln, daß das ganze Volk arbeitslos wird! — Zuruf des Abgeordneten Haake: Sie sind doch nur ein Gewerkschaftsbonze! Wir verstehen mehr davon als Ihr!) Von politischen Akrobaten kann man allerdings nicht verlangen, daß sie dies verstehen! (Zuruf von den Nationalsozialisten: Sie glauben, das könnte nur ein Gewerkschaftsbonze, da sind Sie auf dem Holzwege!)

Vorsitzender Dr. Farres: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Marx (fortgehend): Sollen wir, meine Damen und Herren, das Heer der Arbeitslosen durch diese verkehrte Sparpolitik vermehren helfen? Das können Sie von uns nicht verlangen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Die drei Millionen Arbeitslose sind doch nicht erst seit gestern da!) Dieses Heer der Arbeitslosen wird selbst von der Verwaltung auf über 300 000 in der Rheinprovinz angegeben. Infolgedessen sollten wir für vermehrte Arbeits-gelegenheit Sorge tragen. Wir stimmen daher den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns zu, wenn er sagt: Es ist unmöglich, die fast völlige Einstellung der produktiven Erwerbslosenfürsorge beizubehalten. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Es ist geradezu ein Skandal, wenn innerhalb der Rhein-provinz von über 300 000 arbeitslosen Menschen, von denen sich ungefähr 250 000 in Unterfertigung befinden, sage und schreibe nur 1887 in der produktiven Erwerbs-losenfürsorge beschäftigt werden. Das ist ein Skandal.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Sicher ist das ein Skandal! Wer ist denn Wiffell?) Wer hat denn, mein lieber Herr Abgeordneter Ley, versagt? Das sind direkt und indirekt Ihre Parteifreunde. (Lachen bei den Nationalsozialisten. — Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Ein schöner Witz! Das war ein Karnevalswitz!) Sind nicht die Deutschnationalen Ihre Freunde (Zuruf von den Nationalsozialisten: Quatsch!), werden nicht die Nationalsozialisten finanziell von ihnen und dem rechten Flügel der Volkspartei unterstützt? (Fortgesetzte Zurufe und große Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte jetzt zum letztenmal, diese ständigen Zwischenrufe zu unterlassen. Diejenigen, die sich an meine Anordnungen nicht halten, werde ich zur Ordnung rufen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Wir sind doch in einem Parlament!) — In einem Parlament, wo man parlamentarisch verhandelt. — (Zuruf des Abgeordneten Haake: Wir haben uns nur unterhalten, wie es in einem Parlament üblich sein sollte!) Hier ist kein Ort zur Unterhaltung, sondern der Herr Abgeordnete Marx hat das Wort.

Abgeordneter Marx (fortfahrend): Allein mit dieser Feststellung darf es nicht getan sein. (Zuruf von den Nationalsozialisten: Wir müssen das Maul halten!) Der Rheinische Provinziallandtag sowie die Provinzialverwaltung müssen der Reichsregierung mit aller Deutlichkeit sagen, daß bedeutend mehr Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt werden müssen. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!)

Ein möchte ich, Herr Landeshauptmann, nicht unwidersprochen lassen. Sie sagten gestern in Ihrer Rede: „Mögen auch 10 Prozent ihre Unterstützung zu Unrecht beziehen“ (Zuruf von den Sozialdemokraten: Unerhört! — Zuruf des Landeshauptmanns Dr. Horion: Das habe ich nicht gesagt!) — Jawohl, das steht in Ihrem Manuskript — „so bleiben aber immer noch 200 000 Menschen übrig, die mit ihren Familien das bittere Brot der Arbeitslosenunterstützung essen.“ Herr Landeshauptmann, wie kommen Sie zu einer solchen Annahme? Sie trifft keineswegs zu. (Zuruf des Landeshauptmanns Dr. Horion: Das habe ich nicht gesagt!) Wenn sich jemand zu Unrecht in der Erwerbslosenunterstützung befindet, dann kann er nur mit Hilfe der Arbeitgeber hineingekommen sein; denn heute sind die Feststellungen und die Sicherungen so groß, daß es gänzlich ausgeschlossen ist (Zuruf des Abgeordneten Riegel: Das hat Wiffell schon gekonnt!), daß ein Arbeitsloser zu Unrecht in die Unterstützung hineinkommen kann.

Landeshauptmann Dr. Horion: (Uebergibt dem Abgeordneten Marx den Text seiner Rede.) Hier haben Sie meinen Text. Wollen Sie vorlesen?

Abgeordneter Marx (fortfahrend): „Mögen auch 10 Prozent — das ist aber sicherlich hoch gegriffen —

abzuziehen sein, die die Unterstützung zu Unrecht beziehen“ (Zuruf des Landeshauptmanns Dr. Horion: Weiter!) „oder trotz Arbeitslosigkeit keine Not leiden. (Zuruf des Landeshauptmanns Dr. Horion: Das ist das Wesentliche! Das ist die Zahl, die dazu kommt, weil wir doch keine Bedürftigkeitsprüfung haben!) Herr Landeshauptmann, Sie berufen sich darauf, daß wir augenblicklich keine Bedürftigkeitsprüfung haben. Wenn wir diese Prüfung nicht mehr haben, dann kann auch nach den gesetzlichen Bestimmungen niemand zu Unrecht in die Fürsorge aufgenommen werden. (Zuruf des Landeshauptmanns Dr. Horion: Aber ohne daß er bedürftig ist!) Das kann er nur bei der Krisenunterstützung, wo heute noch die Bedürftigkeitsfrage zu prüfen ist. (Zuruf des Abgeordneten Riegel: Sie führen ja nur eine Entlastungsoffensive für Wiffell! — Zurufe bei den Nationalsozialisten.) Ich habe bereits gesagt, daß diese Zahl nicht zutreffend sein dürfte.

Von allen Rednern ist über die Not der Landwirtschaft gesprochen worden. Es ist schon richtig, daß sich die rheinische Landwirtschaft mindestens in derselben Notlage befindet wie die im Osten. Ja, ich behaupte, unsere Bauern und Landwirte in der Eifel, im Hunsrück, und im Westerwald leiden zum großen Teil eine noch größere Not als ihre Herren Kollegen aus dem Osten. Auch wir sind bereit — ich brauche das nicht ausdrücklich zu betonen —, alles zu tun, um die Not lindern zu helfen. (Zurufe von den Nationalsozialisten.) Wenn wir aber unsere Bereitschaft erklären (Zuruf von den Kommunisten.), den notleidenden Bauern und den Winzern zu helfen, dann müssen wir aber auch die Gewähr dafür haben, daß die zur Verfügung gestellten Gelder auch restlos denen zugute kommen, die sich in wirklicher Notlage befinden. (Zuruf von den Nationalsozialisten: Dann darf man aber keine Sozialdemokraten verteilen lassen!) — Das überlassen wir Ihnen. Sie können ja besser verteilen! — Soweit die Summen direkt durch die Provinzialverwaltung zur Verwendung gelangen, glauben wir die Gewähr dafür zu haben. Wir glauben aber nicht die Gewähr dafür zu haben bei denjenigen Summen, die direkt der Landwirtschaftskammer zur eigenen Verfügung gestellt werden. Ich sehe mich veranlaßt, dies hier offen auszusprechen. Es handelt sich hier um eine Summe, von ungefähr 1½ Millionen RM, die direkt der Landwirtschaftskammer zur Verfügung gestellt wird. Einer Kammer mit einer solchen Leitung (Zuruf von den Nationalsozialisten: ist gut!), mit einem solchen Präsidenten können wir kein Vertrauen entgegenbringen. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig! — Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Sklaverei!) Erinnert sei neben anderem nicht minder haarsträubenden Vorkommnissen an die geradezu unglaublichen Vorkommnisse bei der Saatkartoffelstelle. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Gerichtsurteil! — Zuruf von den Nationalsozialisten: Gerlach, 18 000 Mark!) Der vierte Zivilsenat zu Bonn hat die Landwirtschaftskammer in einem Fall verurteilt,

wo die Saatkartoffelstelle dieser Kammer einem Landwirt angeblich anerkanntes Saatgut verkauft hat, obschon es ein Gemisch von den verschiedensten Sorten Kartoffeln war. Der Senat erklärte: Dem Kläger sind statt „Saatkartoffeln, anerkanntes Saatgut, holländische Erstlinge“ ein Sortengemisch geliefert worden, was selbst als Speisefkartoffeln minderwertig war. (Zuruf von den Nationalsozialisten: Was verstehtst Du von Ackerbau und Viehzucht!) In dem Urteil heißt es weiter: Die Kammer hat eine Ware, die als nicht amtlich anerkannt von ihr gekauft worden ist, als amtlich anerkannte Saat weiter verkauft. (Abgeordneter Gerlach: Hört, hört!) Weiter heißt es in dem Urteil: Die Saatkartoffelstelle hat grob fahrlässig gehandelt. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Alle Gründe sprechen gegen sie und sie wird zum vollen Schadenersatz verurteilt.

Das ist aber nicht der einzige Fall. (Zuruf des Abgeordneten Ley.) Ich nehme an, daß Sie (zum Abgeordneten Dr. Ley) in Ihrer Eigenschaft als Abgeordneter des Preussischen Landtages wissen, daß neben dieser bereits erledigten Klage weitere Klagen gegen die Saatkartoffelstelle der rheinischen Landwirtschaftskammer angestrengt worden sind. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Wissen wir ja! — Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Leyy weiß alles! — Weiterer Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Was hat das mit der anderen Sache zu tun? — Glocke des Präsidenten.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Herr Abgeordneter Dr. Ley, ich rufe Sie jetzt zur Ordnung. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Das ist unglaublich! — Zuruf des Abgeordneten Dunder: Tut das denn so weh? — Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Nein, nein!)

Abgeordneter M a r x (fortfahrend): Sie werden es schon der Sozialdemokratie überlassen müssen, darüber zu entscheiden, ob sie der Landwirtschaftskammer, die unter einer solchen Leitung steht, das notwendige Vertrauen entgegenbringen kann. Jahr für Jahr waren wir genötigt, uns mit dieser „muster-gültigen“ Landwirtschaftskammer, insbesondere mit ihrem „hervorragenden“ Präsidenten zu befassen. Wir müssen endlich einmal offen erklären, daß, wenn die rheinische Landwirtschaft nicht einseht, daß es nunmehr allerhöchste Zeit ist, in der rheinischen Landwirtschaftskammer Remedur zu schaffen (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Hilferding wird Präsident!), wir es uns reiflich überlegen werden, so gern und so freudig wir auch der rheinischen notleidenden Landwirtschaft und den notleidenden Winzern helfen wollen, ob wir für die Zukunft noch die Gelder bewilligen, die wir bislang bewilligt haben. (Zuruf von den Nationalsozialisten: Er hat bestimmt kein sozialdemokratisches Parteibuch. — Weiterer Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Mein, das hat er nicht! Ein ordentlicher Kerl ist das!)

Nicht befriedigen uns die Streichungen von Millionen beim Straßenbau und bei der Hochbauverwaltung. Sind doch diese Abteilungen und Ver-

waltungen in der Lage Arbeitslose zu beschäftigen. (Zuruf von den Nationalsozialisten: In welcher Schule haben Sie lesen gelernt? — Antwort des Abgeordneten Kolaf: Halten Sie doch mal Ihren dummen Mund! — Weiterer Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Trink mal ein Gläschen Schnaps!)

Auch befriedigt uns nicht die Förderung des Kleinwohnungsbaues. Wir sollen uns dessen bewußt sein, daß gerade durch den Wohnungsbau das Baugewerbe und somit die Wirtschaft im allgemeinen belebt wird. Weil wir mit den eingesehten Summen der Verwaltung nicht einverstanden sind, haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt, den sie auf Drucksache 51 finden. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Herr Präsident, hier ist ein Besoffener im Saal!) Wir beantragen weitere 100 000 RM als Zinsverbilligungsfonds einzusetzen für Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen für Minderbemittelte auf gemeinnütziger Grundlage. Was die Verwaltung zur Förderung des Wohnungsbaues eingeseht hat, ist nur für kinderreiche Familien vorgesehen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Haben Sie Kinder?) Infolgedessen ist es schon notwendig, daß wir diesen Kreis etwas weiter ziehen, zumal der Wohnungsmarkt in der Rheinprovinz doch seit langer langer Zeit sehr darnieder liegt. Auch haben wir beantragt, daß außer dem von der Landesbank in Aussicht gestellten Betrag von 5 Millionen weitere 15 Millionen zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues zu angemessenem Zinsfuß zur Verfügung gestellt werden. Wenn Sie bereit sind, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen, dann werden Sie nicht umhin können, diesen zufälligen Anträgen zuzustimmen.

Dagegen sind wir nicht für den Betrag, der für Kunst und Wissenschaft ausgeworfen worden ist, sondern wir haben bei diesem Haushaltsplan einen Antrag eingebracht, die Summe von 160 000 Mark auf 100 000 Mark zu reduzieren. Bei einigem guten Willen könnte und müßte das möglich sein, ohne die Erhaltung historisch anerkannter Kulturdenkmäler dadurch zu vernachlässigen.

Meine Damen und Herren! Sparen! (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Ein schweres Wort ist das!) Sparen!, ging es durch alle Reden hindurch. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Ein Landesrat verdient 18 000 Mark!) Ich möchte darauf verweisen, daß man nicht an dem verkehrten Ende sparen soll, weil das Gegenteil dessen eintreten würde, was wir alle wollen. Was uns in der jetzigen Notzeit fehlt, ist ein anderes, aber gerechteres Steuersystem, ein Steuersystem, durch welches die notwendigen Mittel von denen aufgebracht und auch dort geholt werden, die in der Tat dazu in der Lage sind (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley), in der heutigen Notzeit zu zahlen. (Zuruf von den Nationalsozialisten.) Wenn nun einmal gespart werden soll und muß, dann hat auch jeder zu sparen und das zu zahlen, was er zahlen kann, angefangen bei den höchsten Beamten, aber auch bei den Herren Generaldirektoren usw.,

bis herunter zu einer bestimmten Einkommengrenze. (Zuruf von den Nationalsozialisten: Fangen Sie doch bei Silberding an!) — Reden Sie doch kein Blech! — (Zuruf von den Nationalsozialisten: Sie können nichts darauf antworten!) Sie wissen ganz genau (Zuruf von den Nationalsozialisten: daß Sie nichts wissen!), daß die Sozialdemokraten diese Ansicht, nicht allein in der letzten Zeit bei den Finanzjahren im Reichstag vertreten, sondern seit jeher aufgestellt hat. (Zuruf von den Nationalsozialisten: In den Versammlungen habt Ihr die aufgestellt!) Wenn Sie das bestreiten wollen, so tun Sie das wider besseres Wissen. (Zuruf von den Nationalsozialisten: Bei Silberding habt Ihr doch nichts getan!) Da sollen und müssen die Mittel hergeholt werden. Dann sind wir auch in der Lage, in den öffentlichen Körperschaften auf die Dauer die Arbeiten zu vergeben, die vergeben werden müßten, um die Arbeiter und das Handwerk beschäftigen zu können. (Zuruf von den Nationalsozialisten: Sie sprechen immer im Konjunktiv!) Nur dann, meine Herren, wenn alle ohne Ausnahme, gleich welchen Standes und Ranges, gewillt sind, Opfer zu bringen, werden wir die Notzeit meistern und in die Lage versetzt, dieses ungeheure Heer der Arbeitslosen zu vermindern. (Zuruf von den Nationalsozialisten.) Aber das will man nicht, meine Damen und Herren. Gegen ein derartig gerechtes Steuersystem sträubt man sich. Die jetzt beliebte Sparerei — willkürliche Streichungen — ist auf die Dauer nicht durchzuhaltend. Der Herr Landeshauptmann sollte wissen, daß, wenn er in den nächsten Jahren mit einer erhöhten Umlage kommt (Zuruf von den Nationalsozialisten: Vorsicht!), diejenigen Kreise sich wehren, die heute schon auf dem Standpunkt stehen — wie heute morgen von dem Redner der Arbeitsgemeinschaft erklärt wurde —, daß die Umlage zu hoch sei. Der Redner der Arbeitsgemeinschaft erklärte, er glaube nicht und wolle nicht hoffen, daß im nächsten Jahre mit einer erhöhten Umlage zu rechnen sei. Herr Landeshauptmann, diese Kreise werden Ihnen im nächsten Jahr den Haushaltsplan derartig zusammenstreichen (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Die sind im nächsten Jahr nicht mehr hier! — Große Heiterkeit.), wogegen die jetzigen Streichungen nur ein Kinderspiel sein dürften. Sie haben es aus dem Munde der Herren heute morgen schon gehört. Jedenfalls liegen die Dinge so, daß wir im nächsten Jahr genau dieselben Reden und Klagen hören, die wir seit Jahren gehört haben (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Jedenfalls noch ein bißchen radikaler!): Sparen, immer wieder sparen und nichts weiter in Angriff nehmen! Die Arbeitslosigkeit steigt ungeheuer, die öffentliche Wirtschaft ist nicht in der Lage, auch das allernotwendigste auszuführen. Sie wird notgedrungen dieses Heer der Arbeitslosen noch vermehren müssen, wenn wir nicht rechtzeitig dafür sorgen, daß auch ihr die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die unbedingt zum Leben notwendig sind. (Abgeord-

nete Hoffmann: Sehr richtig!) Es geht nicht an, daß nun sämtliche Arbeiten, die bis jetzt von der öffentlichen Wirtschaft ausgeführt wurden, zum Teil gedrosselt und zum andern Teil der Industrie übertragen werden. Nein, meine Herren, so kann es nicht gehen (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley.), zumal wir die Erfahrung gemacht haben, daß diejenigen Arbeiten, die die öffentliche Wirtschaft ausführt, weit geringere Kosten verursachen, als wenn sie an die Privatindustrie vergeben werden. (Zuruf von den Nationalsozialisten: Berliner Verkehrs A.-G.!) Aber es ist Ihr Wunsch und Bestreben, daß alle Arbeiten der öffentlichen Hand entzogen und der privaten Wirtschaft übertragen werden. (Zuruf von den Nationalsozialisten.) Nur so lange Sie sich an einem gerechten Steuersystem, an der gerechten Belastung vorbeidrücken können (Zuruf von den Nationalsozialisten: Silberding!), machen Sie mit. In dem Augenblick aber, wo Sie zahlen sollen, machen Sie nicht mehr mit; dann kommen Sie und versuchen nach allen Regeln der Kunst, die einzelnen Haushaltspläne in der öffentlichen Wirtschaft zu drosseln, unbekümmert darum, ob dadurch weitere Arbeiter und Angestellte brotlos werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Man sieht, daß es doch gut ist, wenn man bei einer Rede den Text dieser Rede so ziemlich vor sich hat; denn dann ist man in der Lage, nachträglich anzugeben, was man in Wirklichkeit gesagt hat, um ein Mißverständnis, das dem Herrn Abgeordneten Marx zweifellos unterlaufen ist, richtig zu stellen. In dem Punkt, den er bemängelt hat, habe ich gesagt, nachdem ich die große Zahl der Arbeitslosen dargelegt habe:

„Man bedenke, welche Summe von Not und Elend in diesen Zahlen eingeschlossen ist. Mögen auch 10 Prozent — das ist sicherlich hoch gegriffen — abgezogen sein, die die Unterstützung zu Unrecht beziehen oder trotz der Arbeitslosigkeit keine Not leiden, dann bleiben immer noch genug übrig.“

Ich habe also ausdrücklich gesagt, daß in den 10 Prozent zwei Klassen zu unterscheiden sind, erstens diejenigen, die die Unterstützung zu Unrecht beziehen — und ich will Ihnen gerne zugeben, daß das der bei weitem kleinere Teil ist —, dann aber auch diejenigen, die trotz der Unterstützung keine Not leiden, weil ja heute die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung von einer Bedürftigkeit nicht abhängig ist. Also auch beispielsweise der junge Mann, der zu Hause bei seinen Eltern wohnt und durchaus auskömmlich leben kann (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das ist ein Rechtsanspruch für Leistungen!), bekommt Arbeitslosenunterstützung, wenn er arbeitslos wird. Ich sagte, daß, wenn ich diese beiden Klassen zusammenstelle, dann vielleicht höchstens 10 Prozent heraus kämen. Ich lehne

es aber durchaus ab, etwa gesagt zu haben, 10 Prozent bezögen die Arbeitslosenunterstützung zu Unrecht.

Wie ich insbesondere zu dieser Frage der unrechtmäßig bezogenen Unterstützung und der vielen Märchen, die darüber in den Zeitungen verbreitet werden, siehe, habe ich im vorigen Jahr dargelegt, indem ich mir mit Erlaubnis des Präsidenten gestatte, das zu verlesen, was ich damals darüber gesagt habe. Ich habe damals gesagt:

„Man kann auch die Bedeutung der Arbeitslosenziffer nicht durch den Hinweis auf Fälle des Mißbrauchs der Arbeitslosenunterstützung abschwächen. Sie sind gewiß vorhanden und haben ihren Grund in Mängeln des Gesetzes und Mängeln der Praxis, die abgestellt werden müssen. Es kommen aber — das muß auch gesagt werden — hier viele Uebertreibungen vor. Ich bin selbst manchen dieser Behauptungen, vor allem solchen, die unter der Hand verbreitet werden, nachgegangen und habe festgestellt, daß viele von ihnen bei genauerem Zusehen in Nichts zerflatterten oder daß die Zahl der Beteiligten weit übertrieben war.“

Das halte ich auch heute noch aufrecht, zumal auch heute diese Erzählungen über alle möglichen Arbeitslosen, die sich in den glänzendsten Verhältnissen befänden, durch die Presse gehen. Auch da wird man feststellen, wenn man den einzelnen Fällen nachgeht, daß es sich hier entweder vielfach um vollständige Erfindungen oder um maßlose Uebertreibungen handelt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Schüler.

Abgeordneter Dr. Schüler: Es ist heute das erste Mal, daß ein Vertreter einer reinen Bauernpartei hier in diesem Hause spricht. In deutscher Notzeit, in Bauernnotzeit geboren, sind wir augenblicklich die kleinste Partei in diesem Hause. Wir Bauern sind allerdings nicht gewöhnt, die Masse und Menge als Maßstab für die Beurteilung einer Sache zu benutzen, sondern den inneren Wert. Trotzdem möchte ich aber heute schon hervorzuheben, daß die Kleinheit gleich wie die Jugend eines Menschen etwas ist, was sich ja bessern kann, und daß auch seinerzeit ein Bebel nur mit Dreien in das Parlament eingezogen ist. Ich möchte ferner noch hervorheben, daß wir im Regierungsbezirk Koblenz die drittstärkste Partei sind.

Wir mußten diese Partei gründen, weil wir — es ist vielleicht ein hartes Wort — von allen Parteien im Stich gelassen worden sind. (Sehr gut! bei der Bauernpartei.) Man hat uns große Versprechungen gemacht. Man hat uns auch von dieser Seite (zur Rechten) immer wieder hervorgehoben, wie sehr man für die Landwirtschaft bemüht und besorgt sei; aber in Wirklichkeit hat keine Partei und keine Stelle es versucht, uns Bauern vor dem Untergang zu schützen. (Sehr gut! bei der Bauernpartei.) Man hat uns Kredite gewährt — das Uebel wurde um so größer. Man hat uns Vorschläge gemacht, wie der dumme

Bauer es doch anfangen müsse, um seine Not zu lindern.

Ich möchte gerade hierbei auf eine kleine Schrift hinweisen, die kürzlich der Vorsitzende der Preussenkasse, Herr Klepper, herausgegeben hat. Ich muß sagen, daß ich selten etwas Törichtereres in dieser Sache gelesen habe als gerade diese Ausführung. (Zuruf des Abgeordneten Ley: Klepper ist ein alter Klepper!) — Ich kenne ihn persönlich nicht. — Er hat etwa folgendes ausgeführt:

„Eine Landwirtschaftsnot besteht gar nicht. Das sieht man schon daran, daß die Kleinbauern viel weniger Schulden gemacht haben als die Großbauern. Wir brauchen also nicht etwa die Rentabilität der Landwirtschaft zu heben, sondern wir müssen nur viel mehr Kleinbauern machen, dann wird die ganze Landwirtschaftsnot ohne weiteres behoben sein.“

Das bedeutet nichts anderes, als die große Not des Kleinbauern noch weiter zum alleräußersten zu treiben.

Wir waren von allen Parteien verlassen. Eine Rolle spielte bisher nur die Frage, wie schnell man Deutschland in eine Kleinkinder-Bewahrungsanstalt verwandeln sollte, in der jedes kleine Kind von vorn herein schon in Watte gewickelt wurde und wo das kleinste Wickelkind bis hinauf zum Minister und Reichspräsidenten sich nur nicht regen durfte. Diese Frage und auch die Eingemeindungsfrage, durch welche die Machtgelüste der jetzt regierenden Fürsten (Sehr gut! bei der Bauernpartei.) nur gestärkt und das Elend in den Städten nur vergrößert wurde, solche und ähnliche Fragen spielten eine viel größere Rolle als der Untergang unseres Bauernstandes. (Zustimmung bei der Bauernpartei.) Wir sind zum letzten, wie der Herr Landeshauptmann richtig hervorgehoben hat, zum fünften Stand herabgesunken. Ich gebe Spengler fast recht, wenn er in seinem Buch „Untergang des Abendlandes“ sagt: „Deutschland wird untergehen.“ Ich gebe ihm aber nicht recht, wenn er dann fortfährt und sagt: „Die wenigen Bauern da draußen vor den Toren haben nichts zu bedeuten.“ Das wird hoffentlich ein großer Irrtum sein, denn sonst hätte er bestimmt recht.

Deutschlands Untergang scheint, wenn man die Verhältnisse der Großstädte und Uebergroßstädte betrachtet, in der Tat besiegelt zu sein. Panem et circenses! rufen gleich wie im alten Rom die Massen der Bevölkerung. Nun kommt Deutschlands Sache an die Triarier, an den alt angestammten Stand, an den Bauernstand. Mögen diese Bauern von ihren Vätern noch soviel Kraft ererbt haben, daß sie ihre Aufgabe erfüllen können!

Man hat uns vorgeworfen, wir seien in der Hauptsache eine rein ständische Partei. Das ist durchaus falsch. Sie haben aus meinen Ausführungen schon entnommen, daß die Weltanschauung bei uns eine ungeheure Rolle spielt. Daß bei dieser Welt-

anschauung bei uns Bauern das Christentum an erster Stelle steht, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. (Sehr gut! bei der Bauernpartei.) Wir freuen uns auch über den Ausdruck, den ein Abgeordneter kürzlich von uns gebraucht hat, als er von „Oberchristen“ sprach. Er meinte sicherlich damit, daß wir mit unseren Freunden vom Volksdienst wirklich christliche Nächstenliebe im deutschen Volke fördern und pflegen wollen. Unsere Weltanschauung reicht aber Gott sei Dank nicht nur auf uns Bauern herüber, sondern auch weit hinüber in die Klein- und Großstädte. Wenn wir Bauern bewußt den Kampf gegen Unwahrheit, gegen Lüge, gegen Schein aufnehmen, so haben wir nicht den von anderer Seite viel gepredigten Klassenhaß, sondern wir lieben gleichmäßig den Arbeiter, der uns Bauern ja, was Lebenshaltung und Not und auch Lebensstellung anbetrifft, ungeheuer nahesteht, der in den letzten 50 Jahren noch einer von uns war und in die Städte hineingebracht wurde. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sie lieben ihn aber nur solange, solange er sich ausbeuten läßt!) — Das wird er von uns sicherlich nicht, denn wir haben keinen Arbeiter auszubeuten. — Wir lieben auch den Mittelstand, den Gewerbetreibenden, der ja mit uns wirtschaftlich sehr oft verbunden ist. Wir lieben aber auch den tüchtigen Beamtenstand, den Weltruf genießenden Forscher und Gelehrten, den Kaufmann, den Großkaufmann, der deutsches Wesen hinausträgt, und auch den Großindustriellen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Die Liebe höret nimmer auf!) — Allerdings, das hört sie auch nicht. — Massenkampf, Herrschaft des Proletariats, wie wir das so oft gehört haben, — liegt uns Bauern fern. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sie werden aber gezwungen sein, mit uns gemeinsame Sache zu machen!) — Wenn Sie das wollen, daß wir alle gleich handeln und nicht sagen: Nur Proletarier, dann ja. — (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Lot man hin!) Aber der unterste Stand, der Bauernstand, tritt in erster Linie ein für die Erhaltung des Besitzes; das ist unsere erste Aufgabe. (Zustimmung bei der Bauernpartei.) Wir können es mit dem besten Willen nicht verstehen, daß der Fleißige den Faulen durchziehen und ihn deswegen nur fauler machen soll. (Sehr gut! bei der Bauernpartei.) Wir bekämpfen aber auch bis aufs äußerste die zu Tage getretenen Mißstände des jetzigen Parlamentarismus und das Parteiwesen mit seiner Stellenficherung nach Parteizugehörigkeit, die für uns Deutsche vollkommen untragbar ist. (Sehr gut! bei der Bauernpartei.)

Man spricht viel davon, daß das Volk regieren soll. Das ist nach unserer Ansicht auch ein Schlagwort. Wie kann das Volk regieren? Ein Bauer sagte mir kürzlich ganz richtig: Wo bleiben dann diejenigen, die regiert werden sollen? Das ist ja ein Unding.“ Das Volk will gar nicht und kann nicht regieren. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Schüler, mach doch keine

Wise!) — Das sind keine Wise, sondern für unser deutsches Vaterland ungeheuer wichtige Lebensfragen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sie haben doch auch eine Volksregierung! — Zuruf des Abgeordneten Ley: Das auserwählte Volk!) Wir brauchen Männer. (Zurufe.) Sie (zu einem Abgeordneten gewandt) sind dafür gut und der andere ist dafür gut. Der Herrgott hat einem die Gabe des Herrschers gegeben und dem andern die Gabe des Schriftstellers. Es sollen Männer in Deutschland regieren, die es können. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das ist aber ein schlechter Herrgott; der hat sie angeblich alle gleich gemacht!)

Wir wollen in unserer Weltanschauung Einfachheit, Gottvertrauen und Liebe zu allen deutschen Brüdern als erstes Gebot auf unsere Fahne schreiben.

Auf die Not der Bauern einzugehen, habe ich keine Veranlassung, sie ist schon oft hier vorgebracht worden, jetzt noch vom Herrn Landeshauptmann und vom Herrn Oberpräsidenten. Aber die wirklich seelische Not, die uns Bauern ungeheuer bedrückt, die Not um die Erhaltung der Scholle, ferner Geburtenrückgang, die Teilnahmslosigkeit, auf der anderen Seite Radikalisierung, diese Sorgen sind vielleicht noch viel größer als die wirtschaftlichen. Wir erkennen ohne weiteres an, daß die Provinzialverwaltung manches getan hat, um die Not unserer rheinischen Bauern ein wenig zu lindern. Wir schätzen — ich bedaure, daß er nicht hier ist — den Herrn Landeshauptmann als einen ehrlichen, rechtlich denkenden, tüchtigen und weitsehenden Menschen. (Zuruf von den Nationalsozialisten: Sie können auch daneben hauen!) — Lassen Sie mich doch einmal ausreden. — Aber andererseits werden wir doch eine gewisse kleine Befürchtung nicht los, daß das Wort vielleicht auf ihn passen könnte, das kürzlich ein Vorsteher eines Moselortes vom Zentrum gesagt hat. Dieser Vorsteher behauptete nämlich, das jetzige Zentrum gleiche — es ist ja schon ein bißchen anders geworden — einem Herrgottskäferchen oder Marienkäferchen. Es sei in der Hauptsache rot mit einigen schwarzen Tüpfelchen. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten. — Heiterkeit.) Ich möchte allerdings die Farbe rot weniger als Parteifarbe ansehen, sondern mehr als Farbe der Großstadt, Ubergroßstadt und dergleichen. Wir lieben mehr das Schwarz als die Farbe des Bauernstandes. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Dicks: Dann können Sie ja zu uns kommen!) Wir lieben schwarz als die Farbe des Bauernstandes, auch mit einigen kleinen roten Tüpfelchen, was mir sicherlich auch Herr Dunder bestätigen wird. Wir wissen sehr wohl auch die Not des einfachen Arbeiters zu schätzen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Aber Ihr könnt sie doch nicht lindern und nicht beseitigen!) — Vielleicht besser als Sie. Sie haben es bisher auch nicht gekonnt. — Daß diese Maßnahmen, die zur Linderung der Bauernnot erforderlich sind, hier nicht gesagt werden,

wissen wir ja alle: neben Zollmaßnahmen vor allem Sperrung der Grenzen für alle nicht unbedingt notwendigen landwirtschaftlichen Produkte, solange der deutsche Bauer zu einem angemessenen Preise gute deutsche Ware liefern kann. Ferner muß nach unserer Ansicht die Preisspanne zwischen Erzeuger und Verbraucher wesentlich herabgesetzt werden. Es ist ein Unding, wenn ein Kellner soviel als Verdienst bekommt, wie der Winzer an der Mosel an der ganzen Flasche verdient. (Sehr gut! bei der Bauernpartei!) Es ist ein Unding, daß wir auf dem Hunsrück im Herbst tausende Zentner Äpfel hatten, die wir gerne für 7 bis 8 RM los geworden wären, aber nicht los geworden sind, daß diese Äpfel in gleicher Qualität in Berlin — es war allerdings am Potsdamer Bahnhof — für 70 bis 80 RM verkauft worden sind. (Zuruf von der Bauernpartei: Äpfelinen und Bananen!) Es ist ein Unding, wenn deutsches Obst zu Millionen Zentner verkauft, weil es niemand haben will. (Zuruf von den Kommunisten: Die Arbeiter können es nicht bezahlen!) — Sie hätten es ja holen können. — Ich habe selbst den Zentner Mirabellen für 8 RM angeboten, und Sie haben es nicht haben wollen. (Zurufe links.) Aber jetzt kaufen Sie die Äpfelinen und Bananen, die auch Geld kosten. (Zuruf von den Kommunisten: Wenn wir Geld haben, ja!) Es ist ebenso ein Unding, daß wir noch viele hunderttausende Zentner Kartoffeln in den Höhengebieten haben, die für billiges Geld, für 2,60 oder 2,80 RM zu haben sind, die man aber nicht los werden kann, und daß schon in einigen Wochen die Frühkartoffeln aus dem Auslande kommen. Ebenso ist es ein Unding, daß wir hunderttausende Arbeitslose haben und trotzdem Mägde oder Knechte, wenn auch gegen eine anständige Bezahlung, nicht bekommen können. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Dann müßt Ihr den Tariflohn zahlen!) Wegen des Lohnes will ich Ihnen sagen, daß die Landwirtschaft diese Löhne einfach nicht bezahlen kann. Sie würde sie gern bezahlen, wenn sie sich rentierte. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Man kann aber auf der andern Seite nicht verlangen, daß die Proleten umsonst arbeiten! — Antwort des Abgeordneten Dr. Ley: Davon verstehst Du nichts, Dunder! — Heiterkeit.)

Ich komme jetzt auf einzelne Gebiete des Stats zu sprechen. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Endlich einmal!)

Trotz der Sparmaßnahmen, die auch wir weitestgehend fordern, sind wir der Ansicht, daß wir auch schon ruhig in diesem Jahre die Provinzialumlage, wenn auch nur im kleinen Umfange, hätten heraufsetzen müssen; denn es ist ja eigentlich vollkommen gleichgültig, ob ich meine Schulden vergrößere, indem ich weiter pumpe, oder den Weg einschlage, den wir hier eingeschlagen haben wollen. Die Schulden der Provinz werden deshalb nicht kleiner oder größer, und in einigen Jahren kommen wir doch dazu, die

Provinzialumlage zu erhöhen, und zwar in einem viel größeren Ausmaße, als es jetzt geschehen sollte. (Sehr gut! bei der Bauernpartei!)

Die Forderungen der Landwirtschaft im einzelnen möchte ich nicht weiter hervorheben. Wir finden es nur sonderbar, daß man die Sparmaßnahmen ausgerechnet in der Hauptsache bei dem Straßenbau trifft, daß man aber gleichzeitig trotz der Sparmaßnahmen für die Provinzialstraßen draußen 16 Millionen neu fordert, um neue Straßen zu bauen. Wir gönnen den Städten und Ortschaften diese Straßen und stimmen auch dafür; wir können es aber nicht verstehen, wenn nun die Provinzialstraßen draußen weniger gepflegt werden und verkümmern sollen. Wir halten es nicht für berechtigt, daß die laufenden Unterhaltungskosten gegen 1929 um 1,2 Millionen und gegen 1928 sogar um 3,9 Millionen verringert werden. Wir halten es ferner auch durchaus für unberechtigt, daß man die Verwendung der 4 Millionen für den Straßenbau davon abhängig macht, ob man eine langfristige Anleihe bekommt, gleichzeitig aber die 1 Million für den Straßenbau im Ruhegebiet von dieser Bedingung entbindet (Sehr richtig! bei der Bauernpartei!), trotzdem es sich bei dem Ruhrverband um eine Vergünstigung handelt, von der bis vor einigen Jahren der Herr Landeshauptmann durchaus noch nicht so überzeugt war. Man gibt ihm diese Vergünstigung, weil er sie eben braucht; aber Sie müssen auch uns geben, was uns gebührt.

Im allgemeinen stimmen wir mit dem überein, was der Herr Landeshauptmann bezüglich des Aufbringens der Unkosten gesagt hat, daß nämlich im allgemeinen die Unkosten der Wege durch die Automobile gedeckt werden müßten. Wir sind aber der Meinung, daß das Aufbringen durch die Kraftfahrzeugsteuer nicht allein für die Provinzialstraßen, sondern auch für die gesamten Wege Geltung haben muß; denn die Umlagen für den Wegebau sind neben den Schulkosten die drückendsten unserer kleinen Gemeinden, die daran unterzugehen drohen. (Sehr richtig! bei der Bauernpartei.)

Schon jetzt möchte ich bitten, unserem Antrag auf Erhöhung des Provinzialausschusses zur Durchführung des Tuberkulose-Tilgungsverfahrens um 20 000 RM zuzustimmen, weil das auch im Interesse der großen Städte liegt. Es ist nicht gleichgültig, ob Hunderte oder Tausende von Kühen in Höhengebieten tuberkulös verendet sind oder nicht.

Ueber die möglichst weitgehende Verwendung der hoffentlich nun auch erscheinenden Westhilfe zu wirklich großen allgemein nützlichen Maßnahmen stimmen wir mit dem Herrn Oberpräsidenten überein. Hierzu gehören auch die schon angeführten Meliorationen, die Wasserleitungsbauten und auch die weitere Forderung nach Weinbergswegebauten. Es ist klar, daß es dem kleinen Winzer verdammt dreckig geht. Wenn nach dem Ostprogramm gefordert wird, daß dort in

kultureller Beziehung zur Gründung von Dorfsheimen und Turnhallen usw. größere Mittel bereitgestellt werden müßten, so fordern wir das natürlich für unsere Landbewohner im Westen ebenso.

Wir wissen, daß die von uns geforderte Zinsverbilligung eingreifend ist; wenn wir aber etwas für die Landwirtschaft tun wollen, so dürfen wir auch vor eingreifenden Maßnahmen nicht zurückschrecken.

Von meinem Vorredner ist Freiherr von Lünigst scharf angegriffen worden. Das ist man von dieser Seite ja gewöhnt. (Sehr richtig! bei der Bauernpartei.) Ich habe nicht den Auftrag, für die rheinische Landwirtschaft zu sprechen, glaube aber, daß mindestens 90 Prozent der gesamten rheinischen Landwirtschaft mit mir der Ansicht ist: Freiherr von Lünigst ist ein ganzer Kerl, auf den wir stolz sind. (Bravo! rechts. — Ruf des Abgeordneten Dr. Ley: Deshalb mag ihn ja die Sozialdemokratie nicht!)

Ich möchte noch kurz auf einen Punkt hinweisen. Es handelt sich um die Anliegersiedlungen in den Höhengebieten der Mosel. Dort haben wir weite, langgestreckte Höhenrücken, die sich auszeichnen dafür eignen würden, um Anliegersiedlungen zu schaffen und den kleinen Bauern ein auskömmliches Dasein zu bieten. Bis jetzt ist es aber leider noch bei den Anhängen geblieben, ein großes Programm ist hier noch nicht durchgeführt worden.

Sehr interessant waren die Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes über die uns berührenden Fragen der Selbst- und Staatsverwaltung. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Eigenart der Stämme und Länder unter allen Umständen zu wahren und zu fördern ist, daß andererseits aber auch eine wirklich starke einheitliche Reichsregierung geschaffen werden muß. Bei allen diesen Dingen fehlen aber, wie bisher immer, die richtigen Männer. Leider hat es — ich sage: leider — der Sozialismus nicht fertig gebracht (Ruf des Abgeordneten Dunder: Wir haben ja gar keinen Sozialismus! — Ruf des Abgeordneten Dr. Ley: Der Marxismus!), nach dem Kriege Männer hervorzubringen, die vielleicht nur von der Fassung eines Babels gewesen wären, die aber die Zügel des Deutschen Volkes wirklich in kräftige Hände genommen hätten. (Ruf des Abgeordneten Dunder: Da wären wir nicht so verraten worden! — Weiterer Ruf: Severing!) — Nein, auch der ist nicht von dieser Fassung. — Es fehlen unserer Ansicht nach die Männer, die ohne Rücksicht auf Partei (Ruf des Abgeordneten Dunder: Sehr richtig! das sind wir! — Weiterkeit.) — Dunder: Sie aus! —, ohne Rücksicht auf die Gesellschaft, zu der sie gehören, auch ohne Rücksicht und Bindung durch eine Konfession (Ruf von den Sozialdemokraten: Das ist ja Utopie!) — Nein, das ist keine Utopie. Gott sei Dank haben wir solche Männer in Deutschland, denen das Ideale vorschwebt

und die es haben. — Diese Männer haben ohne Rücksichtnahme auf irgendwelche Reichstage und auf irgendwelchen Stand. . . . (Fortgesetzte Rufe zwischen den Kommunisten und Nationalsozialisten.) — Wollen Sie beide zusammen reden oder ich?

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Schüler.

Abgeordneter Dr. Schüler (fortfahrend): Ich danke Ihnen.

Das Deutsche Volk ist an und für sich gut und tüchtig und war es immer. Die Männer, und nur die Männer können es machen, nicht die Parteien. Das ist immer so gewesen. (Ruf der Abgeordneten Frau Esser: Nein, die Frauen!) Gut, die sollen mitkommen. (Ruf des Abgeordneten Dr. Ley: Die Amazonen sollen zu Hause bleiben!) Es werden Bauernhände und Bauernschultern nötig sein, um den verfahrenen Karren aus dem Dreck herauszufahren.

Die Not der Bauern ist anerkannt. Ueber Ostpreußen weht die schwarze Fahne. (Ruf des Abgeordneten Dr. Ley: Ueber Holstein auch!) Wenn sich die Verhältnisse nicht bald ändern, dann wird auch in rheinischen Landen bald die schwarze Fahne wehen. Schwarz ist die Sorge, schwarz unser Brot. (Ruf der Abgeordneten Frau Esser: Rot ist die Freiheit!) Schwarz ist die Sorge, schwarz unser Brot, schwarz ist die Fahne der Bauernnot. Aber wir deutsche Bauern fühlen so viel Kraft in uns (Ruf des Abgeordneten Dunder: Macht's wie Thomas Münzer.) — Auch der war einer von uns —, um mit Bauernkraft und Bauernzähigkeit dafür zu sorgen, daß über alle Deutsche ohne Ausnahme Sonnenschein strahlt. (Bravo! bei der Bauernpartei.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete von Stedman. (Ruf des Abgeordneten Haake: Ich habe mich schon vorher zur Geschäftsordnung gemeldet!) Ich habe bereits das Wort erteilt; ich gebe Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nachher. (Ruf des Abgeordneten Haake: Das ist unglaublich!)

Abgeordneter von Stedman: Ein Redner hat die Saatkartoffelstelle der Landwirtschaftskammer angegriffen. Ich muß dazu Stellung nehmen. Im allgemeinen entspricht es nicht den Gepflogenheiten, in ein noch nicht abgeschlossenes Verfahren einzugreifen und ein Urteil darüber abzugeben. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen, die Berufung gegen das Urteil, das vorhin erwähnt wurde, ist eingeleitet. Nach meinen Informationen ist es — was ich ausdrücklich betonen möchte — ein Fehlurteil, das sich auf ganz falschen Voraussetzungen aufbaut. Nach meinen Informationen ist niemals die Zusicherung von anerkanntem Saatgut gegeben worden, sondern es ist lediglich durch ein Versprechen auf einen Frachtbrief ein anderer Ausdruck gekommen, während aus der Korrespondenz klar hervorging, daß es sich nicht um anerkanntes Saatgut handelte. Was besonders wichtig ist,

ist die Tatsache, daß die Saatkartoffelstelle mit Provinzialmitteln überhaupt nichts zu tun hat. Die Provinzialmittel, die für Kartoffeln ausgegeben werden, werden für den Kartoffelbau ausgegeben, für das Institut von Professor Remy. Wir haben also an sich gar keine Veranlassung, uns hier mit diesen Dingen zu beschäftigen.

Weiter ist das Vertrauen der Landwirtschaft in die Kammer und ihren Vorsitzenden bezweifelt worden. Meine Damen und Herren, ich kann Sie darüber vollkommen beruhigen. Die rheinische Landwirtschaft hat Vertrauen zur Rheinischen Kammer und auch zu dem Vorsitzenden der Rheinischen Kammer. (Bravo! rechts.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Haake.

Abgeordneter Haake: Wir Nationalsozialisten sind der Meinung, daß es nicht genügt, daß der Landeshauptmann Horion hier anwesend ist und mit dem Redner einer der größeren Parteien, der Sozialdemokratischen Partei, eine freundliche Unterhaltung von Tisch zu Stuhl pflegt. Wir Nationalsozialisten sind vielmehr der Meinung, daß es auch in den Rahmen des parlamentarischen Systems gehört und eine Pflicht des Herrn Landeshauptmanns ist, nicht allein die Ausführungen der großen Parteien dieses Hauses, sondern auch die Anregungen der kleineren Parteien, vor allen Dingen die Ausführungen der Bauernvertreter, was doch für die Rheinprovinz außerordentlich wichtige Dinge sind, anzuhören. Der Herr Landeshauptmann hat die Verpflichtung, die Anregungen der kleineren Parteien zu hören, besonders deshalb, weil sie geboren sind aus der Not der erwerbstätigen Bevölkerung, des Mittelstandes und der Bauernschaft. Darum beantragen wir Nationalsozialisten hiermit die sofortige Herbeirufung des Herrn Landeshauptmanns. (Bravo! bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Eine derartige Herbeirufung sieht weder die Geschäftsordnung noch die Provinzialordnung vor. Ich werde seinen Stellvertreter, den ersten Herrn Landesrat, bitten, diese Anregung an den Herrn Landeshauptmann weiterzugeben, wobei ich darauf aufmerksam mache, daß der Herr Landeshauptmann bis soeben durch eine lange Sitzung des Provinzialausschusses verhindert war. Der Provinzialausschuß war von seinem Vorsitzenden während dieser Sitzung einberufen worden, und der Herr Landeshauptmann mußte an dieser Sitzung teilnehmen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Haake.

Abgeordneter Haake: Meine Damen und Herren, nachdem nicht wir allein, sondern auch die Zuhörertribüne da oben die Auffassung gewonnen haben, daß die Sitzung des Rheinischen Provinziallandtages anscheinend nicht hier im Plenum, sondern im Restaurant stattfindet, beantragen wir Nationalsozialisten, daß der

Landtag sich für 1½ Stunden vertagt, bis die Herrschaften aus dem Restaurant sich wieder ins Plenum begeben haben. (Andauernde große Unruhe bei den Nationalsozialisten und den Kommunisten. Zuruf: Ein erster Sieg der Nationalsozialisten!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Haake hat den Antrag gestellt, die Sitzung zu vertagen. Nach § 17 Absatz 3 der Geschäftsordnung kann die Sitzung vor Erledigung der Tagesordnung nur auf Beschluß des Provinziallandtages geschlossen werden, und zwar entweder auf Vorschlag des Vorsitzenden oder auf Antrag von 15 anwesenden Abgeordneten. Ich frage, ob dieser Antrag genügend unterstützt wird.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Haake.

Abgeordneter Haake: Wir Nationalsozialisten bezweifeln bei dieser schlechten Besetzung die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Vorsitzender Dr. Jarres: Sie bezweifeln die Beschlußfähigkeit? Ist das Ernst? (Abgeordneter Haake: Ja!) Dann bitte ich das Büro, festzustellen, ob das Haus beschlußfähig ist.

Es ist der Antrag gestellt worden, die Sitzung auf 1½ Stunden zu vertagen. Dieser Antrag bedarf der Unterstützung von 15 anwesenden Abgeordneten. Ich bitte diejenigen Abgeordneten, sich zu erheben, die den Antrag unterstützen wollen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Wo sind denn die 15?) Die Unterstützung genügt nicht. Der Antrag ist abgelehnt.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Die Nationalsozialisten behaupteten gestern bei der Eröffnung dieses Parlaments, daß sie gewillt wären, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen in allen Parlamenten und allen Institutionen mitzuarbeiten. Das eben gezeigte Interesse der Nationalsozialisten zeigt uns, daß dieses Parlament und alle übrigen Parlamente im kapitalistischen Staate nichts anderes sind als Theater (Ironische Braverufe bei den Nationalsozialisten und Sehr richtig! bei den Kommunisten). Alles das, was hier aufgeführt wird, ist nichts wie Theater (Ironisches Sehr gut! bei den Nationalsozialisten), das den breiten Massen der Arbeiterschaft vorgespielt wird. Hinter den Reden, die hier gehalten werden, stehen Taten nur nach der Seite der Unterdrückung der Arbeiterschaft mit der brutalsten Gewalt des kapitalistischen Beamtenapparats. Die Staatsberatungen — wenn wir einmal dieses Parlament und die übrigen Parlamente unter die Lupe nehmen, in denen im Augenblick Staatsberatungen vor sich gehen — zeigen uns mit aller Deutlichkeit den absoluten Bankrott der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Als nach der Inflation des Jahres 1923 die Stabilisierung der Währung durchgeführt wurde, wurde der Arbeiterschaft in Deutschland das Blaue vom Himmel versprochen. Alle Parteien bis zu den Sozialdemokraten versprachen der Arbeiterschaft, daß nach der Durchführung der Nationali-

fierungsmaßnahmen, insbesondere nach der Verabschiedung des Dawesplans, nunmehr für Deutschland und somit auch für die deutsche Arbeiterschaft die Dawessonne scheinen werde und daß wir in Deutschland die Idealzustände bekommen würden, die das amerikanische Volk angeblich hat. Man vergißt, dabei darauf hinzuweisen, daß der amerikanische Kapitalismus, ebenso wie im Augenblick auch noch der deutsche Kapitalismus, sich in einem Idealzustand befindet (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Das ist also Scheinblüte?), daß aber die amerikanische Arbeiterschaft unter der Ausbeutung des Kapitalismus ebenso leidet wie die deutsche Arbeiterschaft. Die Kommunistische Partei war die einzige Partei, die, abgesehen von der Zeit des Ausbruchs der Revolution, bis 1924 und auch noch in der Folgezeit, der Arbeiterschaft mit aller Deutlichkeit zeigte, welcher Kurs von der Bourgeoisie mit Unterstützung aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunistischen Partei, gegen die Arbeiterklasse durchgeführt wird. (Andauernde Zurufe des Abgeordneten Dr. Ley.) Ich komme gleich noch zu Ihnen, Herr Ley; was ich Ihnen sagen werde, wird Ihnen vielleicht nicht angenehm sein (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Es ist sehr freundlich, wenn Sie sich mit mir abgeben!). Wir haben darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit infolge der Rationalisierungsmaßnahmen nicht zurückgehen, sondern sich in ständiger Steigerung fortentwickeln wird. Wir brauchen gar nicht darauf hinzuweisen, wie die Zahlen der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1924, 1925, 1926 usw. waren. Tatsache ist, daß wir im Augenblick auf den höchsten Stand der Arbeitslosenziffer angelangt sind, den wir bisher überhaupt gekannt haben, trotzdem wir keine Inflation mehr haben, trotzdem keine Ruhrbesetzung mehr da ist, wodurch damals die Industrie zum Teil stillgelegt wurde und die Arbeiterschaft auf das Straßenpflaster flog. Diese Arbeitslosigkeit ist bedingt durch die unlösbare Krise, in der sich der Kapitalismus im Augenblick befindet. Wir Kommunisten werden alles tun und dazu beitragen, diese Krise größer zu machen, zu erweitern und zu schüren (Hört, hört! rechts), weil wir es dem Kapitalismus, soweit wir dazu in der Lage sind, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln möglichst schwer machen wollen, diese Krise zu überwinden, weil wir der Auffassung sind, daß diese Krise vorwärts getrieben werden muß, um den Kapitalismus endlich zu beseitigen.

Wenn heute morgen und auch heute nachmittag von den Parteien der äußersten Rechten bis zur Sozialdemokratie hier über das Elend und die Not der Arbeitslosen heuchlerische Reden geführt wurden (Hört, hört! links), so sei nur darauf hingewiesen, daß gerade die beiden Parteien, die sich insbesondere über die Not der Erwerbslosen beklagten, das Zentrum und die Sozialdemokratie, die Väter des heutigen Elends der Erwerbslosen sind. War es nicht der Reichsarbeits-

minister Brauns, der die Verschlechterung der Arbeitslosengesetzgebung angebahnt hat? War es nicht der Reichsarbeitsminister Wiffell, der jetzt gegangene, der diesen angebahnten Weg Brauns nicht nur fortgesetzt, sondern noch verschärft hat? War es nicht der Reichsarbeitsminister Wiffell, der in dem angeblichen Kabinett der Demokratie unter Hermann Müller eine Verschlechterung nach der anderen einbrachte? Und die willfähigen Parteien der Koalitionsregierung haben diese Verschlechterungen beschlossen (Zuruf des Abgeordneten Haack: Stimmt nicht!) Wir erinnern daran, daß auf Grund der letzten Verschlechterung, die im vergangenen Jahr durchgeführt wurde, Hunderttausende von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung hinausgeworfen worden sind, daß Hunderttausenden die Unterstützung gekürzt wurde und daß insbesondere die arbeitenden Frauen, wenn sie verheiratet sind, während der Arbeitszeit ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen müssen, aber, wenn sie arbeitslos werden, keine Unterstützung erhalten. (Zuruf des Abgeordneten Haack: Stimmt ja nicht. Ihr kennt ja das Gesetz nicht!) — Ich habe keine Veranlassung, mich mit Ihnen darüber auseinanderzusetzen. Ich kenne das Gesetz vielleicht besser als Sie; nur verstehen Sie es besser, das Gesetz (Zuruf eines Sozialdemokraten: im Interesse der Arbeitslosen anzuwenden!) — nein, gegen die Arbeitslosen anzuwenden.

In diesem Zusammenhang hat Herr Dr. Stein heute morgen eine Attacke gegen die produktive Erwerbslosenfürsorge geritten. Er hat insbesondere erklärt, die Gelder, die für die Beschäftigung der Arbeitslosen auszugeben werden, seien weggenommene Gelder. Er betonte im selben Atemzuge, den Arbeitslosen sei nicht damit gedient, daß ihnen eine Unterstützung gezahlt werde, sondern sie müssen Arbeit bekommen. Ich erinnere daran, daß wir auch nicht mit vollem Herzen für die produktive Erwerbslosenfürsorge sind, weil wir wissen, daß der größte Teil der Arbeiter, die unter den Bedingungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge beschäftigt werden, zum größten Teil unter Tarif und zu unwürdigen Arbeitsbedingungen ihre Arbeit verrichten müssen. Aber ich will Herrn Dr. Stein nur entgegenhalten, daß er vom kapitalistischen Standpunkte aus gar keine Ursache hat, zu erklären, daß man der produktiven Erwerbslosenfürsorge keine Träne nachzuweinen braucht. Sind die Eisenbahnarbeiten, die Straßenbauarbeiten, die Schaffung von Flußregulierungen, die Meliorationsarbeiten usw., die alle durch die produktive Erwerbslosenfürsorge ausgeführt wurden, keine Arbeiten im Sinne des Kapitalismus? Sind das keine Arbeiten, die durchgeführt wurden, ohne daß Sie einen Pfennig aus Ihren Kapitalien dazu beizutragen brauchten? Solche Behauptungen klingen sehr schön aus dem Munde eines Menschen, der sich zur Wirtschaftspartei bekennt, der aber von der Wirtschaft keine Ahnung hat. (Lachen bei der Wirtschaftspartei.)

Wie will man nun dem Problem der Erwerbslosigkeit zu Leibe rücken? Vor drei Jahren stand dieser Landtag unter dem Motto: Deutsche, trinkt deutschen Wein! Der jetzige Landtag segelt bis Samstag dahin unter dem Motto: Deutsche, verarbeitet deutsche Steine, oder: Rheinländer, verarbeitet rheinische Steine! Ich bin der Auffassung, daß man durch solche Mätzchen der Arbeitslosigkeit nicht steuert. Was nützt es, wenn irgendwo noch eine kleine Straße ausgebessert oder neu angelegt wird und man dazu ein paar rheinische Pflastersteine verwendet, wenn aber im übrigen auf Grund der Tatsache, daß der Kapitalismus nichts mehr für Neubauten, Neuanlagen usw. frei geben will, mehr Material nicht verarbeitet werden kann? Das ist ein fauler Zauber, der hier aufgeführt wird, genau so, wie er vor Jahren bei der Notlage der rheinischen Winzerschaft hier aufgeführt wurde. Man kann dem Problem der Arbeitslosigkeit im kapitalistischen System nicht so zu Leibe rücken, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt wird, ebensowenig, wie der Kapitalismus in der Lage ist, das Wohnungselend und die Wohnungsnot zu beseitigen, weil er seine ganzen Ausgaben nur von dem Gesichtspunkte des Gewinns betrachtet, und nur Interesse an solchen Produktionszweigen hat, die auch die notwendige Rente abwerfen.

Nun zu den Nationalsozialisten (Aha! bei den Nationalsozialisten). Wenn die Nationalsozialisten (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Ihr Wolgafaschisten!) heute morgen so liebenswürdig waren, den ehemaligen kleinen Metallarbeiter und jetzt gegangenen Reichsminister Severing für sich sprechen zu lassen (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Der war es ja gar nicht!), der im Reichstag erklärte, daß die Kommunisten politische Kinder seien, die man nicht ernst zu nehmen brauche, während die Nationalsozialisten doch eine größere Gefahr für die Republik bedeuteten, so können Sie sich bei Herrn Severing und seinen Freunden im Reichstag und auch hier dafür bedanken, daß er mit seinen Anhängern der eifrigste Wegbereiter des Faschismus ist (Sehr richtig! bei den Kommunisten, Lachen bei den Nationalsozialisten). Alle Maßnahmen der Sozialdemokratie von 1914 bis zur heutigen Zeit liegen auf der Linie Ihres Fortschrittes. Wenn Herr Severing gesagt hat, die Kommunisten seien politische Kinder, so werden wir Herrn Severing bei gegebener Zeit an diesen Ausspruch erinnern, wenn wir ihn nämlich in der Zange haben (Aha! bei den Sozialdemokraten) und er nicht mehr einer derjenigen ist, die heute noch einen großen Ton riskieren können. Wir werden ihn dann auch daran erinnern, daß er derjenige war, der mit seinem Anhang versucht hat, dem Nationalfaschismus den Weg zu bereiten, trotzdem wir uns darüber keine Illusionen machen, daß der Nationalfaschismus seit seiner Geburt ein Wechselbalg ist, der nicht lange existieren kann und bald abgewirtschaftet haben wird (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: So

sehen Sie aus!). Sie werden es nicht fertig bringen, noch länger mit Ihren demagogischen Mätzchen die Arbeiterschaft zu betrügen. Schauen Sie ruhig einmal Ihr Programm an. Da haben Sie einen großen Teil aus dem kommunistischen Manifest geklaut (Lachen bei den Nationalsozialisten, Zurufe des Abgeordneten Dr. Ley). Sie haben insbesondere auch aus dem jetzigen Manifest der kommunistischen Internationale geklaut, weil Sie zu arm an Geist sind, um eigene Argumente gegenüber der Arbeiterschaft anzuführen, und nicht in der Lage sind, die Arbeiterschaft mit eigenen Mitteln davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, dem jetzigen System ein anderes entgegenzustellen. (Ständige Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Ley.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Dr. Ley, ich rufe Sie jetzt zum zweiten Male zur Ordnung und bitte Sie zum letzten Male, diese ständigen Unterbrechungen zu unterlassen. (Sehr gut! rechts.)

Abgeordneter Dunder: Wenn dann Dr. Schüller glaubte (Zuruf eines Sozialdemokraten: Die Kommunisten für die Deutsche Volkspartei!) — wenn Lächerlichkeit töten würde, würdet Ihr schon längst nicht mehr da sitzen — eine liebevolle Rede halten zu können und dabei erklärte: wir lieben alle Arbeiter, auch die Arbeiter der Industrie, so habe ich ihm schon durch einen Zwischenruf zu verstehen gegeben, daß der Kapitalismus selbstverständlich die Arbeiter liebt, aber nur, solange sie seinem Willen gefügig sind und sich von ihm nach Strich und Faden ausbeuten lassen, daß aber die Liebe für den Arbeiter in dem Augenblick aufhört, wo der Arbeiter seine Forderungen und Bedingungen stellt. Es hat keinen Zweck, dann davon zu reden, daß man keine Klassengegensätze kenne. Nun, der Kapitalismus und heute auch die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie versuchen ja, die Klassengegensätze zu verwischen und zu überbrücken. Man versucht, der Arbeiterschaft vorzudemonstrieren, daß man nur gemeinsame Interessen zu verfechten hat. Aber das wird nicht gelingen. Wir werden dafür sorgen, daß die Kluft zwischen Proletariat und Bourgeoisie größer wird. Wir werden dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft begreift, daß sie mit der heute herrschenden Klasse keine gemeinsamen Interessen hat, sondern daß sich da die Interessen gegenüberstehen wie Feuer und Wasser, daß die Arbeiterschaft andere Interessen zu verfechten hat als die kapitalistische Klasse, und zwar ihre eigenen Interessen. (Zuruf des Abgeordneten Saake: Welche Richtung vertreten Sie denn, Rechts- oder Linkskommunisten?) Das ist nicht Ihre Sache; Sie mögen ja vielleicht ein besserer Seit tänzer sein als ich. Aber ich will den Nationalsozialisten ihre Theorie und Praxis in der Sozialpolitik einmal unter die Nase halten. (Aha! bei den Nationalsozialisten.) Sie sind ja jetzt in Thüringen mit Ihrem Obernationalsozialisten Fried an der Regierung beteiligt, der allerdings nur ein kleiner Abklatsch Hitlers ist (Lachen bei den Natio-

nalsozialisten). Immerhin, er hat das große Programm, bevor er in der Regierung war, als bestimmte Forderung an den Thüringischen Landtag gerichtet. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Sie widersprechen sich ja dauernd!) Nachdem nunmehr Fric prominentes Mitglied der thüringischen Staatsregierung geworden ist, ist seine Sozialpolitik vergessen. (Zuruf eines Nationalsozialisten: Ach, woher denn?) Ich will Ihnen einmal einen Artikel vorlesen, der heute morgen in einer großen bürgerlichen Zeitung erschienen ist. (Zuruf eines Nationalsozialisten: Geht uns nichts an!) — Das werdet Ihr mit Euch selber ausmachen. — Dieses Blatt schreibt (Zuruf des Abgeordneten Haake: Wie heißt denn das Blatt?): „Nationalsozialistische Sozialpolitik: Das erste Regierungskunststückchen der Nationalsozialisten in Thüringen ist jetzt zu einem Abschluß gekommen, mit dem die Hitlerpartei keine Freude erlebt. Sofort nach der Landtagswahl verlangten die Nationalsozialisten (sich wiederholende Zurufe des Abgeordneten Haake) . . .“

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Herr Abgeordneter Haake, ich bitte Sie, die ständigen Unterbrechungen zu unterlassen, sonst muß ich mit ernststen Maßnahmen gegen Sie vorgehen. Sie können sich ja nachher zum Wort melden.

(Zuruf: Wie heißt denn das Blatt?)

Abgeordneter D u n d e r : Es bleibt mir überlassen, wann ich das sage, es ist eine große bürgerliche Zeitung, keine kommunistische. (Zuruf eines Nationalsozialisten: Sie sollten ein bißchen den „Völkischen Beobachter“ lesen, das wäre besser!) Den „Völkischen Beobachter“ nehme ich nicht einmal mit an ein stilles Dertchen, das Lesen dieses Blattes überlasse ich Ihnen.

Es heißt hier weiter: „Sofort nach der Landtagswahl verlangten die Nationalsozialisten die alsbaldige Einberufung des Landtages, damit den Erwerbslosen, Sozialrentnern usw. noch vor Weihnachten eine Staatsunterstützung zur Behebung der größten Notlage bewilligt werden könnte. — Das war vorher. — Erst einige Tage später wurden aber die Verhandlungen zur Bildung der neuen Regierung eingeleitet, und von dem Augenblick an, wo die Beteiligung der Nationalsozialisten an dieser Regierung sicher stand, hörte man von diesen kein Wort mehr wegen der Winterbeihilfe“. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Große Phrasen!) — Ich bin noch nicht fertig. — „Beim Zusammentritt des neuen Landtages brachten nun die Sozialdemokraten den früheren nationalsozialistischen Antrag für die Erwerbslosen ein.“ (Zuruf des Abgeordneten Haake: Ihr wollt ja die Leute verfohlen!) — Das sind nämlich genau solche Demagogen wie Sie. — „Diesen lehnte aber jetzt die Regierungspartei Hitler ab mit der Begründung, daß der Staat kein Geld dafür habe. Um den schweren Umfall zu beschönigen, brachten die Nationalsozialisten einen Antrag ein, im Wege der öffentlichen Sammlung eine Landespende zu veranstalten, der auch

mit Hilfe der Regierungsparteien angenommen wurde. (Abgeordneter Haake: Sehr gut!) Durch mehrere Aufrufe der Regierung und mit Hilfe der gesamten bürgerlichen Presse wurde ein ungeheurer Werbefeldzug für die nationallistische Sammlung eröffnet. Behörden, Schulen, Kirchen und der gesamte staatliche Apparat wurden dafür in Bewegung gesetzt. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Große Phrasen!). Am 15. März wurde die Sammlung abgeschlossen. Aber bis heute wurde das Ergebnis noch nicht bekanntgegeben (Lachen links), weil man sich schämt. Anstatt der erhofften 500 000 RM sind, wie man hört, noch nicht einmal 50 000 RM hereingekommen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Was ist das für ein Blatt?). Eine Verteilung dieses Betrages lohnt sich nicht, denn auf eine Erwerblosenfamilie würde kaum eine halbe Mark entfallen.“ Das ist Theorie und Praxis der Nationalsozialisten, das ist auch Theorie und Praxis der Sozialdemokraten. (Andauernde Zurufe: Wie heißt denn die Zeitung? Antwort des Abgeordneten Dr. Ley: Die „Rote Fahne“.) Die kommunistische Fraktion hat wiederholt im Reichstag und Landtag Anträge der sozialdemokratischen Fraktion aufgegriffen und sie nur mit ihrer eigenen Unterschrift versehen. Diese Anträge haben die Sozialdemokraten dann genau so abgelehnt, wie sie sie vorher mit allem Enthusiasmus glaubten vertreten zu können. — Die Zeitung, aus der ich zitierte, ist nicht die „Rote Fahne“, sondern es ist der „Dortmunder General-Anzeiger“. (Lachen und Klatschen bei den Nationalsozialisten. Zuruf: Das ist eine feine bürgerliche Zeitung!) Jedenfalls beweist dieser Zeitungsartikel, ganz gleich, von wem er geschrieben ist, Ihre heuchlerische Demagogie den Erwerbslosen gegenüber. Aber glauben Sie nur nicht, Sie könnten heute noch den Erwerbslosen Märchen vormachen. (Lachen und Unruhe bei den Nationalsozialisten, Glocke des Vorsitzenden, Zuruf eines Kommunisten zu den Nationalsozialisten: Von Grafenberg abkommandiert nach dem Ständehaus!) Die Zeit ist nicht mehr allzu fern, wo die Erwerbslosen Ihnen die Quittung erteilen, genau so, wie sie dem gesamten kapitalistischen System zuteil werden wird. (Bravo! bei den Kommunisten, Lachen bei den Nationalsozialisten.) Ihr Rindsköpfe seid ja Plagiatoren.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Zu einer persönlichen Bemerkung nach Abschluß der Besprechung hat das Wort Herr Abgeordneter Droß.

Abgeordneter D r o ß : Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dunder hat den Redner unserer Partei in einer Art und Weise hier angegriffen, die ich nicht unwidersprochen lassen kann. Ich möchte glauben, daß der Abgeordnete Dunder über die sozialen Verhältnisse draußen im Lande zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber überhaupt keine Ahnung hat. (Hört, hört!) Ich wundere mich darüber, daß man nicht begreifen will, daß in bäuerlichen Betrieben,